



# MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

(Menschen-)Recht & Finanzialisierung von Wasser  
Eine imperialismustheoretische Analyse der Diskurse innerhalb  
der UN-Wasserkonferenz

verfasst von | submitted by

Markus Johannes Herrmann B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of  
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree  
programme code as it appears on the  
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree  
programme as it appears on the student  
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Monika Mayrhofer

## Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis .....	i
Abkürzungsverzeichnis .....	i
1. Einführung.....	1
1.1 Problemstellung & Relevanz .....	1
1.2 Forschungsfragen.....	7
1.3 Methodisches Vorgehen .....	8
1.4 Struktur der Arbeit.....	10
2. Theoretisch-methodologischer Rahmen.....	11
2.1 Diskurs & Diskursanalyse .....	11
2.2 Zentrale Begriffe der argumentativen Diskursanalyse nach Hajer.....	13
2.2.1 Storyline – Erzählungen, Policy-Vokabular & epistemische Überzeugungen ...	13
2.2.2 Diskurskoalitionen .....	15
2.2.3 Institutionelle Praktiken & Diskursinstitutionalisierung.....	16
2.3 Neo-Imperialismustheorie .....	17
2.3.1 Einführung in die Neo-Imperialismustheorie.....	17
2.3.2 „Imperiale Globalität“ – Formierung globaler Akteur:innen .....	19
2.3.3 Die Sprache des (Neo-)Imperialismus .....	21
3. Grundlagen zu Menschenrecht & Finanzialisierung.....	23
3.1 Wasser als (Menschen-)Recht .....	24
3.1.1 Wen und Was betrifft das MRaW .....	26
3.1.2 Die Wirksamkeit des MRaW .....	27
3.2 Grundlagen der Finanzialisierung .....	29
3.2.1 Privatisierung und Kommodifizierung.....	31
3.2.2 Die Finanzialisierung von Wasser.....	32
3.3 Das MRaW im Kontext der Finanzialisierung .....	34
4. Kontextualisierung & historischer Überblick .....	34
4.1 Die Ressource Wasser .....	35
4.1.1 Trink- und Sanitärwasser, Industrie und Landwirtschaft .....	35
4.1.2 Ungleiche Wasserverteilung und -verfügbarkeit.....	37
4.1.3 „Verknappung“ globaler Wasserressourcen.....	38
4.2. Chronologie & Institutionalisierung globaler Wasserpolitik.....	39
4.2.1 UN-Wasserkonferenz – Mar del Plata 1977 .....	40
4.2.2 Internationale Wasser- und Umweltkonferenz – Dublin 1992.....	41

4.2.3 Weltwasserforum – 1997 bis 2021 .....	43
4.2.4 Die UN-Wasserkonferenz – New York 2023 .....	44
5. Analytisches Vorgehen .....	46
5.1 Methodologie.....	46
5.2 Methode .....	48
5.2.1 Induktive Kategorienbildung & offenes Kodieren .....	48
5.2.2 Explikation durch argumentative Diskursanalyse.....	50
5.3 Identifikation & Kriterien der Auswahl der Datengrundlage .....	51
6. Die Diskurse im Rahmen der UN-Wasserkonferenz 2023 .....	54
6.1 Interactive Dialogue 1: Water for health .....	55
6.2 Interactive Dialogue 2: Water for sustainable development .....	57
6.3 Interactive Dialogue 3: Water for climate, resilience & environment .....	58
6.4 Interactive Dialogue 4: Water for Cooperation .....	60
6.5 Interactive Dialogue 5: Water Action Decade.....	61
6.6 Zusammenfassung & Kernaussagen.....	62
7. Diskursstrukturen & Storylines im Rahmen der UN-Wasserkonferenz 2023 .....	65
7.1 Storyline 1: Wassereffizienz durch nachhaltige Finanzierung & Innovation.....	66
7.1.1 Die globale Wasserkrise als eine ökonomische und technologische Krise.....	66
7.1.2 Economics of Water & Redirecting Finance.....	69
7.1.3 Technologische Innovationen .....	72
7.2 Storyline 2: Die Ressource Wasser als ein „Global Common Good“ .....	74
7.2.1 Konzeption & Problemdefinition .....	74
7.2.2 Human Rights-Based Approach.....	76
7.2.3 Global & Inclusive Water Governance .....	78
7.3 Die Institutionalisierung des Wasserdiskurses .....	81
7.3.1 Das IWRM – Fortsetzung neo-liberaler Wasserpolitik?.....	82
7.3.2 Das „Recht auf Wasser“ – vom Bedürfnis zum Recht.....	85
8. Abschlussbetrachtungen.....	88
8.1 Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse .....	89
8.2 Beantwortung der Forschungsfragen.....	91
8.3 Ausblick.....	94
Literaturverzeichnis.....	95

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das Dreieck der Argumentativen Diskursanalyse (Hajer 2003: 274).....	47
Abbildung 2: Prozessmodell induktiver Kategorienbildung (Mayring 2015: 86) .....	49
Abbildung 3: IWRM implementaion level by country (2020) (UNEP 2021: 9) .....	84

## Abkürzungsverzeichnis

AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
EU	Europäische Union
GATT	General Agreement on Tarifs and Trade
GATS	General Agreement on Trade and Services
GWP	Global Water Partnership
CESCR	Committee on Economic, Social and Cultural Rights
HRBA	Human Rights-Based Approach
ICWE	International Conference on Water and Environment
IWF	Internationaler Währungsfonds
IWRM	Integrated Water Resource Management
MDGs	Millennium Development Goals
MRaW	Menschenrecht auf Wasser- und Sanitärversorgung
NGO	Non-Governmental Organisation
KPDA	Kritische Policy-Diskursanalyse (engl. Critical Policy Discourse Analysis)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SDGs	Sustainable Development Goals
TNK	Transnationale Konzerne
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership
UN	Vereinte Nationen (engl. United Nations)
UNDP	United Nations Development Programme

UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNEP	United Nations Environment Programme
WASH	Water, Sanitation and Hygiene
WIR	World Resources Institute
WWC	Weltwasserrat (engl. World Water Council)
WTO	World Trade Organization

## Abstract

Diese Arbeit wirft anhand der Neo-Imperialismustheorie einen kritischen Blick auf die vorherrschenden Diskurse innerhalb der UN-Wasserkonferenz 2023 in New York. Die Grundlage hierfür stellen die historischen Entwicklungen sowohl des „Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung“ als auch der polit-ökonomischen Paradigmen im Zuge der Privatisierung und Finanzialisierung der Ressource Wasser dar. Ziel dieser Arbeit ist es zu analysieren, welche Diskurse im Rahmen dieser UN-Wasserkonferenz vorliegen, wie diese Diskurse die Interessen der beteiligten Akteur:innen widerspiegeln und ob bzw. inwiefern diese Diskurse dazu beitragen neo-imperiale Strukturen innerhalb der globalen Wasserpolitik zu (re-)produzieren. So ist die Historie der globalen Wasserpolitik sowohl durch den Aufstieg der Menschenrechte als auch durch die Dominanz ökonomischer Strategien zur Verbesserung regionaler, nationaler und internationaler Wasserverhältnisse geprägt worden. Die daran beteiligten Akteur:innen sind dabei in ein komplexes Netzwerk aus historisch gewachsenen Machtverhältnissen eingebettet, wodurch es zu ungleichen Einflussmöglichkeiten innerhalb politischer Entscheidungsprozesse kommt.

Mit Hilfe der argumentativen Diskursanalyse nach Maarten Hajer konnte herausgearbeitet werden, dass die Akteur:innen ihre Interessen, Problemdefinitionen sowie Lösungsansätze mittels zweier grundlegender Storylines vertraten: Die ökologische Modernisierung und die Anerkennung der Ressource Wasser als ein globales Gemeingut. Jedoch zeigen nicht nur die analysierten Debatten, sondern auch die letztlich verabschiedeten Verpflichtungen die Tendenz auf, dass es zu der Fortführung eines ökonomisch geprägten Diskurses und somit zu einer Reproduktion vorherrschender Machtverhältnisse kommt. Finanzstarke Institutionen stellen innerhalb der globalen Wasserpolitik weiterhin die taktgebenden Akteur:innen nationaler und internationaler Wasserpolitik dar. Nichtsdestotrotz zeigt die UN-Wasserkonferenz, dass der Diskurs über die Ausweitung des „Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung“ weiter an Bedeutung gewonnen hat.

## 1. Einführung

### 1.1 Problemstellung & Relevanz

*“Water is humanities liveblood. From the food we eat, to ecosystems and biodiversity that enrich our worlds, to the prosperity that sustain our nations, to the economic engines of agriculture manufacturing and energy generation, to our health, hygiene and survival itself.*

*Water is a human right and the common development denominator to shape a better future.*

*But water is in deep trouble.”*

*(Guterres 2023)*

Antonio Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), begann die UN-Wasserkonferenz in New York mit klaren Worten in Richtung der Teilnehmer:innen und machte in seiner Eröffnungsrede deutlich, von welcher Wichtigkeit die Ressource Wasser für das Leben auf der Erde ist (vgl. Guterres 2023). Symbolische Wirkmächtigkeit erhielt die Konferenz dabei nicht nur dadurch, dass deren Eröffnung auf den internationalen Weltwassertag gelegt wurde, sondern auch dadurch, dass es mit der UN-Wasserkonferenz in New York im März 2023 erstmals seit dem Jahr 1977 wieder zu einer Konferenz internationaler Vertreter:innen von Staaten, Konzernen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Bezug auf den Themenschwerpunkt der Ressource Wasser kam (vgl. Europäische Kommission 2023). Der Fokus dieser Konferenz lag auf der zukünftigen Verwaltung und Organisation der Ressource Wasser im Zusammenhang mit dem Zugang zu sauberem Trinkwasser und sicheren sanitären Einrichtungen, dem Schutz und der Restauration aquatischer Lebensräume, der Herausarbeitung integrativer Ansätze in der Wasserwirtschaft und damit einer nachhaltigeren Nutzung von Wasser in Industrie, Landwirtschaft und Energie sowie einer Stärkung innovativer Techniken zur effizienteren Nutzung globaler Wasserressourcen (ebd. 2023). Denn auch die Ressource Wasser ist von den sich verändernden klimatischen und dadurch verschärfenden sozialen, politischen und ökonomischen Verhältnisse stark betroffen. Wasser nehme in allen Lebensbereichen eine außerordentliche und essenzielle Rolle ein. Jegliche Ökosysteme sind auf Nutzung und dem Ge- und Verbrauch von Wasser in dessen verschiedenen Formen angewiesen. Sowohl Tiere und Pflanzen als auch die Menschen sind davon unmittelbar abhängig. Die Normalität, die sich dabei in vielen Teilen der Erde mit dem Ge- und Verbrauch dieser Ressource eingestellt hat, verschleierte die Tatsache, dass sich die Verhältnisse, trotz des vermeintlichen „Wasserreichtums“, in vielen Ländern der Welt verschlechtert (vgl. Lehn/Parodi 2009: 273f).

Gemäß den Daten aus dem Jahr 2020 sind weltweit 26 Prozent der Weltbevölkerung, das entspricht ca. zwei Milliarden Menschen, nicht in der Lage auf eine sichere Trinkwasserversorgung zurückzugreifen. Darüber hinaus ist zu verzeichnen, dass ca. 46 Prozent oder 3,6 Milliarden Menschen keinen sicheren Zugang zu sanitären Einrichtungen haben (vgl. Weltwasserbericht 2023: 2). Die Auswirkungen des mangelnden Zugangs zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen sind dabei gravierend. Denn so ist die Verfügbarkeit von sauberer und sicherer Wasserversorgung von essenzieller Bedeutung für die Gesundheit jedes Menschen (vgl. WHO 2023). Weltweit nutzen ca. 1,7 Milliarden Menschen verunreinigte Trinkwasserquellen. Durch die Benutzung und den Konsum von verunreinigtem Wasser kommt es zur Übertragung verschiedener Krankheiten wie Durchfall, Cholera, Typhus oder Kinderlähmung (ebd. 2023). Schätzungen zufolge versterben dabei jährlich eine Million Menschen an Durchfallerkrankungen, die auf unsichere und verschmutzte Trinkwasserquellen zurückzuführen sind. Unter diesen Opfern sind ungefähr 395.000 Kinder im Alter von unter fünf Jahren (ebd. 2023). Zu diesen vorherrschenden Verhältnissen kommen erschwerend nicht nur die aktuellen Entwicklungen der sich verändernden klimatischen Verhältnisse hinzu, sondern auch die sich im gleichen Zuge verhärtenden sozialen und politischen Fronten im Kontext der Sicherung der Ressource Wasser (vgl. Lehn/Parodi 2009: 274). Ein sowohl steigender Ressourcenverbrauch in Industrie und Landwirtschaft als auch der Eingriff des Menschen in natürliche Wasserkreisläufe führen weiter zu ungleichem Zugang und Verfügbarkeit, wodurch sich der Druck einzelner Staaten erhöht die Ressource langfristig abzusichern. Die zunehmende Häufigkeit von Dürren oder Überschwemmungen, eine wasserintensive(-re) Landwirtschaft sowie zunehmende Spannungsverhältnisse in Politik und Gesellschaft verschärfen den von Wassermangel bzw. -stress in den besonders betroffenen Regionen dieser Erde (ebd. 2009: 273). Darüber hinaus sorgen Klima und Mensch nicht nur für eine Erosion der Lebensräume, sondern auch zu einer damit einhergehenden (erzwungenen) Migration, Vertreibung und Verarmung der lokal betroffenen Menschen (ebd. 2009: 273f). Zwar steht die Ressource Wasser nach Aussagen der Forscher:innen nicht unmittelbar im Zentrum potenzieller Konflikte, sie spielt jedoch eine tragende Rolle im Kampf zukünftiger sozialer, politischer und ökologischer Verhältnisse (ebd. 2009: 273f). So eröffnet die Verknappung der Ressource Wasser die klimabedingten Wasserkrisen sowie die steigende Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung haben, zwangsweise kontroverse Debatten um eine nachhaltige und effiziente Nutzung innerhalb internationaler Verhandlungen (vgl. van Edig/Youkhana 2015: 245f).

Die Mechanismen der Privatisierung und Kommerzialisierung von Wasser sowie einer Einhegung dieser als Ware in nationale und internationale Märkte stehen seit Beginn der globalen Wasserpolitik im Widerspruch mit den Grundsätzen des „Menschenrechts auf Wasser und Sanitärversorgung“<sup>1</sup> (MRaW) (vgl. van Edig/Youkhana 2015: 245f). Die Implementierung von Marktmechanismen innerhalb öffentlich-rechtlicher Wasserversorgung und -dienstleistungen können dabei weitreichende Konsequenzen für verschieden Bevölkerungsgruppen haben (ebd. 2015: 245f). Globale Institutionen und privatwirtschaftliche Akteur:innen plädieren seit den 90er Jahren auf der einen Seite für eine Finanzialisierung<sup>2</sup> und Inwertsetzung von Wasser und dessen dazugehörigen Dienstleistungen (ebd. 2015: 245f). Gegner:innen solcher marktorientierten Strategien berufen sich andererseits auf das MRaW und dessen Unangreifbarkeit im Sinne der essenziellen Bedeutung dieser als Lebensgrundlage aller Menschen (vgl. van Edig/Youkhana 2015: 245f). Die Entwicklungen innerhalb der globalen Wasserpolitik der letzten Jahrzehnte wurden dabei von unterschiedlichen Konzepten, Ansätzen und Methoden verschiedenster Interessensgruppen geprägt (vgl. Hoering 2003: 95). Dadurch durchliefen auch die Debatten darüber, auf welche Art und Weise Wasserressourcen verwaltet und Wassermanagement umgesetzt werden sollen, eine Reihe von kontroversen Denkrichtungen und stehen bzw. standen oft im Widerspruch mit den internationalen Verpflichtungen im Kontext eines gerechten Schutzes und Zugangs der Ressource (ebd. 2003: 95). Der Einfluss internationaler Akteur:innen, wie privatwirtschaftliche Konzerne aber auch der Weltbank, des Weltwasserrats oder des Internationale Währungsfonds, kurz IWF, war und ist sowohl im nationalen als auch internationalen Kontext immens. Die Diskurse sind dabei in äußerst komplexe und vielschichtige Machtverhältnisse innerhalb der Aushandlungsprozesse verwoben. Denn auch in den Bereichen des Wassersektors machen die Mechanismen der Globalisierung und der darin inhärenten Finanzialisierung von Ressourcen keinen Halt (ebd. 2003: 95). Jeglicher Wohlstand, ob industriell, technisch oder sozial ist direkt mit der Verfügbarkeit und Nutzbarkeit von Wasser und dessen uneingeschränkten Zugang verknüpft (vgl. Chellaney 2013: 15). Privatisierung und Finanzialisierung im Sinne einer Einbettung der Ressource Wasser als ein auf dem Markt gehandeltes Produkt werde von vielen Akteur:innen als die Möglichkeit erachtet, sowohl Ressourcenschutz als auch eine gerechte Verteilung auf globaler Ebene zu gewährleisten. Solche marktorientierte Ansätze stellen dabei keine Neuerscheinungen in der internationalen Ressourcenpolitik dar (ebd. 2013: 15).

---

<sup>1</sup> Auf den genauen Inhalt des „Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung“ werde in Punkt 3.1 eingegangen.

<sup>2</sup> Der Begriff der „Finanzialisierung“ werde in den Punkten zu 3.2 genauer erläutert.

In den 1970er und 1980er Jahre folgte eine Welle der Liberalisierung und Ausbreitung des freien Marktes nicht nur auf nationaler sondern auch auf internationaler Ebene (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2008). Kapitalinteressen, Wirtschaftswachstum und privatwirtschaftliche Expansion standen dabei im Mittelpunkt internationaler Politik. Grund hierfür stellte einerseits der sich im Zuge der Globalisierung und Technologisierung fortschreitende Handel und andererseits die Krisenanfälligkeit liberaler Marktmechanismen dar (ebd. 2008). Das rasante Wachstum in den Ländern des Globalen Nordens nach dem Zweiten Weltkrieg fand mehr und mehr seine Grenzen, wodurch neue Wirtschaftsformen den internationalen Handel erneut vorantreiben sollten. Multi- und Bilaterale Abkommen, die Ausweitung der Grenzen nationaler Ressourcenaneignungen sowie die Technologisierung der Landwirtschaft sollten für einen erneuten Aufschwung des internationalen Handels sorgen (ebd. 2008). Auch im Bereich des internationalen Wassermanagements kam es nach der ersten UN-Wasserkonferenz 1977 zu einer von der UN ausgerufenen „Wasserdekade“ in den 1980er Jahren, um den Missständen und Versäumnisse vergangener Wasserpolitik entgegenzuwirken (vgl. Fritz 2006: 8f). Seit den 1990er Jahren sahen Institutionen wie die Weltbank, der Weltwasserrat, der IWF und privatwirtschaftliche Akteur:innen die Chance, durch Finanzialisierung und der Öffnung des Wassermarktes für private Investitionen, die Defizite in der öffentlichen Wasserverwaltung zu verbessern (vgl. Fritz 2006: 8f). Darin wurde die Notwendigkeit gesehen, durch festgelegte Marktpreise, eine Verbesserung der Infrastruktur öffentlicher Wasserversorgung herbeizuführen. Legitimation erhielt diese Transformation unter anderem dadurch, die globale Verschwendung der Ressource zu verringern und ein kontrolliertes und effizientes System der Wasserverwaltung einzuführen (vgl. Hoering 2006: 22f). Schnell entwickelten sich die einfachen Investitionen in neue Wassertechnologien in den Ländern des Globalen Südens zu einer Form der Privatisierung lokaler Wasserressourcen. Die Anzahl an internationalen Wasser- und Abwasserprojekte nahm dabei in den Jahren zwischen 1990 und 2002 stark zu. Betroffen waren hier vorwiegend die Ländern Lateinamerikas, Ostasiens und Länder südlich der Sahara. Mehr und mehr kam es zu Investitionen privater Akteur:innen in lokale Wasserprojekte, wie Staudämme oder allgemeiner Wasserinfrastruktur (vgl. Fritz 2006: 8). Zuspruch bekamen diese Formen der Investitionen dabei vor allem durch die verabschiedeten Prinzipien im Rahmen der „International Conference on Water and Environment“, kurz ICWE, 1992 in Dublin (vgl. Schmidt/Matthews 2017: 9). Zwar erkannte man die Verknappung natürlicher Wasservorkommen sowie die Krisenanfälligkeit der weltweiten Wasserinfrastruktur in den finalen Prinzipien an, verwies dabei jedoch auf das wirtschaftliche Potenzial der Ressource im Hinblick auf die Einbettung dieser als Ware bzw. Wirtschaftsgut (ebd. 2017: 9).

Aus dem Vierten-Dublin-Prinzip<sup>3</sup> konnte man schlussfolgernd entnehmen, dass Wasser aufgrund seines konkurrierenden Nutzens einen ökonomischen Wert annehme, wodurch dieses als Wirtschaftsgut einzustufen sei (vgl. Schmidt/Matthews 2017: 9f). Die an der Konferenz beteiligten Akteur:innen erkannten an, dass die bisherigen Fehler und Versäumnisse der Wasserversorgung – Verschmutzung, Verschwendung und schwache öffentliche Instandhaltung – nur durch Investitionen aus der Privatwirtschaft verbessert werden können (vgl. ICWE 1992: 4). Hinzu kam dabei, dass die fortwährende Krisenanfälligkeit des Kapitalismus bzw. des Liberalismus – beispielsweise Ende des Bretton-Woods & Ölkrise – zu einer Zunahme der Finanzialisierung bzw. Kommodifizierung verschiedenster Bereiche des internationalen Handels sorgte und dazu führte, dass die Logik kapitalistischer Akkumulation in beinahe alle Bereiche des menschlichen Lebens drang (vgl. Zeller 2004: 324f). Die darauffolgenden Jahrzehnte sorgten jedoch für Ernüchterung in der internationalen Privatwirtschaft sowie dem Vorhaben, die öffentliche Wasserversorgung gänzlich in die Hände privater Wasserbetriebe zu legen (vgl. Dobner 2008b: 359f). Denn als gänzlich durchsetzbar erwies sich die Transformation des öffentlichen Wassersektors hin zu einer privat organisierten Wasserwirtschaft nicht. Zwar zogen sich viele der Investor:innen wieder aus diesem Sektor zurück, der Trend scheinete sich jedoch erneut in Richtung der Privatisierung und Finanzialisierung des Wassermarktes zu wenden (ebd. 2008b: 355f). Eine solch immense Umstrukturierung und Verwandlung eines öffentlichen Gutes und vor allem natürlichen Monopols stelle dabei nicht nur eine polit-ökonomische, sondern auch eine weitaus größere sozio-ökologische Herausforderung dar (ebd. 2008b: 359f/ 362). Wie im späteren Verlauf der Arbeit noch deutlicher sichtbar werden wird, wurde die Bearbeitung der globalen Wasserkrise von unterschiedlichen Strategien und Akteur:innen geprägt. Dabei kam es vor allem in den 1990er Jahren zu einem signifikanten Kurswechsel innerhalb der globalen Wasserpolitik (vgl. Dobner 2010: 124f). Der Staat als taktgebende Instanz wurde mehr und mehr durch die aufkommenden Marktmechanismen der Globalisierung und Liberalisierung relativiert, neue Akteur:innen betraten in Folge dessen das Feld globaler Wasserpolitik, wodurch neue Möglichkeiten der Privatisierung, Kommerzialisierung und Finanzialisierung geschaffen wurden (ebd. 2010: 125). Die Vergangenheit zeigt jedoch, dass die politische Kehrtwende im Sinne einer „Entökologisierung“ des Wasserdiskurses (vgl. Hoering 2003: 97), die Zustände lokaler und globaler Wasserversorgung und -verwaltung nicht nachhaltig verbessern konnte und die globale Wasserkrise somit weiter eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bleibt (vgl. Dobner 2010: 166f).

---

<sup>3</sup> Im Laufe der Arbeit wird dieses Prinzip, aufgrund dessen Wichtigkeit für die internationale Wasserpolitik, noch erläutert.

Die Konsequenzen der sich zuspitzenden Wasserverhältnisse sind dabei sowohl räumlich als auch zeitlich äußerst ungleich verteilt (vgl. Dobner 2010: 35). So sind auch die Länder des Globalen Nordens von dieser Krise betroffen, jedoch verfügen diese Teile der Erde über eine weitaus stärkere Resilienz gegenüber externen Einflüssen. Statistiken zufolge haben die Menschen im Globalen Norden in Situationen der Wasserknappheit durchschnittlich 30 bis 50 mal mehr Wasserressourcen als die Menschen im Globalen Süden zur Verfügung (ebd. 2010: 35f). Die Auswirkungen der globalen Wasserkrise – räumlich und/ oder zeitlich – werden die Menschen somit nicht alle gleich erfahren. Die Konsequenzen werden für manche kaum bis gar nicht zu spüren sein, manche werden dazu in der Lage sein diese zu bezahlen, andere wiederum sind den lebensbedrohlichen Risiken schutzlos ausgeliefert (ebd. 2010: 36). Die globale Bedeutung der Ressource Wasser als ein essenzieller Bestandteil allen Lebens, ist somit mit der unausweichlichen Forderung verbunden, eine globale und gerechte Wasserpolitik zu implementieren (ebd. 2010: 36). Betrachte man das Problem der globalen Wasserkrise, so lässt sich erkennen, dass diesem zwei Dimensionen zugrunde liegen. Zum einen handelt es sich bei dieser um eine sich zuspitzende Krise der Verknappung natürlicher Wasservorkommen und -ressourcen, die zeitlich sowie räumlich ungleich verteilt sind und somit nicht allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Zum anderen entstehe aufgrund der sozialen Auswirkungen von Krisen zwangsweise auch eine politische Dimension (vgl. Hajer 1995: 13ff). Aufgrund dessen fokussieren sich, die in dieser Arbeit formulierten Forschungsfragen auf den politischen Charakter der globalen Wasserkrise.

Im Zuge der Masterarbeit sollen nun zum einen die historischen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Thema, des „Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung“, der Finanzialisierung und Privatisierung der Ressource Wasser sowie die entwickelten Strategien der UN-Wasserkonferenzen herausgearbeitet werden. Auf Grundlage der historischen Entwicklung sowie einer entsprechenden Kontextualisierung der Ressource Wasser in Bezug zu dessen globaler Bedeutung soll nun zum anderen die UN-Wasserkonferenz 2023 in New York mittels der argumentativen Diskursanalyse in Anlehnung an Maarten Hajer analysiert werden. Als Untersuchungsobjekte dienen dabei die verschiedenen unterschiedliche Materialien wie Dokumente, Protokolle, Resolutionen, Agenden und Live-Streams der UN-Wasserkonferenz in New York. Anhand dieser wird analysiert, wie sich der aktuelle Diskurs über die zukünftige Bearbeitung lokaler und globaler Wasserversorgungs- und Wasserverwaltungssysteme darstellt und welchen Einfluss die jeweils beteiligten Akteur:innen in der Ausgestaltung internationaler Abkommen, Handlungsempfehlungen und Resolutionen haben.

Dadurch soll aufgeschlüsselt werden, wie die Narrative und Strategien internationaler und nationaler Akteur:innen den aktuellen Wasserdiskurs formen und inwiefern die UN-Wasserkonferenz aus dem Jahr 2023 dazu beiträgt, die globale Wasserkrise anhand ökonomischer, politischer und vor allem sozio-ökologischer zu bearbeiten.

## 1.2 Forschungsfragen

Für die Analyse werden in dieser Arbeit insgesamt drei verschiedene Forschungsfragen formuliert. Diese folgen dabei dem Konzept, nicht nur die diskursiven Praxen innerhalb der politischen Auseinandersetzungen im Rahmen der UN-Wasserkonferenz im Allgemeinen sondern diese auch in Bezug auf die vermeintlich vorherrschenden neo-imperialistischen Mechanismen einflussreiche Akteur:innen aufzudecken und zu analysieren. Mittels der ersten beiden Forschungsfragen soll zunächst untersucht werden, welche Diskurse auf der UN-Wasserkonferenz vorherrschen und wie bzw. auf welche Art und Weise diese die Interessen und Machtverhältnisse der Akteur:innen reflektieren. Die erste Frage wird dabei wie folgt formuliert:

***F1: Was sind die (dominanten) Diskurse innerhalb der UN-Wasserkonferenz?***

Anhand der zweiten Forschungsfragen wird herausgearbeitet wie die spezifischen Diskurse die jeweiligen Interessen der Akteur:innen widerspiegeln und wie bzw. ob sich die Diskurse bestimmten Akteur:innenkoalitionen zuordnen lassen.

***F2: Inwiefern reflektieren die Diskurse die Interessen der Akteur:innen bzw. bestimmter Akteur:innen?***

Mit der dritten Forschungsfrage wird nun dem Gegenstand nachgegangen, welchen Einfluss die Diskurse innerhalb der Konferenz auf die letztlich formulierten Entscheidungen bzw. Empfehlungen haben und inwiefern sich darin neo-imperialistische Strukturen wiederfinden lassen.

***F3: Werden bzw. wie werden neo-imperiale Strukturen in den Diskursen innerhalb der UN-Wasserkonferenz (re-)produziert und inwiefern haben diese Einfluss auf die Implementierung aktueller Policy-Agenden?***

Um dieses Forschungsziel zu erreichen wird zum einen auf die argumentative Diskursanalyse nach Maarten Hajer zurückgegriffen. Darin kommt es zu der Herausarbeitung der vorherrschenden Storylines sowie den interessenorientierten Diskurskoalitionen. Mit Hilfe der Ansätze der Neo-Imperialismustheorie soll zum anderen dargestellt werden, ob bzw. inwiefern die beteiligten Akteur:innen und Diskurskoalitionen dazu beitragen, spezifische (dominante) Vorstellungen innerhalb der globalen Wasserpolitik zu institutionalisieren.

### 1.3 Methodisches Vorgehen

*„Die Untersuchung von Diskursen erlaubt ein besseres Verständnis von gesellschaftlichen Kontroversen und zwar nicht im Sinne rationaler Argumentation, sondern im Sinne der argumentativen Realität, die die Akteure in die Diskussion miteinbringen.“*

(Hajer 2003: 276).

Um den Diskurs in Bezug auf die globale Wasserpolitik und den Mechanismen neo-imperialier Herrschaftsformen innerhalb der UN-Wasserkonferenz in New York zu analysieren, wird in dieser Arbeit auf die methodische Herangehensweise der *argumentativen Diskursanalyse* nach Maarten Hajer sowie der theoretischen Grundlagen der Neo-Imperialismustheorie zurückgegriffen. Aus den Ansätzen Hajers und der argumentativen Diskursanalyse ergeben sich drei wesentliche Konzepte zur Untersuchung eines vorherrschenden Diskurses: die Analyse sogenannten *Storylines*, sowie die Herausarbeitung der zugrundeliegenden *Diskurskoalitionen*, sowie die Darstellung der *Prozesse der Diskursinstitutionalisierung*. Mit dem Konzept der Diskurskoalitionen fügt Hajer dabei einen Untersuchungsgegenstand hinzu, der, wie in 2.1.1 genauer beschrieben, auch auf die institutionellen Praktiken der Akteur:innen und somit auf die letztlich formulierten Entscheidungsprozesse tiefer eingeht (vgl. Hajer 2008: 216f). Die argumentative Diskursanalyse dient hierbei als das verwendete Forschungsinstrument. Zur Erfassung dieser diskursiven Merkmale stellt Hajer ein Rahmenwerk bereit, welches anhand des zur Verfügung stehenden Materials gleichzeitig die notwendigen Analyseschritte definiert (vgl. Hajer 2003: 282f). Das Datenmaterial setzt sich dabei aus ausgewählten Dokumenten, Debatten und Diskussionsrunden zusammen, die im Rahmen der UN-Wasserkonferenz vom 22. bis 24. März 2023 stattgefunden haben und sich mit den Themen der Finanzierung, ökologischen und ökonomischen Modernisierung sowie der Stärkung MRaW beschäftigen. Aus dem für diese Arbeit verwendeten Datenmaterial ergeben sich dabei fünf wesentliche Analyseschritte: *Dokumentenanalyse*, die *Analyse der Schlüsselereignisse*, die *Analyse der Positionierungseffekte*, die *Analyse der Praktiken in spezifischen Argumentationskontexten* sowie der *Interpretation* (vgl. Hajer 2003: 282f). Die Dokumentenanalyse nimmt innerhalb der fünf Analyseschritte deshalb eine gesonderte Rolle ein, da diese sich nicht nur auf die Analyse der UN-Wasserkonferenz in New York und der unter den Kapiteln zu 6.1 bezieht, sondern bereits zum Teil im Rahmen der empirischen Aufarbeitung des MRaW, der Finanzialisierung von Wasser sowie in der Kontextualisierung der Ressource Wasser und der Chronologie vergangener Wasserkonferenzen Anwendung findet.

Darin geht es bereits um eine erste Sichtbarmachung vergangener Diskurse, den jeweiligen Diskursorten sowie deren zugrundeliegenden Konzepten, die dazu beigetragen haben, die globale Wasserkrise zu bearbeiten und zu konstituieren (vgl. Hajer 2008: 221).

Mittels der Hinzunahme der theoretischen Grundlagen der Neo-Imperialismustheorie soll darüber hinaus ein Rahmenwerk geliefert werden, welches nicht nur zur Verortung des vorherrschenden Diskurses in seine aktuellen und historischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Verhältnisse, sondern auch zu einer tieferen Darstellung der Machtpositionen innerhalb globaler Wasserpolitik dienen soll. Die Basis der Literaturrecherche im Kontext des Neo-imperialismus fundiert dabei auf den Texten von David Harvey sowie Christian Zeller. Die Grundannahmen beider Autoren liefern, im Sinne des Schneeballprinzips, die Ausgangslage für den Einbezug weiterer Werke zu den Themen der „Finanzialisierung“, „Privatisierung“ sowie der „Entwicklung“ neuer Wirtschaftsparadigmen innerhalb der globalen Ressourcenpolitik.

Im Hinblick einer theoretisch fundierten Identifikation und Auswertung relevanter Kategorien des Diskurses innerhalb der globalen Wasserpolitik wird auf die induktive Kategorienbildung durch Zusammenfassung nach Philipp Mayring zurückgegriffen (vgl. Mayring 2015: 85ff). Diese gewonnenen Daten sollen anschließend mittels einer explizierenden Kontextanalyse nach den Kriterien der qualitativen Inhaltsanalyse in Anlehnung an Maarten Hajer systematisiert und ausgewertet werden. Die induktive Kategorienbildung dient dabei dazu, innerhalb der verwendeten Datenmaterialien konkrete Textpassagen zu systematisieren und in entsprechende Storylines (Hauptkategorien) einzuteilen (ebd. 2015: 118f). Dieses Vorgehen widmet sich den Überlegungen der ersten und zweiten Forschungsfrage. Um die dritte Forschungsfrage zu beantworten wird das induktiv erarbeitete Kategoriensystem durch die Charakteristika Neo-Imperialismustheorie erweitert. Durch die explizite Kontextanalyse wird das reduzierte Material im Sinne der argumentativen Diskursanalyse in einen historischen und politischen Kontext gestellt. Dabei geht es im Ganzen um die Darstellung der diskursinhärenten Strukturen (Storylines), den Diskurskoalitionen sowie dem Einfluss der Akteur:innen und Institutionen auf die Praktiken in Form der Festlegung von Agenden und Lösungsstrategien. Die Anwendung der induktiven Kategorienbildung im Sinne der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring soll dabei als Kodierungsverfahren im Rahmen der argumentativen Diskursanalyse dienen und ein Regelwerk zur Aufarbeitung und Auswertung der Diskurse bereitstellen.

## 1.4 Struktur der Arbeit

Die vorliegende Arbeit ist in zwei wesentliche Abschnitte unterteilt: Der erste Abschnitt befasst sich mit den theoretischen Grundlagen. Hierzu kommt es in Punkt 2.1 zur Herausarbeitung der wesentlichen methodisch-theoretischen Grundlage in Bezug auf den Diskurs, der Diskursanalyse sowie der argumentativen Diskursanalyse nach Hajer in Punkt 2.2.

Um eine tiefergehende Analyse neo-imperialistischer Charakteristika innerhalb des globalen Wasserdiskurses zu erfassen, werden in Punkt 2.3 die wesentlichen Merkmale der Neo-Imperialismustheorie erläutert sowie dessen Mechanismen genauer erläutert.

Im Anschluss kommt es in Kapitel Drei einerseits zu der Herausarbeitung der Grundlagen in Bezug auf das „(Menschen-)Recht auf Wasser und Sanitärversorgung“. Dabei soll erläutert werden Wen und Was das Menschenrecht betrifft und welche Wirkmächtigkeit dieses Menschenrecht besitzt. Auf der anderen Seite werden die grundlegenden Charakteristika und Begrifflichkeiten der Finanzialisierung sowohl im Allgemeinen als auch im Kontext der Ressource Wasser erläutert. Diese Ausführungen bilden den Hintergrund für das Verständnis der Prozesse der Privatisierung und Kommodifizierung von natürlichen Ressourcen sowie öffentlichen Dienstleistungen (vgl. Klein 2005: 129).

In Kapitel Vier sollen nun zunächst die wesentlichen Eigenschaften der Ressource Wasser hinsichtlich ihrer Nutzung, Verknappung, Verwaltung und Verteilung dargestellt werden. Des Weiteren erfolgt eine Kontextualisierung der vergangenen UN-Wasserkonferenzen sowie des Weltwasserforums begleitet von einer verkürzten historisch-chronologischen Darstellung der darin beteiligten Akteur:innen sowie der daraus entstandenen Resolutionen und Handlungsempfehlungen. Die theoretischen Grundlagen in Kapitel Zwei sowie der Ausarbeitung des aktuellen Forschungs- und Wissensstands in Kapitel Drei und Vier dienen für eine entsprechende Kontextualisierung der darauffolgenden Analyse.

Im zweiten Teil der Arbeit werden nun, anhand einer qualitativ-interpretativen Argumentationsanalyse, die in Kapitel 1.2 genannten Forschungsfragen bearbeitet. In den Kapiteln zu 5.1, 5.2 sowie 5.3 kommt es zu einer Darstellung der Methodologie, der methodischen Schritte sowie zur Beschreibung des ausgewählten Datenmaterials. Im Kapitel zu 6.1 erfolgt die Darstellung der Ergebnisse in Bezug auf die ersten beiden Forschungsfragen. Im Kapitel Sieben erfolgt in Folge dessen eine tiefergehende Darstellung der vorherrschenden Diskursstrukturen sowie den Prozesse der Diskursinstitutionalisierung im Sinne der argumentativen Diskursanalyse nach Hajer. Abschließend folgt in Kapitel Acht eine Zusammenfassung der Arbeit.

## 2. Theoretisch-methodologischer Rahmen

In den folgenden Kapiteln sollen nun die theoretischen-methodologischen Grundlagen erläutert werden. Hierzu kommt es zu einer kurzen Einführung zu den Themen Diskurs und Diskursanalyse, der argumentativen Diskursanalyse nach Maarten Hajer sowie zu den zentralen Begriffen und Annahmen Hajers in Bezug auf dessen theoretische Verortung von Diskurs, Diskursstrukturen sowie den Diskurskoalitionen und institutionellen Praktiken. Auf der anderen Seite sollen die Ansätze im Rahmen der Neo-Imperialismustheorie als ein theoretisches Rahmenwerk zur Verortung der diskursanalytischen Merkmale sowie zu einem tieferen Verständnis von Machtasymmetrien innerhalb der globalen Wasserpolitik dienen. Die Verbindung der Neo-Imperialismustheorie mit den Grundlagen der qualitativen Forschungsmethode der argumentativen Diskursanalyse ermöglicht dabei die Herausarbeitung der Wechselwirkungen zwischen Macht und Diskurs. Während mit der argumentativen Diskursanalyse die spezifischen rhetorischen und argumentativen Strategien in Diskursen hervorgehoben werden können (vgl. Hajer 2008: 219f), bietet die Perspektive der Neo-Imperialismustheorie einen möglichen Rahmen für das Verständnis der strukturellen und institutionellen Dimensionen globaler Wasserpolitik (vgl. Harvey 2005: 132).

### 2.1 Diskurs & Diskursanalyse

Das Feld der Diskursforschung ist geprägt von einer Vielzahl an Einflüssen und Strömungen, worin unterschiedliche Definitionen sowohl des Begriffs des *Diskurs* als auch der *Diskursanalyse* vorherrschen (vgl. Herschinger/Renner 2014: 2). So unterliegt der jeweils spezifisch angewendeten Methode der Diskursanalyse stets die spezifisch-theoretische Verortung des Diskursbegriffs (vgl. Kerchner 2006: 33f).

Aus Sicht konventioneller konstruktivistischer Diskursforschung lasse sich der Diskursbegriff als eine Form der Kommunikation innerhalb diskursiver Auseinandersetzungen sowie zwischen Akteur:innen beschreiben. Die Analyse des dort vorherrschenden Diskurses ermöglicht die Herausarbeitung der spezifischen Interessen und Handlungslogiken der Akteur:innen (vgl. Herschinger/Renner 2014: 3). Das Verständnis von Sprache unterliegt dabei der Annahme, dass diese realitätsabbildend ist (vgl. Herschinger/Renner 2014: 3). Seitens Vertreter:innen der Kritischen Diskurstheorie, wie auch im Kontext dieser Arbeit, werde angenommen, dass Sprache und der zugrundeliegende Diskurs nicht allein realitätsabbildend sei, sondern, in Anlehnung an Michael Foucault, „[...] *systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen.*“ (Foucault 1973b [1969]: 74).

Dieser Diskursbegriff versteht sich somit nicht nur als ein Ausdruck intersubjektiver Kommunikation, sondern als Ansammlung von Aussagen, die in ihrer Gesamtheit diskursive Formationen und die damit verbundenen sozialen Praktiken formen. Diskurse repräsentieren nicht einfach die Realität, vielmehr konstruieren sie aktiv die Wirklichkeit, über die gesprochen werde (vgl. Foucault 1973b [1969]: 74f). Darüber hinaus ist hinzuzufügen, dass eine Unterscheidung zwischen dem Begriff Diskurs sowie dem der *Diskussion* zu treffen ist. Ein Diskurs bezieht sich dabei auf die Strukturierung von Konzepten, die die Beiträge der Akteur:innen in einer Diskussion prägen (vgl. Hajer 2008: 214). Methodische Zugänge zur Untersuchung spezifischer Diskursstrukturen liefern hierzu sowohl die Ansätze der Diskursanalyse als auch der Kritischen Diskursanalyse. Zu erwähnen ist zu Beginn, dass es sich in Bezug beider Analysemethoden um keine, in ihren Ausführungen spezifisch festgelegten Methoden handelt, sondern diese als multi-disziplinäre Forschungsansätze verstanden werden können (vgl. Wodak 2001: 1f). Innerhalb der Sozial- und Politikwissenschaften fundieren Diskursanalysen zu meist auf einer qualitativ, hermeneutisch-interpretativen Herangehensweise, die die Sprache als konstitutives Mittel der Produktion von Realität und Wirklichkeit sieht (vgl. Münch 2016: 3). Ihr Erkenntnisinteresse liegt vor allem in der Aufarbeitung struktureller Eigenschaften von Diskursen, der Analyse von Sprechakten sowie deren Bezug zu sozi-kulturellen und politischen Praktiken (ebd. 2016: 16).

*„Die grundlegende Annahme der Diskursanalyse ist, dass Sprache unsere Wahrnehmung der Welt und der Realität tiefgehend formt, anstatt nur ein neutrales Medium zu sein, das diese reflektiert. Der Analytiker sollte deshalb untersuchen, wie sich die Definition eines politischen Problems zu dem besonderen Kontext verhält, in dem es diskutiert wird“*

(Hajer 2008: 212)

Die Ansätze der Kritischen Diskursanalyse, als eine spezifische Form der Diskursanalyse, richten ihren Fokus im Vergleich dazu verstärkt darauf, wie Diskurse zur Legitimation von Machtverhältnissen, sozialen Ungleichheiten sowie hegemonialen Strukturen innerhalb politischer Entscheidungsprozesse beitragen (vgl. Münch 2016: 75). Politikwissenschaftliche Diskursanalysen sind dabei in Bezug auf sozialwissenschaftliche Ansätzen dahingehend zu unterscheiden, dass darin nicht nur die Sprache diskursives Mittel der Konstruktion von Wirklichkeit, sondern vor allem die darin vorliegenden sozio-kulturellen bzw. historischen Machtverhältnisse sowie die dadurch institutionell verankerten Praktiken der Akteur:innen als ein zentrales Merkmal gesehen werden (vgl. Kerchner 2006: 39f).

## 2.2 Zentrale Begriffe der argumentativen Diskursanalyse nach Hajer

Maarten Hajer stellt mithilfe der argumentativen Diskursanalyse ein methodisches Rahmenwerk bereit, das nicht nur die spezifischen Sprechakte der an einem Diskurs beteiligten Akteur:innen als zentrale Merkmale politischer Auseinandersetzungen betrachtet, sondern zugleich die jeweils historisch sowie sich entwickelnden Diskurskoalitionen bzw. Machtpositionen dieser mit in die Analyse einbezieht (vgl. Hajer 1995: 61f).

Hajer fundiert seine theoretische Verortung anhand des Foucault'schen Diskursbegriffs und nimmt darüber hinaus an, dass ein Diskurs als ein „[...] *ensemble of ideas, concepts and categories through which meaning is given to a social and physical phenomena, an which is produced and reproduced through an identifiable set of practice*“ (Hajer 2005: 300) gesehen werden kann. Daraus schließt Hajer, dass das Handeln, der an einem bestimmten Diskurs beteiligten Akteur:innen stets durch Zusammenschluss gemeinsamer Interessen und Problemdefinitionen begründet werde (vgl. Hajer 1995: 61f). Zur Bearbeitung werde die argumentative Diskursanalyse lt. Hajer mittels drei wesentlicher Elemente beschrieben: den *Storylines*, den *Diskurskoalitionen* sowie den *institutionellen Praktiken* (vgl. Münch 2016: 61ff).

Die Anwendung dieser Form der Kritischen Diskursanalyse ermöglicht es, die zugrundeliegenden diskursiven Interessen der Akteur:innen, deren Machtpositionen sowie deren Einfluss auf die letztlich festgelegten Agenden und Strategien innerhalb der Wasserpolitik herauszuarbeiten und zu bewerten.

### 2.1.1 Storyline – Erzählungen, Policy-Vokabular & epistemische Überzeugungen

Mit dem Element der Storylines gehe es zunächst um eine sprachliche und strukturelle Betrachtung des geführten Diskurses, in dem untersucht werden, welche Bedeutungsstrukturen durch die beteiligten Sprecher:innen getragen werden. Storylines können dabei grundlegend als die Brücke zwischen artikulierten Argumenten und Sachverhalten verstanden werden. Dadurch wird es Akteur:innen innerhalb politischer Auseinandersetzungen möglich, sich trotz eines komplexen Sachverhalts im Rahmen einer vereinfachten und verallgemeinerten Sprache zu verständigen (ebd. 2016: 61ff). Storylines dienen somit als eine Verknüpfung und narrative Grundlage, die das Wissen, die Überzeugungen und die unterschiedlichen Ansichten der Akteur:innen zusammenführt (vgl. Hajer 2003: 280). Die rhetorische und stilistische Grundlage spezifischer Storylines könne je nach Diskurs, durch *Erzählungen*, dem *Policy-Vokabular* sowie den *epistemischen Überzeugungen* der Akteur:innen beeinflusst werden (vgl. Münch 2016: 61ff).

Die kleinsten diskursiven Elemente innerhalb einer Storyline stellen dabei Erzählungen, als eine „Kette von Äußerungen“ (Hajer 2003: 276), oder Forderungen dar (vgl. Kurze 2018: 106). Sie dienen in politischen Diskursen für eine grundlegende Beschreibung eines bestimmten Problems oder Phänomens und somit auch der Zuschreibung von Bedeutung im Sinne spezifischer Ursachen, Auswirkungen, Zuständigkeiten und Lösungsstrategien (vgl. Hajer 2003: 276). Diese Bedeutungszuschreibungen (Ursachen, Auswirkungen, usw.) können dabei zusammen oder getrennt voneinander formuliert werden, wodurch eine jeweils bestimmte Vorstellung eines Zustandes nicht nur produziert, sondern auch reproduziert werde (vgl. Kurze 2018: 107). Verschiedene Akteur:innen verwenden und nehmen sich bestimmten Storylines dabei aus verschiedenen Gründen an. Dabei unterliegen den Storylines drei wesentliche Kernfunktionen: der Ordnungs-, Legitimations- sowie Integrationsfunktion (vgl. 2018: 107). Erstere beschreibt die Vereinfachung und Verallgemeinerung eines Problems und dessen komplexen Zusammenhänge. Somit ersuchen, die an einem Diskurs beteiligte Akteur:innen, durch sowohl individuelle als auch kollektive Erzählungen komplexe Probleme auf bestimmte Ursachen und deren potenziellen Lösungsstrategien zu reduzieren (ebd. 2018: 107f). Die Legitimitätsfunktion beschreibt das Verhältnis zwischen verschiedenen Storylines und deren Dominanz gegenüber anderen Konzeptionen eines Problems. Ziel innerhalb eines politischen Entscheidungsprozesses ist es stets, die Interessen und Überzeugungen gegenüber anderen zu legitimieren. Je dominanter eine Storyline darin ist, desto eher ist sie in der Lage sich gegen andere durchzusetzen (ebd. 2018: 109f). Letztere Funktion folgt letztlich der Konsequenz der beiden ersten Eigenschaften. Werde eine Storyline von vielen oder wenig machtvollen Akteur:innen getragen besitzt diese im Vergleich zu anderen eine im Diskurs dominantere Position, wodurch diese mit höherer Wahrscheinlichkeit in das Agenda-Setting Einzug findet bzw. integriert werden kann (ebd. 2018: 110). Unterstützt wird das Element der Erzählung dabei von dem jeweils verwendeten Policy-Vokabular. Dabei handelt es sich beispielsweise um die Integration wissenschaftlicher Grundlagen, Modelle oder Verfahren, die wiederum zur Legitimation von Strategien o.Ä. beitragen können (vgl. Münch 2016: 61f). Als weiteres diskursives Element beschreibt Hajer die epistemischen Überzeugungen. Diese stellen vorherrschende Denkmuster, Herangehensweisen und spezifische Muster der Identifikation dar und tragen bewusst oder unbewusst dazu bei spezifische Problemen und deren Lösungen auf Grundlage auf sozio-kultureller und historischer Wertvorstellungen zu definieren (ebd. 2016: 61f). Storylines können somit nicht nur als eine Form der Artikulation innerhalb politischer Auseinandersetzungen betrachtet werden, sondern unterliegen einer spezifischen Sichtweise zu einen bestimmten Sachverhalt (vgl. Kurze 2018: 106).

### 2.1.2 Diskurskoalitionen

Als zweites Element der Untersuchung beschreibt Hajer die Analyse der sogenannten Diskurskoalitionen. Nach Hajer formieren sich in politischen Prozessen verschiedene Koalitionen nicht allein aufgrund gleicher Überzeugungen, sondern durch die Etablierung und Verwendung gemeinsamer Storylines (vgl. Münch 2016: 127f). Eine bestimmte Diskurskoalition setzt sich dabei aus unterschiedlichen, an einem Diskurs beteiligten Gruppierungen zusammen, die über gemeinsame Storylines die eigenen Interessen gegenüber anderen Koalitionen durchsetzen bzw. durchzusetzen versuchen (ebd. 2016: 61).

*„A discourse coalition is thus the ensemble of a set of storylines, all organized around a discourse. The discourse coalition approach suggest that politics is a process in which different actors from various backgrounds form specific coalitions around specific storylines.“*

(Hajer 1993: 47)

Nach Hajer stellt sich ein Diskurs dann als erfolgreich heraus, wenn dieser zwei Bedingungen erfüllt: einerseits muss der Diskurs in der Lage sein den diskursiven Raum um ein bestimmtes Problem zu dominieren. Dies bezeichnet man als Diskursstrukturierung. Andererseits muss der Diskurs institutionalisiert sein, um als legitim erachtet zu werden. Dies lässt sich unter anderem anhand der zunehmenden Anzahl von Akteur:innen zeigen, die im Laufe eines Diskurs bestimmte Argumente zur Rechtfertigung ihrer eigenen Position adaptieren und verwenden (vgl. Uther 2013: 81). Diskurskoalitionen sind dabei weder an zeitliche noch an institutionelle Barrieren gebunden, sondern können sich im Zeitraum einer bestimmten Debatte sowie institutionenübergreifend bilden. Durch den Zusammenschluss können sich verschiedene Individuen, Parteien, Institutionen, Staaten oder auch zivilgesellschaftlichen Organisationen innerhalb politischer Diskurse koordinieren (vgl. Kurze 2018: 111f). Für die erfolgreiche Etablierung eines Diskurse müsse dieser auf dem Konsens einer gemeinsamen Konzeption und Interpretation eines bestimmten Problems oder einer entsprechenden Problemlösung basieren (vgl. Münch 2016: 127). Somit dienen Diskurskoalitionen innerhalb bestimmter politischer Auseinandersetzungen zur Festigung spezifischer Problemdefinitionen und sorgen mitunter dafür, dass bestimmte Interessen und Vorstellungen gegenüber anderen Koalitionen durchgesetzt werden (können) (vgl. Hajer 2003: 280). Hajer setzt hierzu voraus, dass Veränderungen vorherrschender Verhältnisse nur durch eine Transformation der bestehenden Diskurskoalitionen möglich ist (vgl. Münch 2016: 61f).

Diskurskoalitionen nehmen damit nicht nur eine entscheidende Rolle zur Festigung konventioneller, sondern auch zur Etablierung neuer, transformativer Konzeptionen und Lösungsstrategien ein (vgl. Kurze 2018: 115f). Diskurskoalitionen einer dominanten Storyline sind zum einen in der Lage andere Akteur:innen zu überzeugen (politische Dimension) aber andererseits auch weniger dominante Storylines innerhalb des Entscheidungsprozesses zu exkludieren (repressive Dimension). Diese Dimensionen können dabei als sogenannte *Positionierungseffekte* bezeichnet werden (ebd. 2018: 116f).

### 2.1.3 Institutionelle Praktiken & Diskursinstitutionalisierung

Als letztes Element wird im Rahmen der argumentativen Diskursanalyse herausgearbeitet, wie das Gesagte bzw. die vorherrschenden Bedeutungsstrukturen in Zusammenhang mit den spezifischen institutionellen Praktiken der Akteur:innen gesetzt werden kann (ebd.2016: 61f).

Hajer nutzt hierbei einen institutionell-konstruktivistischen Ansatz, der davon ausgeht, dass Diskurse und diskursive Praktiken mit den, in den Institutionen inhärenten Strukturen und Mustern, gekoppelt sind. Politische Diskurse, geschaffen und getragen von bestimmten Institutionen legitimieren einerseits die Interessen spezifischer Koalitionen und delegitimieren bzw. beschränken andererseits abweichende Interessen anderer Koalitionen (vgl. Hajer 1997: 111). Die Dominanz einer bestimmten Storyline besitzt letztlich die Fähigkeit, sich in Form der Implementierung in institutionelle Strukturen, Praktiken und Maßnahmen zu festigen (vgl. Kurze 2018: 117f). Dominante Storylines können dabei sprachlich als auch nicht-sprachlich innerhalb des Agenda-Settings sichtbar werden. Gesetzestexte oder Resolutionen können dabei beispielhaft die sprachliche Dominanz bestimmter Storylines ausdrücken und festigen. Nicht-sprachliche Storylines lassen sich dabei in Form konkreter Maßnahmen, wie beispielsweise Finanzialisierungsstrategien oder Investitionsprogrammen dokumentieren (ebd. 2018: 118). Politische Debatten eröffnen somit unterschiedliche Diskurse, die wiederum durch unterschiedliche Storylines der beteiligten Akteur:innen diskursiv konzipiert, interpretiert und (re-)produziert werden (vgl. Hajer 1993: 47). Legitimation erhalten Diskurskoalitionen dann, wenn sie einerseits den diskursiven Raum, d.h. den Ort an dem Sprache, Kommunikation und Machtpositionen und -verhältnisse sichtbar werden, dominieren. Auf der anderen Seite hat ein bestimmter Diskurs dann an Legitimation gewonnen, wenn dieser tatsächlich, innerhalb politischer Prozesse, die sozialen sowie institutionellen Praktiken bestimmt bzw. beeinflusst (ebd. 1993: 48). Die Analyse von Diskursstrukturen, Diskurskoalitionen sowie Diskursinstitutionalisierung der argumentativen Diskursanalyse Hajers bietet im inneren politischen Aushandlungsprozesse verschiedene Vorteile: zum einen werde es ermöglicht, das Handeln von einzelnen sowie kollektiv

agierenden Akteur:innen auf sprachlicher und nicht-sprachlicher Ebene kontextbezogen zu betrachten. Zum anderen können dadurch die Interessen und Vorstellungen der Akteur:innen in Relation ihrer jeweils inhärenten Machtpositionen gesetzt werden. Ein weiterer Vorteil ergibt sich dadurch, dass untersucht werden kann, wie Akteur:innen und institutionelle Praktiken dazu beitragen, Vorurteile oder Problemkonzeptionen zu (re-)produzieren oder auch zu bekämpfen (ebd. 1993: 48).

## 2.3 Neo-Imperialismustheorie

### 2.3.1 Einführung in die Neo-Imperialismustheorie

Das klassische Verständnis des Imperialismus beschreibt grundlegend die Erweiterung des eigenen Herrschaftsgebietes über die nationalen Grenzen hinaus. Eine solche imperialistische Expansion habe dabei das Ziel, durch die Eingliederung extra-territorialer Gebiete in das eigene Herrschaftssystem, neue Möglichkeiten der Akkumulation sowie der Profitsteigerung zu gewinnen (vgl. Paech 2008). Die Mechanismen eines traditionellen Verständnisses des Imperialismus lassen sich heute jedoch nur in Teilen anwenden (vgl. Zeller 2004: 324f).

Zwar folgen die Entwicklungen der heutigen Zeit in vielerlei Hinsicht den Charakteristika imperialer Expansion, die jeweiligen Erscheinungsformen haben sich jedoch im Zuge der Globalisierung verändert. So verschwinden die Mechanismen des Neo-Imperialismus unter dem Deckmantel sozialer, politischer, ökonomischer und ökologischer Wechselbeziehungen (vgl. Zeller 2004: 324f). Erkennbar werden diese vor allem dadurch, dass die globale Ausdehnung kapitalistischer Akkumulation, gerade in Krisenzeiten immer wieder versucht, neue Formen der Kapitalakkumulation zu generieren (ebd. 2004: 324f). Dabei kommt es mit der fortwährenden Krisenanfälligkeit des (westlichen) Kapitalismus bzw. des Liberalismus zu der Zunahme von Finanzialisierung bzw. Kommodifizierung verschiedenster Bereiche des internationalen Handels, der Produktion und Ressourcenextraktion. Durch die Vielfältigkeit kapitalistischer Akkumulation drang bzw. dringt die Logik des globalen Kapitalismus in beinahe alle Bereiche des menschlichen Lebens ein (ebd. 2004: 324f). Bereits im Zuge der Globalisierungsdekaden der Jahrtausendwende sorgten die Strukturen der kapitalistischen Moderne dafür, dass nicht mehr einzelne Staaten versuchten – wie es prägend für die Nachkriegszeit gewesen ist – ihr Herrschaftsgebiet im Kontext kolonialer Eroberung zu erweitern. Vielmehr verschob sich die Akteur:innenseite hin zu international privatwirtschaftlich agierenden Konzernen und globalen wirtschaftlichen Bündnissen (vgl. Schicketanz 2015).

Diese internationalen Akteur:innen suchten bzw. suchen stetig nach neuen Anlageformen zur Aufrechterhaltung und Steigerung des Profits (vgl. Schicketanz 2015). Davon betroffen waren und sind nun auch vermehrt Güter des öffentlichen Lebens wie beispielsweise Besitzrechte natürlicher Wasserressourcen oder der Verwaltung und Generierung der Trinkwasserversorgung, die bis dato durchwegs in den Händen der jeweiligen Staaten lagen. Auch in diesem äußerst speziellen Fall der Inwertsetzung von Wasser finden vermehrt Ansätze der Privatisierung und Finanzialisierung in den internationalen geführten Diskursen platz (vgl. Hoering 2003: 96f). Die Ineffizienz der öffentlichen (Trink-)Wasserversorgung sowie die dadurch verursachte Verschmutzung, Verschwendung und ungleichen Verteilung und Nutzung, stellen mitunter die Hauptargumente für die Befürworter:innen der Privatisierung dieses Sektors dar (vgl. Hoering 2003: 96f). Die Einbettung dieser öffentlichen Dienstleistung in (neo-)liberale Marktstrukturen werde deshalb als die Option erachtet, die in der Lage ist, die wachsende Probleme der Verknappung und Verteilung entgegenzuwirken (ebd. 2003: 96f). Die Problematik eines solchen Paradigmenwechsels äußere sich nach Hoering in zwei Aspekte: zum einen dadurch, dass durch Privatisierung und dem damit einhergehenden Rückbau staatlicher Instanzen, Entscheidungs- und Verwaltungsmechanismen einer sogenannten „Entdemokratisierung“ unterliege (ebd. 2003: 96f). Zum anderen kommt es mit einer Kommodifizierung der Ressource Wasser auch zu einer sogenannten „Entökologisierung“ des vorherrschenden Diskurses über transdisziplinäre und integrative Strategien (ebd. 2003: 96f). Der Kapitalismus des 21. Jahrhundert und dessen Inwertsetzungslogik nehme im Vergleich zur Vergangenheit neue Formen und Mechanismen der Akkumulation ins Visier (vgl. Zeller 2004: 327f). Der Neo-Imperialismus, nun verdeckt und dominiert durch finanzstarke Institutionen, Organisationen und privatwirtschaftlichen Akteur:innen, strebe weiter nach Möglichkeiten der Finanzialisierung bisher vermeintlich unangreifbarer Ressourcen und Rechten (ebd. 2004: 327f). Denn wie auch in der Vergangenheit stehe auch heutzutage die An- und Enteignung globaler (Wasser-)Ressourcen sowie dessen Verwaltung und Verteilung im Zusammenhang mit der Sicherung und Ausweitung nationaler Interessen (ebd. 2004: 331f). Globalisierte Märkte, die Kommodifizierung von Ressourcen und Dienstleistungen oder die Internationalisierung von Kapitalströmen kontrolliert und getragen durch neue überstaatliche Institutionen aber auch TNKs, stellen somit eine modernisierte Form imperialistischer Akkumulation dar (vgl. Harvey 2005: 179f). Sich vertiefenden Machtstrukturen durch die Ausweitung physischen und geistigen Einflusses über Ressourcen sowie die Formierung globaler Allianzen, in Form von bilateralen und multilateralen Wirtschaftsbündnissen und -abkommen oder einseitigen Strukturanpassungspolitiken, lassen eine neue, auf ungleichen Macht- und Einflussmöglichkeiten beruhende Ressourcenpolitik entstehen (ebd. 2005: 179ff).

Basierend auf den ökologischen Veränderungen im Zuge sich verknappender Ressourcen und der Klimakrise, verschleierte die moderne Form des Kapitalismus die strukturellen sowie historischen Machtverhältnisse zwischen Nord und Süd und erschaffe somit einen Nachhaltigkeitsdiskurs, der sich an den ökonomischen Interessen finanzstarker Akteur:innen orientiert (vgl. Gabriel 2022).

### 2.3.2 „Imperiale Globalität“ – Formierung globaler Akteur:innen

Die „Einhegung der Allgemeingüter“ (Harvey 2005: 147) und die Schaffung neuer Akkumulations- und Investitionsmöglichkeiten können als eine Form der Krisenbearbeitung und Ausdruck des modernen (westlichen) neo-liberalen Wirtschaftsparadigma gesehen werden. Darin inbegriffen ist nicht nur der Vormarsch privatwirtschaftlicher Akteur:innen, sondern auch im gleichen Zuge der Rückzug des Staates als regulative Instanz (vgl. Harvey 2005: 147). Die Herausbildung asymmetrischer Machtverhältnisse globaler Akteur:innen basiere dabei auf historisch gewachsenen Abhängigkeits- und Ungleichheitsverhältnissen, die sich bis heute in den internationalen Beziehungen widerspiegeln. Denn mit dem Ende des wirtschaftlichen Aufschwungs des Kapitalismus im Globalen Norden gerieten die damaligen fordistischen Strategien der Akkumulation in eine Krise (ebd. 2005: 147). Die bis dato wirtschaftsstärksten Industrienationen des Globalen Nordens, die in großem Teil ihren ökonomischen Vorsprung mitunter aus vergangenen und zum Teil bis zum Jahre 1990 vorherrschender kolonialer Herrschaft zogen, erreichten Mitte der 70er den Höhepunkt kapitalistischer Produktion und Akkumulation (vgl. May et al. 2023: 337f). Um den Produktionskrisen und dem Rückgang der Wirtschaft der 70er & 80er Jahre entgegenzuwirken verstärkte sich der Einfluss überstaatlicher Wirtschafts- und Finanzorganisationen wie der Weltbank dem IWF, die in einem großen Maße die Internationalisierung durch die Formen der Finanzialisierung vorantrieben (vgl. May et al. 2023: 337ff). Die ökonomischen Zentren setzten nun ihre Bemühungen daran, neue internationale Handels- und Produktionsnetzwerke aufzubauen. Damit begann das Zeitalter des Liberalismus und der Internationalisierung des Handels, der Produktion und Arbeitsteilung (ebd. 2023: 337ff). Um die nun globalisierte Marktwirtschaft institutionell und vertraglich zu legitimieren, folgte in den 90er Jahren die Herausbildung überstaatlicher Organisationen wie beispielsweise der WTO sowie den weiterentwickelten multilateralen Abkommen „GATT“, „GATS“ und „TRIPS“ (vgl. Görg/Wissen 2003: 625ff). Die Voraussetzungen für die Schaffung eines global egalitären Marktes, an dem sowohl der Globale Norden als auch die Länder des Globalen Südens gleichermaßen teilhaben, wuchsen jedoch auf historisch gewachsenen und bis heute vorherrschenden Ungleichheitsverhältnissen (ebd. 2003: 634).

Arbeits- und Produktionsprozesse der unteren Teile der Wertschöpfungskette wurden in finanzschwächere Länder ausgelagert, die Kernprozesse blieben dabei in den Zentren (vgl. May et al. 2023: 337f). Dabei kam es eben nicht nur zur einer Internationalisierung der Arbeit und Produktion, sondern auch zu einer Liberalisierung und Finanzialisierung des internationalen Marktes (ebd. 2023: 373ff). Im Detail bedeutete dies, dass nunmehr finanzorientierte Motive sowie globale Finanzinstitutionen bzw. -akteur:innen die zentrale Rolle im internationalen Handel einnahmen. Standen früher primär Staaten im Mittelpunkt wirtschaftlicher Kontrolle, so wurden diese mehr und mehr durch andere, vor allem privatwirtschaftlichen Akteur:innen, ersetzt (ebd. 2023: 377ff). Es kam zur Formierung neuer, machtvoller Akteur:innen, wie transnationale Konzernen, globalen Finanzinstitutionen, dem IWF oder der Weltbank aber auch Lobbyorganisationen wie dem WWC oder GWP, die nun maßgeblich die Regularien zukünftiger Ressourcen- und Kapitalverwaltung bestimmten (vgl. Harvey 2005: 148f). Diese Transformationen wirkten bzw. wirken sich bis heute nicht nur auf die Länder des Globalen Nordens, sondern vor allem auch auf die Länder des Globalen Südens aus. So konnten sich viele Länder einerseits, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit, nicht gleichermaßen am Markt etablieren und andererseits unterlagen diese Länder stark reglementierten Vorschriften wie beispielsweise der ausländischen Kreditaufnahme durch die Weltbank (vgl. May et al. 2023: 379f). Um aber ein zu starkes Auseinanderdriften zwischen dem Globalen Norden und Globalen Süden zu verhindern, kam es in den Folgejahre – unter anderem im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme<sup>4</sup> seit Ende der 70er Jahre – zu internationalen Investitions- und Kreditvergaben, die jedoch, wie erwähnt, an die Bedingungen der Geberländer gekoppelt waren (vgl. May et al. 2023: 379f). Diese äußerte sich jedoch nicht mehr in einer direkten Ausweitung nationaler Gebietsgrenzen, sondern in Form der Macht- und Kontrollübernahme marktinhärenten Mechanismen, Produktions- und Wertschöpfungsverhältnissen sowie grundlegender Marktteilhabebedingungen (ebd. 2023: 380f). Mit der Machtübernahme des Finanzsektors änderten sich somit auch die Machtverhältnisse zwischen den Staaten und internationalen Finanzorganisationen sowie auch zwischen bzw. innerhalb der TNKs (vgl. Nölke 2009: 125ff). Gestützt wurden diese Entwicklungen gerade von den politischen Entscheidungsträger:innen wirtschaftsstarker Nationen. Denn ohne die Formierung neuer überstaatlicher Institutionen, geleitet durch den politischen Akteur:innen der Länder des Globalen Nordens, wäre eine solche Neuausrichtung des Marktes nicht möglich gewesen (ebd. 2009: 129f).

---

<sup>4</sup> Die Strukturanpassungsprogramme wurden im Zuge der Schuldenkrise in den Ländern des Globalen Südens durch den IWF sowie der Weltbank implementiert. Diese sollten, durch die Vergabe zinsgünstiger Kredite, Strukturereformen in den jeweiligen Ländern fördern (vgl. Fengler 2005).

Solch grundlegende Veränderungen bedürfen dabei in erster Linie Anpassungen nationaler und internationaler Gesetz- und Rahmenbedingungen, die mitunter durch die Etablierung überstaatlicher Institutionen gestützt wurden (ebd. 2009: 129ff). Die Folge der Finanzialisierung war die Verschiebung der Einkommensanteile innerhalb internationaler Wertschöpfungsprozesse (ebd. 2009: 129ff). So kamen der Arbeit und Produktion in den Jahren davor noch große Teile der eigentlichen Wertschöpfung zu, die Veränderung der Kräfteverhältnisse und der Fokussierung des Marktes auf Finanzmotive, führten jedoch zu einer Verstärkung der Ungleichheit innerhalb der Wertschöpfungskette (ebd. 2009: 128f). Die Produktion und Reproduktion neuer und bestehender Abhängigkeits- und Ungleichheitsverhältnisse verstärkte weiter das Ungleichgewicht politischen und wirtschaftlichen Einflusses zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden (ebd. 2009: 128f). Solch asymmetrische Machtverhältnisse, die ungleiche gesellschaftliche, politische und ökonomische Verhältnisse (re-)produzieren, können folglich als eine Form der „Imperialen Globalität“ verstanden werden (vgl. Escobar 2004: 210f). Legitimation erhielten diese Wirtschafts- und Marktstrategien dabei durch die historisch gewachsenen, wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeits- und Ungleichheitsverhältnisse zwischen Nord und Süd, durch die Etablierung neuer, multi- und bilateraler Handels- und Wirtschaftsabkommen sowie durch die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus (vgl. Dobner 2008a: 157ff).

So argumentiert die Logik kapitalistischer Akkumulation als Lösung krisenhafter Phasen die Expansion von Produktions- und Extraktionsprozessen zur Schaffung neuer Absatzmärkte. So unterlag auch die Ressource Wasser den Mechanismen der sich verändernden Akkumulations- und Wertschöpfungsbereiche innerhalb des finanzdominierten Kapitalismus (ebd. 2008a: 157ff). Hierbei kam es zu einer Neubewertung der Ressource Wasser – im Kontext des steigenden Wasserverbrauchs bei gleichzeitig schwindenden Wasserressourcen – als eine Ressource ökonomischen Wertes (ebd. 2008a: 157ff). Das Fundament internationaler Wasserpolitik bilden dabei die Abkommen und Verträge globaler Akteur:innen der letzten Jahrzehnte dar. Geformt und gebildet wurden diese jedoch nicht auf einer global egalitären Basis, sondern auf, durch historisch gewachsenen, ungleichen Abhängigkeitsverhältnissen zwischen den Entscheidungsträger:innen (ebd. 2008a: 157ff).

### 2.3.3 Die Sprache des (Neo-)Imperialismus

Aus Perspektive (neo-)imperialistischer Ansätze verhalten sich die Mechanismen der Expansion und Machterhaltung nicht nur in Form von territorialen Einflusses oder ökonomischer Kontrolle, sondern auch in ihrer sprachlichen Konstruktion bestimmter Normvorstellungen und Narrative (vgl. Köhler 2008: 19f).

Die An- und Enteignung von Ressourcen und Verrechtlichung geistigen Eigentums durch TNKs, der Internationalisierung von Produktionsketten oder der Implementierung internationaler Handelsabkommen stellen dabei ein indirektes Sprachrohr neo-imperialistischer Prozesse dar (ebd. 2008: 19f). Die Basis solch sozialer, ökologischer und ökonomischer Transformationsprozesse gründet stets auf den diskursiven Praktiken nationaler und internationaler Akteur:innen. (Diskurs-)Orte innerhalb derer vergangene und zukünftige Strategien internationaler Zusammenarbeit, auch im Kontext globaler Wasserpolitik ausgehandelt werden, stellen dabei mitunter die UN-Wasserkonferenzen der letzten Jahrzehnte dar (ebd. 2008: 19f). Zahlreiche bi- und multilaterale Wirtschaftsabkommen entwickelten sich auf dieser Grundlage. Im Zuge der 1995 gegründeten WTO – bestehend aus 149 Staaten – formten und entwickelten sich sowohl neue als auch bereits bestehende Handels- und Zollabkommen (GATT), Abkommen bzgl. dem internationalen Handel mit Dienstleistungen (GATS) sowie dem Abkommen über dem Schutz vor geistigen Eigentum (TRIPS) (vgl. Görg/Wissen 2003: 631). Diese globalen Reglementierungen wuchsen dabei nicht auf einer egalitären ökonomischen Grundlage aller beteiligten Nationen, sondern bedienten sich historisch gewachsenen Ungleichheitsverhältnisse einerseits aus den Erben der Kolonialzeit sowie andererseits einseitiger Bevorteilung starker, exportorientierter Staaten (vgl. Frieling 2008: 441). Sowohl die führenden Industrienationen als auch globale Finanzakteur:innen des Globalen Nordens legitimierten die Durchsetzung dieser Handelsabkommen damit, dass diese, durch die Expansion des freien Marktes und Abbau internationaler Zollbeschränkungen, die Folgen der Armut und „Unterentwicklung“ entgegenwirken würden (ebd. 2008: 434ff). Wie bereits durch die Ausführungen imperialistischer Expansion und der Erweiterung der Kapitalakkumulation nach Harvey formuliert, kommt diesen globalen Abkommen die Funktion zu, territorialen Beschränkungen der Akkumulation zu durchbrechen und neue Netzwerke kapitalistischer Wertschöpfung im Ausland zu schaffen (ebd. 2008: 441). Sowohl die WTO als auch andere Treiber neoliberaler Expansion, wie dem IWF oder der Weltbank, stehen dabei deshalb zurecht in der Kritik, globale Machtasymmetrien und Ungleichheitsverhältnisse nicht nur zu reproduzieren, sondern diese auch gänzlich neu zu produzieren (vgl. Brand 2005: 189ff).

Die Rhetorik des Neo-Imperialismus äußere sich somit in der Ausgestaltung nationaler und internationaler Verträge und Abkommen auf ökonomischer, ökologischer und politischer Ebene (ebd. 2005: 150f). Polit-ökonomische, ökologische und soziale Transformationsprozesse werden dabei getragen von globalen Akteur:innen, die nicht nur gesellschaftliche Verhältnisse formen, sondern selbst struktureller Bestandteil neo-imperialistischer und neo-liberaler Ideologien sind (ebd. 2005: 151).

Ähnlich wie die Menschenrechte, so versucht auch das Konzept der „Global-Governance“ einen universell-normativen Rahmen der internationalen Gesetzgebung und Zusammenarbeit zu schaffen (ebd. 2005: 153f). Der Begriff „Global-Governance“ beschreibe ein Konzept der globalen „Steuerung“, das versucht, gesamtgesellschaftliche Probleme durch internationale Rahmenbedingungen und Zusammenarbeit zu bearbeiten (ebd. 2005: 153ff). Die im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit implementierten Strategien zur Bearbeitung der globalen Wasserkrise ergeben sich dabei nicht nur durch das alleinige Vorherrschen von Problemen, sondern vor allem durch global unterschiedliche Konstruktionen von spezifischen Problemsituationen sowie deren Lösungsstrategien (ebd. 2005: 154). Sie entspringen somit einem Pool aus verschiedenen Werten, Normen und Narrativen und bilden somit einen internationalen Diskurs. Problematisch sei hierzu jedoch die ungleiche Stimmkraft und Dominanz der an dem Diskurs beteiligten Akteur:innen (ebd. 2005: 153f).

So lässt sich erkennen, dass die Entwicklungen des modernen Kapitalismus – der als Lösungsstrategie globaler Probleme dienen sollte – in den Mechanismen neo-imperialistischer Macht- und Kontrollexpansion verharre. Die Menschenrechte im Allgemeinen und das „Menschenrecht auf Wasser“ sowie der dazugehörige Menschenrechtsdiskurs befinden sich dabei an einem wichtigen Scheidepunkt globaler Armut- und Gerechtigkeitsfragen (vgl. Narr 2002).

### 3. Grundlagen zu Menschenrecht & Finanzialisierung

Der in dieser Arbeit gelegte Fokus auf das MRaW sowie der Prozesse der Finanzialisierung, setzt sich mit einem wichtigen Aspekt im Kontext nationaler und auch internationaler Wasserpolitiken auseinander (vgl. Bayliss 2014: 292f). Die Ressource Wasser sowie der dazugehörige Wassersektor nehmen dabei eine besondere Rolle ein, da diese die essenzielle Grundlage jeglicher Ökosystem und somit allen Lebens und darüber hinaus der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion darstellen (ebd. 2014: 292f). Doch wie jede andere Ressource unterliegt auch die Ressource Wasser den spürbaren Einflüssen menschlichen Handelns und sorgt somit mehr denn je für ein Zunahme politökonomischer, ökologischer und sozialer Ungleichheiten (vgl. Bayliss 2014: 292f). Die globalen Abhängigkeits- und Ungleichheitsverhältnisse sind gekennzeichnet durch die jahrzehntelange Expansion imperialistischer Inwertsetzungslogik. So kommt auch der Ressource Wasser im 21. Jahrhundert eine neue soziale, politische, ökologische und ökonomische Bedeutung zu (vgl. Foster/Clark 2004: 194f).

Denn das globale Interesse an der Erhaltung und Ausweitung von Kontrolle über eine der wichtigsten und sich zugleich verknappenden Ressource dieser Erde (re-)produziere ungleiche Verhältnisse (ebd. 2004: 194f). Die Ausdehnung des (über-)staatlichen sowie privatwirtschaftlichen Einflussgebietes, durch die Schaffung neuer, finanzdominierter Akkumulations- und Verwaltungsregime, bediene sich dabei den Mechanismen neo-imperialer Expansion (vgl. Foster/Clark 2004: 194). Im Kontrast zu den wirtschafts-politischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte stehen dabei die international geführten Diskurse um die Durchsetzungsfähigkeit der Menschenrechte. Gerade das MRaW fand erst spät Einzug in den AEMR als ein ratifiziertes Menschenrecht. Zwar stellen die Formen neoliberaler Wirtschaftsmechanismen – Privatisierung, Deregulierung und Finanzialisierung – und der Verwirklichung der Menschenrechte nicht in einem vollkommenden Gegensatz zueinander, jedoch kommt diesen eine neue Rolle innerhalb politischer und wirtschaftlicher Wechselbeziehungen zu (vgl. Fantini 2020: 3f).

### 3.1 Wasser als (Menschen-)Recht

33 Jahre nach der UN-Wasserkonferenz 1977 in Mar del Plata kam es erstmals durch die UN-Generalversammlung im Jahr 2010 zu einer politischen Verankerung des „Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung“. Trotz der Eigenschaft der Resolution 64/292 als ein rechtlich nicht-bindendes Dokument formulierte man erstmal die Notwendigkeit eines überstaatlichen Schutzes der Ressource vor externen Einflüssen. Im Rahmen dieser Konferenz kam es zur erstmaligen Erwähnung von Wasser und dessen Bedeutung für die Erfüllung grundlegendster menschlicher Bedürfnisse (vgl. Kirschner 2018: 9f).

*„All peoples, whatever their stage of development and their social and economic conditions, have the right to have access to drinking water in quantities and of quality equal to their basic needs.“*

*(Mar del Plata Action Plan 1977)*

Darin festgehalten wurde der Grundsatz, dass allen Menschen zu jederzeit Zugang zu sauberem Wasser unabhängig ihres wirtschaftlichen und sozialen Status in ausreichender Menge möglich sein müsse (vgl. Kirschner 2018: 9). Zwar war dieser Grundsatz völkerrechtlich nicht bindend, jedoch begann damit die Debatte darüber, die Ressource Wasser und ihrer außerordentlichen Bedeutung für den Menschen als ein Menschenrecht zu schützen. Selbst 29 Jahre zuvor, in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ (AEMR) der UN aus dem Jahr 1948, worin es erstmalig zu einer Formulierung universeller Rechte kam, blieb eine völkerrechtliche

Verankerung spezifischer Schutzrechte gegenüber sauberem Trinkwasser und sicherer Sanitärversorgung aus (ebd. 2018: 9). In den Folgejahren wurde die Bedeutung des Wasserzugangs in verschiedenen internationalen Übereinkommen und Verträgen weiter ausgearbeitet. Ein Schlüsseldokument stellt in diesem Zusammenhang der Artikel 11 des „Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“, abgekürzt als UN-Sozialpakt oder CESCR, dar, der im Jahr 1966 formuliert und im Jahr 1976 in Kraft getreten ist (vgl. Kirschner 2018: 9). Um den bis dato vernachlässigten Wassersektor umgehend in die globalen Agenden zu setzen, kam es in den Jahren 1981 bis 1990 zur Ausrufung der sogenannten „International Drinking Water Supply and Sanitation Decade“. Die Forderung bestand dabei darin, durch internationale Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, eine Verbesserung der globalen Wasserpolitik zu erreichen (ebd. 2018: 9f). Die Versuche, die sich verschlechternden Zustände öffentlicher Trinkwasserzugänge entgegenzuwirken, blieben jedoch ohne Erfolg. Zwei Jahre später folgte deshalb im Rahmen der ICWE 1992 in Dublin ein entscheidender Einschnitt in der internationalen Wasserpolitik (ebd. 2018: 9f). Das Ergebnis dieser Konferenz und der Formulierung vier grundlegender Prinzipien zu einer nachhaltigeren Verwaltung und einem verbesserten Schutz der Ressource Wasser sorgten jedoch für immense Kritik (ebd. 2018: 9f). Denn im Vierten-Dublin-Prinzip der ICWE wurde festgehalten, dass die Ressource Wasser als ein materielles und wirtschaftliches Gut erachtet werde. Dies sollte einen wirkmächtigen Einfluss auf die globale Wasserpolitik dieser Zeit gehabt haben<sup>5</sup> (ebd. 2018: 10f).

Bis zum Jahr 1996 wurde der Zugang zu sauberem Trinkwasser, sicherer Sanitärversorgung und der Zugang zu Wasserressourcen an ökonomischen Faktoren gekoppelt. Zwar kam es im Jahr 1994, auf der „Conference on People and Development“ Kairo einerseits zu einer Synthese des „Recht auf Wasser“ mit dem bereits menschenrechtlich verankerten Grundsatz des „Rechts auf einen angemessenen Lebensstandards“ und andererseits damit zu einer Bekräftigung der Wichtigkeit der Ressource und einer Entkräftigung der ökonomischen Komponente, einen eigenen Status als anerkanntes Menschenrecht blieb jedoch nach wie vor aus (ebd. 2018: 18f).

Im Jahr 2002 und durch den „General Comment No. 15“ (GC15) des „Komitees über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte“ (CESCR) erhielt die Debatte um eine Verankerung des „Recht auf Wasser“ eine neue Bedeutung. Die Anerkennung des MRaW durch den CESCR innerhalb des UN-Sozialpaktes und der damit einhergehenden völkerrechtlichen Verankerung stellt darin den entscheidenden Meilenstein der internationalen Wasserpolitik dar (vgl. CESCR 2002: 2).

---

<sup>5</sup> Auf das Vierte-Dublin-Prinzip wird in Kapitel 4.2.1 sowie 5.2.2 konkreter eingegangen.

Mit der Verabschiedung der Resolution 62/292 und dem „Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung“, im Jahr 2010 folgte durch die UN-Generalversammlung die Deklaration Menschenrechts und somit der Einzug in die internationale politische Agenda (vgl. Kirschner 2018: 14ff). In den Folgejahren weitete man dieses Menschenrecht weiter aus und koppelte es an wichtige „Entwicklungsagenden“ der UN. Hierzu betonte man vor allem die Bedeutung sowohl des Menschenrecht auf Wasser als auch des Menschenrecht auf Sanitärversorgung als zwei separate Rechte. Mit der Verknüpfung dieser Rechte durch die Resolution 33/10 im Jahr 2016 stärkte man die Bedeutung dieser innerhalb des SDG 6, wodurch die Mitgliedstaaten mehr und mehr in Pflicht genommen wurden, die Probleme globaler Wasserverwaltung und -verteilung zu bearbeiten (ebd. 2018: 15).

### 3.1.1 Wen und Was betrifft das MRaW<sup>6</sup>

Die Basis der Resolution 62/292 bildet dabei das „Menschenrecht auf einen angemessenen Lebensstandard“ aus den Artikel 11(1) sowie das „Recht auf Gesundheit“ aus dem Artikel 12 des Sozialpaktes der UN. Das „Menschenrecht auf Wasser“ leite sich deshalb aus einigen, bereits bestehenden Menschenrechten ab, da dieses als fundamentale Grundlage zur Erreichung anderer diene (vgl. Winkler 2011: 12ff). Die formelle Verankerung und Anerkennung hebt dabei die Wichtigkeit der bisher fehlenden Auseinandersetzung mit einem auf Wasser spezialisierten Recht hervor und sorgt gleichermaßen für die Sichtbarmachung vorherrschender Missstände nationaler und internationaler Wasserverteilung. Anzumerken ist im Kontext des „Menschenrechts auf Wasser und Sanitärversorgung“ die Unterscheidung zwischen „Wasser“ und „Sanitärversorgung“ (vgl. Winkler 2011: 12ff). Beide Elemente stehen zwar in einer engen Wechselbeziehung zueinander, sollten jedoch getrennt voneinander betrachtet werden, da sich beispielsweise im Kontext der Verbesserung der Wasserverwaltung oder der Gewährleistung eines sicheren Wasserzugangs andere Herausforderungen als bei der Errichtung sanitärer Anlagen ergeben. Eine differenzierte Betrachtung beider Aspekte könne dabei helfen die unterschiedlichen Problemstellung besser zu bearbeiten (ebd. 2011: 14f).

Inhaltlich besteht dieses Menschenrecht aus drei grundlegenden Prinzipien: Verfügbarkeit, Qualität und Zugänglichkeit. Verfügbarkeit beschreibt dabei, dass Individuen zu jederzeit ausreichend Wasser für ihren häuslichen und persönlichen Bedarf zur Verfügung haben müssen (vgl. Rudolf 2008: 26ff).

---

<sup>6</sup> Im Kontext dieser Arbeit wird, aufgrund der Spezifizierung auf die Finanzialisierung von Wasser(-ressourcen), explizit auf das „Menschenrecht auf Wasser“ verwiesen.

Das Wasser muss darüber hinaus in einem solch qualitativen Zustand sein, in dessen es nicht gesundheitsgefährdend und der Konsum damit unbedenklich ist. Unter dem Aspekt der Zugänglichkeit erfasst das Menschenrecht dabei sowohl eine physische als auch ökonomische Komponente (ebd. 2008: 26ff). Ersteres bedingt den Zugang zu nahe gelegenen und vor allem zu sicheren Wasserressourcen. Zweiterer erfasst dabei die finanzielle Komponente und somit die Bezahlbarkeit von Wasser im Kontext dessen unterschiedlichen Nutzungsformen (ebd. 2008: 26ff). Das MRaW bezieht alle Menschen gleichermaßen mit ein und dient dabei dazu, Individuen vor externen Einflüssen der Diskriminierung, Exklusion und Zerstörung der Ressource zu schützen (ebd. 2008: 26ff). Dabei steht Wasser und dessen Verwendung bzw. Verteilung zudem im engen Zusammenspiel globaler Ökosysteme, welche durch das Menschenrecht im gleiche Maße Schutz erhalten sollen, da diese zur Verwirklichung des Rechts unabdingbar sind (vgl. Widdau 2016: 19). Die Schwierigkeit einer vollumfänglichen Erreichung dieses Rechtes gründet dabei unter anderem in den Eigenschaften universeller und überstaatlicher Rechte (ebd. 2016: 19). Entsprechende Verpflichtungen zur Einhaltung und Durchsetzung der Menschenrechte obliegen dabei jenen Staaten, die das MRaW als Mitgliedstaaten der UN unterzeichnet und ratifiziert haben. Die UN-Generalversammlung setzt sich dabei aus 193 Mitgliedsstaaten zusammen. 122 Staaten stimmten für die Durchsetzung des Menschenrechts, 41 Staaten enthielten sich. Die Ratifikation des MRaW ermächtigt dabei Individuen zur Einklagbarkeit dieser im Falle einer Verletzung oder Nicht-Erreichung (vgl. Rudolf 2010: 204).

### 3.1.2 Die Wirkmächtigkeit des MRaW

Inwieweit die Erfüllung und der Schutz der Menschenrechte nicht nur als eine internationale Pflicht der einzelnen Vertragsparteien gegenüber ihren Bürger:innen angesehen werden kann, sondern auch als ein legitimierbares und rechtlich durchsetzungsfähiges Instrument zur Verhinderung und Anklagbarkeit der Verletzung dienen kann, steht im Zentrum der nach wie vor geführten kritischen Debatten (vgl. Widdau 2016: 13). Auch wenn sich bereits einige Teilbereiche der Menschenrechte in grundlegenden völkerrechtlichen Verträgen, wie dem UN-Sozialpakt, wiederfinden und somit deren Legitimation eine deutlich durchsetzungsfähigere Wirkungsmacht zu Grunde liegt, unterliegt die AEMR allein lediglich einen politischen Charakter. Entscheidend zur rechtlichen Durchsetzungsfähigkeit sind daher vor allem sowohl der UN-Sozialpakt als auch der sogenannte „Zivilpakt“ (ebd. 2016: 13).

Diese Ausgangslage soll dabei nicht die Wichtigkeit der zugrundeliegenden Wirkungsmacht der Menschenrechte abmildern. Denn die Internationalität sowie die Erreichung eines Menschenrechts sorgt dafür, dass allgemeine Missstände überhaupt sichtbar und, wenn auch nicht bindend, anklagbar werden (ebd. 2016: 13). Die Schwierigkeit liegt mitunter darin begründet, dass das MRaW innerhalb menschenrechtlicher Abkommen, wie der WSK-Rechte und des Zivilpaktes, als Schutz- und Gewährleistungspflichten des Staates gegenüber seinen Bürger:innen gelten, wodurch privatwirtschaftliche Konzerne als indirekte Träger:innen diesen Schutzmaßnahmen lediglich in Form freiwilliger Verpflichtungen nachkommen können. Staaten verpflichten sich dadurch auch gleichermaßen zum Schutz vor den Einflüssen privatwirtschaftlicher Unternehmen (vgl. Kaleck/Saage-Maaß 2016: 55). Mit einer entsprechenden Verpflichtung gegenüber der Einhaltung der Menschenrechte, obliegt diesen jedoch keine Rechenschaftspflicht gegenüber den überstaatlichen Organisationen. Die fehlende Rechtssubjektivität transnationaler Konzerne innerhalb völkerrechtlicher Verträge führt somit dazu, dass diese nicht wirkungsmächtig vor internationalen Gerichtshöfen bzw. Gremien anklagbar sind (ebd. 2016: 55). Die Erweiterungen des Völkerrechts auf die Ebene eines internationalen Wirtschaftsvölkerrechts ermöglichen mittlerweile eine zumindest geringfügige Möglichkeit bestimmter Beschwerdemechanismen (vgl. Kaleck/Saage-Maaß 2016: 55). Erschwerend kommt der Durchsetzung der Menschenrechte hinzu, dass innerhalb internationaler Handels- und Investitionsabkommen einerseits die wirtschaftlichen Interessen des Globalen Nordens meist höher priorisiert werden als globale Fragen der Gerechtigkeit und andererseits die darin inhärenten Machtstrukturen durch einen westlich geprägten Diskurs geprägt sind (vgl. Kaleck/Saage-Maaß 2016: 56).

Die mitunter größte Gefahr für die Legitimation und Durchsetzungskraft des MRaW sowie Menschenrechte im Allgemeinen geht dabei von den sich verändernden Wirtschaftsweisen der letzten Jahrzehnte aus. Die sich global ausweitenden Prozesse der Privatisierung, Kommodifizierung sowie Finanzialisierung der Natur und ihrer zugrundeliegenden Einschränkung von Recht- und Zugangsansprüchen gefährden dabei nicht nur die Verfügbarkeit von Ressourcen, sondern auch deren grundlegenden Erhalt (vgl. Klein 2005: 129). Denn die Mechanismen der Privatisierung und Kommodifizierung sowie Finanzialisierung veränderten nicht nur die Wirkmächtigkeit des Staates als regulative Instanz wirtschaftlicher und finanzieller Beziehungen, sondern auch die zugrundeliegende Schutzverantwortung globaler Akteur:innen gegenüber der Verletzung von Menschenrechten (ebd. 2005: 129).

Zwar behielt dieser die Rolle als taktgebende Instanz bei, die Verantwortung verschob sich jedoch zu Nehms in die Hände von Finanzinstitutionen wie der Weltbank, des IWF oder global agierenden Konzernen (ebd. 2005: 129). In den folgenden Punkten sollen deshalb zum einen die grundlegenden Charakteristika der Finanzialisierung, der Privatisierung und Kommodifizierung und zum anderen die Auswirkungen der Finanzialisierung auf die Ressource Wasser und dem „Menschenrecht auf Wasser“ dargestellt werden.

### 3.2 Grundlagen der Finanzialisierung

Die Charakteristika der Finanzialisierung stellen eine spezifische Ausprägung aktueller Entwicklungen globaler Weltwirtschaft bzw. des globalen Finanzmarktes dar. Ihre Ursprünge lassen sich dabei anhand verschiedener historischer Veränderungen in Bezug des modernen Kapitalismus beschreiben (vgl. Tittor 2022: 399).

Unter dem Begriff der Finanzialisierung lässt sich grundlegend die Veränderung des Verhältnisses zwischen dem Finanzsektor und dem Realwirtschaftssektor beschreiben. Diese Transformation beinhaltet dabei unterschiedliche Ausprägungen, wie der Deregulierung des Finanzsektors und der dadurch neu entstehenden Finanzinstrumenten, der Liberalisierung und Öffnung internationaler Kapitalflüsse oder die Herausbildung neuer Finanzinstitutionen und Finanzakteur:innen (vgl. Stockhammer 2014: 34f). Mit der Auflösung des Bretton-Woods-Systems Ende der 60er Jahre und dem Ende fester Wechselkurse sowie Beschränkungen innerhalb internationaler Kapitalbewegungen, unter denen die Ökonomien des Globalen Nordens am meisten profitierten, folgte eine globale Deregulierung nationaler und internationaler (Finanz-)Märkte. Die von dort an einsetzenden Prozesse der Globalisierung und der damit einhergehenden Öffnung des Handels für den Weltmarkt führte zu der Herausbildung neuer, finanzieller Instrumente zur Erhaltung und Schaffung neuer, internationaler Kapitalströme (vgl. Young 2014: 63f). Neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen ermöglichten dabei die Transformation realwirtschaftlich ausgerichteter Ökonomien, in denen Finanzkapital als unterstützende Funktion diente, hin zu einem finanzmarktdominierten Kapitalismus (ebd. 2014: 63f).

Die Folge dessen stellte eine deutliche Zunahme des Handels mit Währungen dar. Dieser stieg im Zeitraum von 1980 und 2016 und im Vergleich zum Handel mit physischen Waren um das 35-fache an und sollte nun nicht mehr nur eine unterstützende Rolle internationaler Wirtschaft darstellen. Die Konsequenzen der Deregulierung und Globalisierung durch die Zunahme des Finanzmarktes äußerten sich dabei vor allem in den Kassen privater und staatlicher Haushalte (ebd. 2014: 63ff).

Stagnierende Einkommen, wachsende Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt und eine Reduktion staatlicher Sozialleistungen zwang einerseits private Haushalte zur Schuldenaufnahme und andererseits Regierungen zur Privatisierung staatlicher Leistungen (vgl. Klinge/Ouma 2023: 22f). Es folgte somit die Abkehr von einem bisher keynesianisch geprägten Wohlfahrtsstaates und die Ausweitung neoliberaler Marktstrukturen (vgl. Becker 2014: 181f). Die argumentative Grundlage der federführenden Finanzinstitutionen sowie TNKs bestand dabei darin, dass die bisher in staatlichen Händen verwalteten Systeme ineffizient und somit dem Markt selbst überlassen werden müssten wodurch neue Anreize für Innovationen, Investitionen und dadurch neuem Wachstum geschaffen würden (ebd. 2014: 181f).

Diese Prozesse machten sich dabei nicht nur in den Ökonomien des Globalen Nordens sichtbar, sondern beeinflussten auch die Wirtschaftsweisen des Globalen Südens. Mit der Zunahme neuer, globaler Finanzmarktmechanismen kam es dabei zu einer räumlichen Verlagerung nationaler Wertschöpfungs- und Produktionsmechanismen in ausländische Märkte (vgl. Becker 2014: 181f). Dabei drängten die Prozesse der Finanzialisierung nicht nur den physischen Handel in den Hintergrund primärer Kapitalakkumulation, sondern eröffneten auch völlig Spekulations- und Investitionsfelder für globale Finanzakteur:innen (vgl. Simon/Tittor 2014: 6f). Dieser neuartige Handel umfasste dabei beispielsweise die Spekulation auf klimatische Veränderungen wie Überschwemmungen oder Dürren oder dem Handel von privatisierten Rechten wie beispielsweise Verschmutzungs- und Emissionsrechten, Landrechten oder Zugangsrechten zu natürlichen Ressourcen (vgl. Simon/Tittor 2014: 6f). Die Folge dieser Inwertsetzung ging dabei mit drastischen Einschränkungen und Diskriminierungen lokaler Bevölkerungsgruppen einher, die sich nun, durch die Privatisierung von bisher öffentlichen Eigentums, mit Enteignungsprozessen globaler Finanzinstitutionen und TNKs konfrontiert sahen (ebd. 2014: 8ff). Historisch betrachtet stellen die Formen der An- und Enteignung von Land oder Eigentum kein neues Phänomen wirtschaftlicher Expansion dar. Die Prozesse der Finanzialisierung von beispielsweise Emissionsrechten, natürlichen Ressourcen oder Klimakatastrophen heben die Inwertsetzung der Natur jedoch auf ein völlig neues Level kapitalistischer Akkumulation (ebd. 2014: 8ff). Die Gangart der Finanzialisierung entwickelte sich somit aus dem Wechselverhältnis natürlicher kapitalistischer Entwicklung, der Deregulierung des globalen Weltmarktes und der Privatisierung staatlichen Eigentums sowie der Entstehung neuer Finanzinstrumente und -akteur:innen (ebd. 2014: 8ff). Daraus lässt sich erkennen, dass die Finanzialisierung nicht allein als eine unabhängige Entwicklung kapitalistischer Akkumulation zu betrachten ist, sondern vielmehr als eine unausweichliche Folge der Liberalisierung und Privatisierung von Eigentums-, Rechts- und Zugangsansprüchen verschiedener Bevölkerungsgruppen (vgl. Klein 2005: 129).

### 3.2.1 Privatisierung und Kommodifizierung

Die Expansion neoliberaler Wirtschaftsverhältnisse stellen somit einerseits eine Reaktion auf die Veränderungen, durch beispielsweise der Auflösung eines internationalen Währungssystems oder der Überakkumulation kapitalistischer Produktion und andererseits dem Streben nach der Aufrechterhaltung und Gewinnung neuer Formen der Kapitalerschaffung bzw. -erhaltung dar (vgl. Simon/Tittor 2014: 4f).

Mechanismen der Finanzialisierung nehmen darin eine gesonderte Rolle in den jüngst aufkommenden Prozessen der Monetarisierung von Nahrung, Land, Natur und dessen Anrechten ein (vgl. Tittor 2022: 399f). Bisher öffentliche und durch den Staat verwaltete Güter fanden nun Einzug in Mechanismen globaler Finanzmärkte und wurden im Zuge dessen zu handelbaren Objekten. Diese Inwertsetzung machte jedoch nicht nur bei der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge halt, sondern erschloss zunehmend auch natürliche Ressourcen in allen Ländern der Welt (ebd. 2022: 399f). Natur wurde zu einem Objekt globaler Spekulation und fand bzw. findet im Kontext der Verknappung von Ressourcen sowie der Verschärfung klimatischer Verhältnisse einen äußerst rentablen Nährboden für Investor:innen (vgl. Ouma 2014: 199). Die Voraussetzung für die Finanzialisierung stellen hierzu die Prozesse der Inwertsetzung bzw. Kommodifizierung sowie der im Vorlauf stattfindenden Privatisierung dar (vgl. Tittor 2022: 400).

Der Begriff der Inwertsetzung oder auch der Kommodifizierung beschreibt die Transformation einer natürlichen Ressource oder öffentlichen Dienstleistung hin zu einer als Ware gehandeltes Gut auf dem Weltmarkt. Es folgt somit die Ordnung dieser unter die ökonomischen Interessen des Kapitalmarktes und der dort agierenden Akteur:innen (ebd. 2022: 400). Ermöglicht werden bzw. wurden die Prozesse der Kommodifizierung durch die politische Paradigmen der Privatisierung westlicher Industriestaaten Ende der 1970er Jahre. Charakteristikum der damaligen neoliberalen Wende war vor allem die Veräußerung bisher staatlichen Unternehmen und Dienstleistungen sowie öffentlichen Ressourcen an die Privatwirtschaft (vgl. Sack 2019: 17f). Ziel war es, der stagnierenden Wirtschaftsleistungen der westlichen Länder Halt zu bieten und durch die Teilhabe des privaten Sektors neue Anlage- und Investitionsmöglichkeiten zu schaffen. In den Folgejahren kam es zu einer umfangreichen Deregulierung und Rücknahme des Staates bei gleichzeitiger Ausweitung des freien Marktes (vgl. Sack 2019: 17f). Wesentliche Treiber der Privatisierung stellen dabei die Weltbank und der IWF als global agierende Finanzinstitutionen dar (vgl. Fritz 2006: 11).

Nationale und internationale Investitions- und Finanzierungsprogramme wie die „Private Sector Development Strategy“<sup>7</sup>, die „Water Resources Sector Strategy“<sup>8</sup> (ebd. 2006: 13) oder die „Public-Private-Partnerships“<sup>9</sup> sorgten für neue Möglichkeiten der Kapital- und Kreditvergabe nicht nur im öffentlichen Sektor, sondern auch an der Beteiligung externe Akteur:innen an ausländische Ressourcen (ebd. 2006: 8). Ziel der Programme war dabei einerseits die Versäumnisse in den Bereichen der öffentlichen Versorgung von Wasser und Sanitäreinrichtungen durch finanzielle Anreize zu beheben und andererseits die innerhalb der ausgerufenen Wasserdekade der 80er Jahre sowie der darauffolgenden MDGs festgelegten Ziele zur Verbesserung der globalen Wasser- und Hygienesituation zu erreichen (vgl. Weltbank 2004: 2ff).

Jedoch konditionierte man die Vergabe von Krediten und die Bereitstellung ausländischer Investitionen an die Bedingungen des westlich dominierten Finanzmarktes, wodurch sich neue Abhängigkeitsverhältnisse und vorherrschende Ungleichheiten zwischen den reichen Industrienationen des Globalen Nordens und den finanzschwächeren Ländern des Globalen Südens entwickelten bzw. vertieften (vgl. Fritz 2006: 11). So führten die Prozesse der Kommodifizierung und Privatisierung zu einer rasanten Zunahme ausländischer Investitionen. Vor allem Investitionen in Land- und Agrarflächen, der darin eingeschlossenen Wasserressourcen und deren Zugangs- und Nutzungsrechte waren von dem Anstieg betroffen (ebd. 2006: 8). Mit der Jahrtausendwende verhielten sich die internationalen Investitionen in den Wassersektor jedoch wieder rückläufig, da man vorerst erkannte, welche Komplexität eine vollumfängliche Wasserprivatisierung mit sich bringe (ebd. 2006: 10).

### 3.2.2 Die Finanzialisierung von Wasser

Die Liberalisierung und Deregulierung nationaler und internationaler Märkte führte zur Inwertsetzung und Kommerzialisierung neuer Dienstleistungen und natürlicher Ressourcen, die bisher durch die jeweiligen Staaten verwaltet wurden. Zwar verhielten sich internationale Akteur:innen nach den Ernüchterungen im Rahmen privatisierender Maßnahmen im Wassersektor zurückhaltend, jedoch suchte man nach einer angepassten Form der Inwertsetzung der Ressource (vgl. Mantovani 2021).

---

<sup>7</sup> „Private Sector Development Strategy“ stellt ein Programm zur Förderung privater Investitionen in den Bereichen nationaler und internationaler Infrastruktur dar (vgl. Fritz 2006: 13).

<sup>8</sup> „Water Resources Sector Strategy“ beziehe sich dabei primär auf die Verbesserung nationaler und internationaler Wasser- und Sanitärversorgung sowie der damit einhergehenden Bekämpfung von wasserbedingter Armut (vgl. Weltbank 2004: 2ff).

<sup>9</sup> „Public-Private-Partnerships“, kurz PPPs, ermöglichen die Beteiligung des Privatsektors innerhalb öffentlicher Dienstleistungen. Sie zielen darauf ab staatliche Prozesse zu privatisieren, um neues Kapital zu generieren und letztlich effizientere Verwaltungs- und Organisationssysteme herzustellen (vgl. Weltbank 2022).

So folgte im Jahr 2000 durch die Privatbank *Pictet* der erste sogenannte „Wasser-Fonds“, welcher den Beginn der auf dem Aktienmarkt gehandelten Ressource darstellen sollte (vgl. Petrella 2021). In den USA entwickelten sich daraus anfangs neue Anlage- und Investitionsmöglichkeiten im Kontext sogenannter „Wasserterminbörsen“<sup>10</sup>. Durch solche Terminbörsen wird es Verkäufer:innen sowie Anleger:innen ermöglicht Wasser-Wertpapiere verschiedenster Art zu spekulativen Zwecken zu handeln und auf ökonomische und ökologische Veränderungen der Ressource zu wetten (ebd. 2021). Somit verschrieb man der Ressource Wasser nicht nur einen materiellen, sondern einen finanziellen und vor allem spekulativen Wert, indem man darauf setzte, welchen Preis die Ressource in Zukunft haben werde bzw. könnte (ebd. 2021). Vorangetrieben wurde die Finanzialisierung von Wasser wesentlich durch verschiedene globale Akteur:innen im Rahmen internationaler Konferenzen. Der IWF, der Weltwasserrat, global agierende Banken oder das, auf der ICWE 1992 definierte, Vierte-Dublin-Prinzip, legten den Rahmen eines globalen Finanzmarktes für Wasser (vgl. Becker 2014: 181f). Ihre legitimatorische Grundlage finden diese Akteur:innen dabei stets in der Argumentation, dass die Inwertsetzung und die Finanzialisierung der Ressource Wasser und die daraus folgende Beteiligung privatwirtschaftlicher Unternehmen dazu führe, die fundamentalen Probleme, wie der Wasserqualität, -verteilung und -verwaltung zu lösen bzw. zumindest effizienter zu gestalten. Wie beispielsweise aus dem Strategiepapier „Water: Fit To Finance“ des Weltwasserrats hervorgehe, ist die Erhaltung von Wasserressourcen und die Verbesserung globaler Wasserversorgung und -verwaltung klar im Sinne einer Finanzialisierung zu bearbeiten (vgl. World Water Council 2015: 7). Prognosen zu Folge stellt sich zwar eine vollumfängliche Finanzialisierung von Wasser im Rahmen internationaler Terminbörsen oder Derivatgeschäften auf dem Aktienmarkt aufgrund der Komplexität und Essenzialität der Ressource als äußerst schwierig dar, gänzlich sicher ist die Ressource davor jedoch nicht (vgl. Kaufman 2012). Die Ressource Wasser blieb somit, im Vergleich zu anderen Rohstoffen wie beispielsweise Land- und Agrarflächen, Bodenschätzen oder Nahrungsmittel und dessen Produktion, bisher weitestgehend von den Mechanismen globaler Finanzialisierung verschont (vgl. Kaufman 2012). Nationale und internationale Projekte der Inwertsetzung von Wasser oder in Form sogenannten „Water-Grabbing“<sup>11</sup> sind dabei bereits Realität. „Water-Grabbing“ bediene sich aus verschiedenen, wie auch bereits beschriebenen Mechanismen globaler An- und Enteignung (vgl. Franco et al. 2013: 1653f).

---

<sup>10</sup> (Wasser-)Terminbörsen oder auch „Futures“ stellen auf dem Aktienmarkt sogenannte Termingeschäfte dar. Dadurch lassen sich gehandelte Waren zu einem festgelegten Zeitpunkt für einen festgelegten Preis in der Zukunft verkaufen (vgl. Petrella 2021).

<sup>11</sup> „Water-Grabbing“ beschreibt sowohl die physische als auch geistige Kontrollübernahme von Wasserressourcen sowie der Verwendung, Zugänglichkeit und Nutzung dieser (vgl. Franco et al. 2013: 1654).

### 3.3 Das MRaW im Kontext der Finanzialisierung

Einhalt gegen die Finanzialisierung und Inwertsetzung der Ressource Wasser entsteht dabei nicht nur aufgrund der Komplexität der Ressource im Sinne dessen kulturellen und ökologischen Charakteristika, sondern auch durch die bisherigen Errungenschaften lokaler und globaler Akteur:innen in Bezug auf die Durchsetzung des MRaW. So unterlagen die Strategien und Narrative globaler Finanzinstitutionen und TNKs im Kontext einer Verbesserung von Wasserverwaltungssystemen sowie dem Schutz von Wasserressourcen mittels Inwertsetzung und Finanzialisierung, stets den Limitationen des international anerkannten Menschenrechts (vgl. Bakker 2007: 437f). Unterstützer:innen der Menschenrechte berufen sich dabei auf die grundlegenden Schutz- und Gewährleistungspflichten durch das MRaW<sup>12</sup>. Denn so garantieren die Prozesse der Privatisierung und Finanzialisierung nicht eine Verbesserung vorherrschender Strukturen und Armutsverhältnisse (ebd. 2007: 437). Vielmehr sehe man die Gefahr, dass die Ressource Wasser als ein globales Finanzprodukt für viele Bevölkerungsgruppen nicht nur unbezahlbar, sondern auch gänzlich unzugänglich werden könne (ebd. 2007: 437f). Darüber hinaus kommt der Ressource Wasser eine besondere Rolle in der Erfüllung anderer Menschenrechte zu, wodurch die Finanzialisierung des einen zu einer Einschränkung anderer grundlegender Rechte führen könne (ebd. 2007: 438). Dabei ist man sich seitens der Befürworter:innen der Menschenrechte bewusst, dass es Maßnahmen zur Finanzierung veralteter und vernachlässigter Wasserverteilungs- und Verwaltungssysteme benötige, diese jedoch nicht durch den privaten Sektor und dessen Kapitalinteressen getragen werden darf (ebd. 2007: 438).

### 4. Kontextualisierung & historischer Überblick

In diesem Kapitel soll nun zum einen ein kurzer Abriss der globalen Bedeutung der Ressource Wasser im Kontext dessen Eigenschaften als Trinkwasser, als Bestandteil natürlicher Ökosysteme sowie dessen Verwaltung in Zeiten sich verknappender Wasserressourcen erfolgen. Zum anderen kommt es zu einer chronologischen Darstellung der vergangenen UN-Wasserkonferenzen, der daran beteiligten Akteur:innen sowie der dadurch entstandenen Wasserpolitiken und -strategien.

---

<sup>12</sup> Als Fallbeispiel kann hier die Rechtsprechung des Interamerikanischen Gerichtshofs im Fall „Mendoza vs. Argentinien“ angeführt werden. Im Jahr 2008 erließ dieser Gerichtshof das Urteil, dass der Staat Argentinien sowie 44 Unternehmen unter anderem das MRaW verletzt haben (vgl. Supreme Court of Justice of Argentina 2019).

## 4.1 Die Ressource Wasser

Betrachtet man die Gesamtheit der Wasserressourcen auf dieser Erde, so scheint der Diskurs um eine globale Wasserkrise als nicht besonders relevant. So sind circa 75% der gesamten Erdoberfläche von Wasser bedeckt. Die davon anteilige Menge an Süßwasser hingegen stellt lediglich 2,5% dar. (vgl. Alwardt 2011: 1f). Von diesen 2,5% des gesamten Süßwassers sind jedoch nur ein Drittel für den Menschen direkt zugänglich. So ist dieses Wasser mitunter eingebunden in Gletschern oder Polkappen und somit nicht als nutzbare Wasserquelle verfügbar (ebd. 2011: 2). Nutzbar für den Menschen und somit als direktes (Trink-)Wasser abrufbar stellen beispielsweise Grundwasservorkommen, Binnengewässer oder andere Wasserkreisläufe wie die der Atmosphäre oder Biosphäre dar (ebd. 2011: 2). Der globale Wasserkreislauf sorgt für einen unendlichen und unerschöpflichen Zyklus sich erneuernder Wasservorkommen (vgl. Schermuly 2017: 258). Doch den Einfluss des Menschen auf diese Ressource hat in den letzten 100 Jahren dazu geführt, dieses Gleichgewicht immens zu stören (ebd. 2017: 258). Eine stetig steigende Weltbevölkerung, die Intensivierung der Landwirtschaft und Industrie sowie die Verschmutzung und Verschwendung globaler Wasservorkommen lasse diese lebenswichtige Ressource mehr und mehr verschwinden bzw. unbrauchbar werden (ebd. 2017: 258). Folge man den Prognosen so steige der weltweite Wasserverbrauch bis zum Jahr 2050 um circa 55% an, wodurch bis zu 40% der Weltbevölkerung in Regionen mit „Wasserstress“ und „Wasserknappheit“<sup>13</sup> leben werden (ebd. 2017: 281f). Dabei stelle sich jedoch heraus, dass die Länder, die am ehesten unter den Folgen des zunehmenden Wasserverbrauchs leiden, meist über üppige und ausreichende Wasservorkommen verfügen (vgl. Gleick/Cooley 2021: 328).

### 4.1.1 Trink- und Sanitärwasser, Industrie und Landwirtschaft

Wasser findet in unterschiedlichen Formen Eingang in die Gesellschaften dieser Erde. Es lässt sich dabei grundsätzlich drei wesentlichen Kernbereichen zuordnen: Trink- und Sanitärwasser, Wasser für industrielle Produktion und Wasser für die Landwirtschaft (vgl. Mauser 2007: 161). Laut den Daten aus dem Jahr 2017 unterteilt sich die globale Wassernutzung innerhalb dieser Kernbereiche zu 71% in der Landwirtschaft, zu 32% in der Industrie und zu 8% im Rahmen privater Haushalte (vgl. Schermuly 2017: 282f).

---

<sup>13</sup> Der Begriff der „Wasserknappheit“ wird in Kapitel 4.1.3 genauer erklärt.

Das verfügbare Süßwasser, welches für diese drei Bereiche genutzt werde, unterteile sich zudem in zwei Arten. Zum einen werde das sogenannte „grüne Wasser“, aus den Zyklen der Verdunstung und Vegetation und zum anderen das sogenannte „blaue Wasser“, aus in Flüssen, Binnengewässern oder in Grundwasservorkommen, unterschieden (ebd. 2007: 56f). Dabei führt der menschliche Einfluss nicht nur zu teils irreversiblen Veränderungen „grüner“ Wasserzyklen, beispielsweise durch die Abholzung von Wäldern oder der Trockenlegung von Feuchtgebieten, sondern auch des „blauen“ Wasser, beispielsweise durch die Errichtung von Staudämme oder Beeinflussung von Flussgebieten (ebd. 2007: 152ff). Die Auswirkungen dessen – Dürren, Überschwemmungen oder ausgetrocknete Landflächen – sind bereits heute in beinahe allen Teilen der Welt zu spüren (vgl. IPCC 2023: 12ff).

In Bezug auf die Eigenschaften des „blauen“ Wassers ergeben sich jedoch die Möglichkeiten der Wasseraufbereitung, wodurch dieses wieder in seine natürlichen Vorkommen zurückgeleitet werden könne (vgl. Mauser 2007: 154). Beide Formen des Wassers finden dabei direkt oder indirekt Gebrauch durch den Menschen. Als direkt gebrauchtes Wasser werde dabei jenes Wasser bezeichnet, welches beispielsweise zum Waschen, Trinken oder der Hygiene verwendet werde (vgl. Döll 2008: 54f). Indirektes Wasser stellt hingegen Wasser dar, welches zur Produktion von Lebensmitteln oder anderen Dienstleistungen genutzt werde und somit durch den Menschen „indirekt“ verbraucht und konsumiert werde (vgl. Döll 2008: 54f). Das indirekt ver- oder gebrauchte Wasser wird hierbei auch als sogenannte „virtuelles“ Wasser beschrieben (vgl. Schermuly 2017: 275). Dieses bezeichnet dabei Wasser, welches durch die Herstellung von Gütern, der Produktion von Dienstleistungen oder der Bereitstellung von Dienstleistungen genutzt werde (ebd. 2017: 275). Der globale Verbrauch von „grünen“ und „blauen“ sowie direkten und indirekten Wasser hat sich dabei in den letzten 90 Jahren versechsfacht, wobei im gleichen Zuge die Weltbevölkerung „nur“ um das Dreifache gestiegen ist (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2017a). In Anbetracht der auf der Erde verfügbaren Wasserressourcen stellt diese Entwicklung jedoch kein Problem der Wasserknappheit bzw. -krise als natürliches Problem vorherrschender Wasserverhältnisse dar (vgl. Mauser 2007: 164). Denn so gibt es weltweit ausreichend Süßwasserreserven zur Versorgung einer sich stand heute weiter verdoppelnden Weltbevölkerung (vgl. Gleick/Cooley 2021: 321). Daraus lässt sich erkennen, dass das Hauptproblem nicht allein in der Verknappung globaler Wasserressourcen, sondern im Kontext eines ungleichen Verbrauch, in der Einschränkung und „Verknappung“ des Zugangs sowie in der Verschmutzung von Wasserressourcen liege (vgl. Gleick 2003b: 282ff).

#### 4.1.2 Ungleiche Wasserverteilung und -verfügbarkeit

Die globale Verteilung und eingeschränkte Verfügbarkeit von Süßwasserressourcen stellt somit in Anbetracht steigender Bevölkerungszahlen, der Veränderungen klimatischer Verhältnisse sowie der Wasserverschmutzung, das schwerwiegendste Problem weltweiter Wasserversorgung dar (vgl. UNESCO 2023: 1).

Anzumerken ist hierzu, dass die weltweit ungleiche Verteilung und Verfügbarkeit von Wasserressourcen nicht nur eine politische, sondern auch eine grundlegend geografische Sphäre besitzt (vgl. Gleick/Cooley 2021: 323). Die Wassernachfrage ist dabei sowohl regional als auch sektoral – Landwirtschaft, Industrie und private Haushalte – sehr unterschiedlich ausgeprägt (ebd. 2023: 12). Dabei verfügt nicht jedes Land über zeitlich und räumlich ausreichend Wasserressourcen zur Deckung des nationalen Bedarfs. Viele Länder, vor allem Länder südlich der Sahara oder im südlichen Lateinamerika, sind deshalb abhängig von temporärer Wasserversorgung (beispielsweise Regen) oder externer Wasserversorgung (vgl. Burek et al. 2014: 56f).

So verschieden dabei der jeweilige Verbrauch von Wasser in den Regionen dieser Welt ist, so unterschiedlich ist auch die Verfügbarkeit sicherer und kontinuierlicher Wasservorkommen (ebd. 2023: 13f). Beispielhaft stellt dies der weltweite pro Kopf Verbrauch im Vergleich zu der Zugänglichkeit sicherer Wasserversorgung dar (vgl. Global 2000 2011: 8f). So verbrauchen die Menschen in den Ländern Nordamerikas im Durchschnitt bis zu doppelt so viel Wasser – pro Tag und pro Kopf – als die Menschen in den Ländern südlich der Sahara (ebd. 2011: 24). Der jeweilige Anteil der Bevölkerung in Bezug auf den Zugang zu sicherer Trinkwasserversorgung ist in den Ländern Europas sowie Nord- und Südamerika, mit 92% und 81%, beinahe doppelt so hoch wie in den Ländern Afrikas oder des östlichen Mittelmeerraums – 56% und 32% (vgl. Radtke 2023). Paradoxerweise ist festzuhalten, dass die Länder, die räumlich und zeitlich am wenigstens Wasserressourcen besitzen, über einen ausreichenden und gesicherten Zugang zu grundlegenden Wasserdienstleistungen verfügen (vgl. Gleick/Cooley 2021: 329). In den Ländern des Globalen Südens und den Gebieten, in denen ausreichend Wasser zur Verfügung steht, ist der Wasserzugang für die jeweiligen Bevölkerungsgruppen meist eingeschränkt oder nicht vorhanden (ebd. 2021: 329). Dies zeige, dass die Problematik ungleicher Wasserverteilung sowie Verfügbarkeit sauberer Wasservorkommen nicht aufgrund ökologischer, sondern durch politische und ökonomische Verhältnisse bedingt wird (ebd. 2021: 329).

#### 4.1.3 „Verknappung“ globaler Wasserressourcen

Mit dem Blick auf die globale „Verknappung“ von Wasserressourcen müsse zunächst definiert werden, welche Terminologien zur Beschreibung aktueller Wasserverhältnisse existieren. Grundlegend lassen sich hierzu zwei Zustände sowohl regionaler als auch globaler Wasserverhältnisse beschreiben. Zum einen Verhältnisse der sogenannten Wasserknappheit und zum anderen des sogenannten Wasserstress<sup>14</sup> (vgl. Ritchie/Roser 2015). Um einen, für die im zweiten Teil der Arbeit folgenden Analyse der diskursiven Auseinandersetzungen innerhalb der UN-Wasserkonferenzen, einheitlichen Rahmen zu bieten, werden folglich die Definitionen der UN herangezogen.

Die UN definiert Verhältnisse von Wasserknappheit, wenn die Wassernachfrage räumlich und/oder zeitlich nicht durch die verfügbaren Wasserressourcen gedeckt werden könne (vgl. Mekonnen/Hoekstra 2016). Das Fehlen des Zugangs zu benötigten Wasserressourcen werden dabei sowohl von physischen als auch sozialen und ökonomischen Auswirkungen bedingt (ebd. 2016). Somit komme der Wasserknappheit nicht nur eine rein ökologische, sondern auch institutionelle Beeinträchtigung, beispielsweise in Form fehlender Wasserinfrastruktur, zu (vgl. The Global Compact 2014: 4). Individuen und/oder Regionen leiden dann unter Wasserknappheit, wenn diese pro Jahr und pro Kopf weniger als 1700 Kubikmeter an Frischwasser zur Verfügung haben (vgl. Siebert 2003). Regionen und/oder Individuen mit einer jährlich und pro Kopf zur Verfügung stehenden Wassermenge unter 1000 Kubikmeter leiden unter Wassermangel, bei weniger als 500 Kubikmeter werde von „absoluter Wasserknappheit“ gesprochen (vgl. Siebert 2003). Verhältnisse von „Wasserstress“ liegen dann vor, wenn ein Land mindestens 25% oder mehr seiner erneuerbaren Wasserressourcen zur Deckung der Wassernachfrage verwendet (vgl. United Nations 2021). Die Höhe der Einstufung in Bezug auf einen niedrigen oder hohen „Wasserstress“ richtet sich dabei nach dem Verhältnis zwischen dem Wasserbedarf und den zur Verfügung stehenden erneuerbaren Wasservorkommen (ebd. 2021). Beide Zustandsbeschreibungen beziehen sich dabei auf die zeitliche und räumliche Verfügbarkeit von ausreichend Frischwasserressourcen für die Deckung des sozialen und ökonomischen Bedarfs (vgl. Gleick/Cooley 2021: 321).

---

<sup>14</sup> Anzumerken ist hierzu, dass es keine Einigkeit in der genauer konzeptuellen Grundlage beider Termini gebe. Beide Indikatoren werden jedoch grundlegend dafür verwendet, einen relativen Grad der Gefährdung einzelner Länder sowie Bevölkerungsgruppen in Bezug auf die vorherrschende Wasserverfügbarkeit bereitzustellen (vgl. The Global Compact 2014: 11f).

Blickt man auf aktuelle Daten so befinden sich weltweit 25 Länder in Verhältnissen mit sehr hohem „Wasserstress“. Krisengebiete stellen dabei vor allem die Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas – 83% der Bevölkerung leidet dort unter hohem Wasserstress – und Zentralasien – 74% der Bevölkerung – dar (vgl. Kuzma, et al. 2023). In diesen Regionen nimmt die jährliche Wassernachfrage mehr als 80% der verfügbaren Ressourcen ein (ebd. 2023). Darüber hinaus leben circa 4 Milliarden Menschen mindestens einen Monat pro Jahr unter den Bedingungen von „Wasserstress“ (vgl. Mekonnen/Hoekstra 2016). Den Daten des „World Resource Institute“ aus dem Jahr 2023 zu Folge werde die Wassernachfrage bis zum Jahr 2050 um bis zu 50% steigen, wodurch circa zusätzlich Eine Milliarde Menschen unter den Bedingungen von sehr hohem „Wasserstress“ leben werden (vgl. Kuzma, et al. 2023).

Beeinflusst werden die zur Verfügung stehenden Wassermengen und -ressourcen dabei von unterschiedlichen externen Faktoren. Hierzu zählen beispielsweise natürliche Wasserkreisläufe (Regen, Trockenzeiten, o.Ä.), die Errichtung von künstlicher Wasserinfrastruktur (Dämme, Wasserleitungssysteme, o.Ä.), die Intensivierung bzw. Verschmutzung industrieller und landwirtschaftlicher Produktion, der Einflüsse des anthropogenen Klimawandels sowie demografische Entwicklungen (vgl. Gleick/Cooley 2021: 321). Demografische, ökonomische sowie institutionelle Einflüsse und Entwicklungen legen somit die Rahmenbedingungen für die jeweils regional spezifischen Wasserverhältnisse fest (vgl. Gleick/Cooley 2021: 328f). Einschränkungen seitens ökonomischer Verhältnisse können sich dabei beispielsweise durch zu hohe Wasserpreise für den alltäglichen oder landwirtschaftlichen Bedarf äußern (ebd. 2021: 329). Seitens institutioneller Verhältnisse ergeben sich Zustände der Wasserknappheit, wenn Wasser nicht aus nahegelegenen Quellen oder nicht direkt, durch vorherrschende Wasserleitungssysteme, verfügbar ist (ebd. 2021: 329). Erkennbar wird daraus, dass die vorherrschenden Verhältnisse von „Wasserknappheit“ und „Wasserstress“ nicht allein durch geografische oder ökologische Einflussfaktoren bestimmt werden, sondern maßgeblich durch nationale und internationale Wasserpolitiken und -projekte (vgl. Eid 2008: 126f).

#### 4.2. Chronologie & Institutionalisierung globaler Wasserpolitik

Dass es sich in Bezug auf die sich zuspitzenden globalen Wasserverhältnisse, wie aus den bisherigen Herausarbeitungen erkennbar ist, primär um eine Form der „Governance-Krise“ handelt, zeuge einmal mehr von der Wichtigkeit nationaler und internationaler Wasserpolitiken (vgl. Hoff 2009: 143).

Die UN-Wasserkonferenzen sowie das Weltwasserforum wurden dabei von zahlreichen Akteur:innen geprägt, die nicht nur verschiedene Herangehensweisen und Lösungsstrategien, sondern auch unterschiedliche Einflussmöglichkeiten und Durchsetzungskraft mit sich brachten. Im Folgenden sollen nun die UN-Wasserkonferenzen in Mar del Plata aus dem Jahr 1977, die ICWE in Dublin aus dem 1992 sowie das seit dem Jahr 1996 alle drei Jahre stattfindende Weltwasserforum im Einzelnen dargestellt werden. Dabei soll herausgearbeitet werden, welche Akteur:innen an diesen beteiligt waren bzw. sind, welche Strategien und Lösungsansätze diese entwickelten sowie welchen Einfluss die jeweiligen Entscheidungen auf die globale Wasserpolitik hatten.

#### 4.2.1 UN-Wasserkonferenz – Mar del Plata 1977

Den Beginn internationaler Wasserpolitiken unter dem Dach der UN stellte die „Mar del Plata World Conference on Water Resources“ im Jahr 1977 dar (vgl. Rudolf 2008: 128). Diese Konferenz setzte sich dabei aus insgesamt 149 Nationen zusammen und war somit die erste internationale Staatenkonferenz zum Thema Wasser (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2017b).

Die UN-Wasserkonferenz in Mar del Plata erkannte in diesem Jahr an, dass die *„[...] administration of water resources constitute a key factor in efforts to improve the economic and social conditions of mankind [...] unless specific and concerted action is taken to find solutions and to apply them at the national, regional and international levels.“* (Mar del Plata Action Plan 1977: 3). Diese Bemerkung führte nicht nur dazu, dass die Ressource Wasser in die strategischen Überlegungen zukünftiger globaler Wasserverwaltung und -verteilung einzog, sondern auch erstmals einen globalen Diskurs über ihre Bedeutung für sozio-ökonomische und ökologische Verhältnisse initiierte (ebd. 2011: 528f). Im Abschlussbericht der UN kam unter anderem zu folgendem Schluss: *„[...] Water availability was recognized as one of the most crucial factors in any program designed to improve the living standards of the world community.“* (Mar del Plata Action Plan 1977: 104 Abs. 57).

Mit der Anerkennung der Ressource Wasser als Grundbaustein jeglicher sozialer und ökonomischer „Entwicklung“, wurde zudem versucht, die bis dato vernachlässigte Wasserverwaltung und -verteilung, mehr in den Fokus regionaler, nationaler und internationaler Bemühungen zu stellen (vgl. Biswas 2004a: 81f). Diese Formulierungen stellten deshalb eine Neuheit dar, da damit versucht wurde einen überstaatlichen und universellen Rahmen globaler Wasserpolitik zu implementieren (ebd. 2004a: 82).

Gerichtet wurde dieser Appell wesentlich an die jeweiligen Staaten, wodurch bestärkt wurde, dass die Ressource Wasser weiterhin ein öffentlich-rechtliches Gut darstelle, dass durch die Kontroll- und Regulationsinstrumente des Staates verwaltet werden sollte (vgl. Dobner 2010: 98). Zwar kam es darüber hinaus zu Forderungen, die Ressource Wasser mittels ökonomischer Preissetzung zu bewerten, wodurch wirtschaftliche Anreize in Form von Subventionen nicht für unmöglich gehalten wurden, jedoch wurden diesbezüglich keine spezifischen Instrumente zur Umsetzung entwickelt (ebd. 2010: 98). Auch kam es im Zuge dessen nicht zu einer Auseinandersetzung möglicher Folgen solcher Subventionen bzw. Investitionen für ärmere Bevölkerungsgruppen (ebd. 2010: 98). In den Jahren zwischen 1981 und 1990 folgte, unter der Ausrichtung der sogenannten „International Drinking Water Supply and Sanitation Decade“, der Startschuss zur Implementierung und Überprüfung der innerhalb der Wasserkonferenz festgeschriebenen Prinzipien (vgl. Paul 2022). Wesentliche Verbesserungen regionale, nationaler und internationaler Wasserverhältnisse konnten in diesem Zeitraum jedoch nicht erreicht werden. Auch aufgrund der einsetzenden Prozesse der Globalisierung, Liberalisierung und Intensivierung der Industrie sowie der Landwirtschaft kam es zu einem Paradigmenwechsel sowie zu einer Verschiebung der nationalen und internationalen Prioritäten (vgl. Eid 2008: 128).

Die Konferenz leistet trotzdem einen wichtigen Beitrag den internationalen Diskurs um das Thema Wasser zu stärken und innerhalb der internationalen Gemeinschaft zu etablieren (vgl. Dobner 2010: 99).

#### 4.2.2 Internationale Wasser- und Umweltkonferenz – Dublin 1992

Als Fortführung, des im Rahmen der UN-Wasserkonferenz in Mar del Plata definierten Aktionsplans und der Internationalen Wasserdekade in der 1980er Jahren, kam es im Jahr 1992 erneut zu einer UN-Konferenz unter anderem mit dem Schwerpunkt auf der Ressource Wasser (vgl. Biswas 2004a: 83). Die ICWE in Dublin galt dabei nicht als eine eigenständige UN-Wasserkonferenz, da es sich bei dieser nicht um eine Staatenkonferenz, sondern um ein Treffen internationaler Expert:innen aus ca. 100 Staaten sowie 24 UN Organisationen handelte (vgl. Dobner 2010: 100). Diese Zusammensetzung sorgte international für Kritik, da durch die fehlende Beteiligung der UN Mitgliedstaaten die legitimatorische Grundlage globaler Handlungsempfehlungen rechtlich in Frage zu stellen ist (ebd. 2010: 100). Nichts desto trotz sollte diese Konferenz sowie die daraus entstandenen Dublin-Prinzipien einen signifikanten Wechsel zur vergangenen globalen Wasserpolitik herbeiführen. Denn so unterlagen den bisherigen UN-Resolutionen den diskursiven Charakteristika allgemeiner Empfehlungen, wohingegen die Ergebnisse und formulierten Prinzipien der ICWE sich verstärkt als internationale Anweisungen

verstehen lassen (ebd. 2010: 101). Die Ressource Wasser sowie ihrer entsprechenden Verwendung in öffentlicher Wasserversorgung, der Industrie und in der Landwirtschaft sollte nun unter anderem als ein materielles und ökonomisches Gut definiert und somit für die Prozesse der Inwertsetzung auf globaler Ebene freigegeben werden (vgl. Schönfeld 2008: 94f).

Die Formulierung des Vierten-Dublin-Prinzips sollte dabei entscheidend zur Veränderung des Diskurses innerhalb der globalen Wasserpolitik beitragen: „*Water has an economic value in all its competing uses and should be recognized as an economic good*“ (ICWE 1992: 4). Zwar fügte man ergänzend hinzu, dass es innerhalb dieses Prinzips entscheidend ist, den grundlegenden Charakter der Menschenrechte auch im Kontext des Zugangs zu sauberer Trinkwasser- und Sanitärversorgung anzuerkennen (vgl. ICWE 1992: 4). Die Ursache der sich zuspitzenden Wasserverhältnisse sah man jedoch nicht aufgrund fehlender politischer und rechtlicher Mechanismen, sondern aufgrund fehlender ökonomischer Instrumente: „*Past failure to recognize the economic value of water has led to a wasteful and environmentally damaging of the resource.*“ (ICWE 1992: 4).

Um die nationalen und internationalen Ungleichheiten des Zugangs zu lösen, sah man nunmehr nicht den Staat als primären Versorger dieser Leistung an, sondern zog die Mechanismen privater Verwaltungswirtschaft als bestmögliche Lösung des sich verstärkenden Problems der Wasserversorgung in Betracht (vgl. Dobner 2008b: 359f). Mit dem Rückbau staatlicher Steuerungsmacht, dem Ausbau marktwirtschaftlicher Instrumente sowie der Förderung öffentlich-privater Beteiligung (s. Kapitel 3.2.2) begann somit die Implementierung von Mechanismen der Dezentralisierung und Privatisierung (vgl. Dobner 2010: 102). Sonderbar erschienen vor allem die Formulierungen, dass eine Orientierung der Ressource Wasser an einer real-ökonomischen Preissetzung nicht aufgrund wirtschaftlicher Effizienz eingeführt werden sollte, sondern diese Neubewertung dazu beitrage, die Ressource Wasser aus ökologischer Sicht zu schützen und zu verwalten (ebd. 2010: 102). Diese Prinzipien stellten somit einen klaren Bruch mit den Empfehlungen aus der Konferenz 1977 dar. Gefordert wurde dabei eine Relativierung staatlicher Funktionen innerhalb der öffentlich-rechtlichen Wasserversorgung sowie einer Implementierung marktbasierter Instrumente zur verbesserten Bewertung des ökonomischen Wertes der Ressource Wasser (ebd. 2010: 103). Die Ressource Wasser wurde somit erstmals von kulturellen und sozialen Faktoren entkoppelt (vgl. Müller 2015: 675).

Im Rahmen der ICWE kam es nicht nur zu einem Strategiewechsel innerhalb der globalen Wasserpolitik, sondern auch zur Entstehung neuer Akteur:innen im Wassersektor. Die beiden entscheidenden Akteur:innen in diesem Prozess waren der WWC und die GWP im Jahr 1994, wobei Staaten des globalen Nordens sowie Unternehmen aus der Privatwirtschaft, teilweise

unter dem Einfluss der Weltbank, darüber hinaus eine wesentliche Rolle spielten (vgl. Petrella 2000). Diese sollten Integration der Handlungsanweisungen der ICWE, der „Agenda 21“ sowie des darin fokussierten „Integrierten Wasserressourcenmanagement“, kurz IWRM, innerhalb lokaler und internationaler Ebene vorantreiben (ebd. 2000).

Auffällig war hierbei, dass die Besetzung dieser Organisationen zu einem großen Teil aus Vertreter:innen der Privat- sowie Finanzwirtschaft bestand, wodurch diese Sektoren einen starken Einfluss innerhalb der „Agenda 21“ sowie des IWRM erhielten (ebd. 2000). So wie auch die Prinzipien der Dublin-Konferenz sah man auch innerhalb des IWRM die Lösung lokaler, nationaler und internationaler Wasserprobleme anhand eines durch den Markt gesteuerten Systems der Wasserverteilung und -bepreisung (ebd. 2000).

#### 4.2.3 Weltwasserforum – 1997 bis 2021

Das seit dem 1997 stattfindende Weltwasserforum entstand somit mitunter aus den Forderungen der ICWE 1992 in Dublin. Ins Leben gerufen wurde diese Tagung internationaler Organisationen durch den im Jahr 1994 gegründeten Weltwasserrat (WWC). Organisationen der UN, der Weltbank, transnationale Konzerne sowie internationale Regierungsvertreter:innen stellten hierbei die fortan meistvertretenen Akteur:innen dieser Foren dar (vgl. Dobner 2010: 108ff).

Die politische Ausrichtung des WWC unterstütze die Förderung privatisierender Maßnahmen zur Verbesserung des Wassersektors. Dass der WWC dabei mitunter von der Weltbank sowie den Niederlanden und Frankreich, die größten global agierenden Wasserkonzerne beheimaten, verdeutlicht die Ausrichtung dieser Organisation und deren anvisiertes Ziel der Intensivierung der Privatwirtschaft innerhalb der globalen Wasserpolitik (vgl. Petrella 2000). Im Allgemeinen bestehen die Ziele dieses alle drei Jahre stattfindenden Forums darin, nationale und internationale Strategien der privaten Wasserverwaltung zu intensivieren und gleichzeitig die Bildung globaler Kooperationsnetzwerke zur Bewältigung der Wasserkrise zu stärken (ebd. Dobner 2010: 110f). Politisch richtete sich der Fokus der ersten drei Weltwasserforen auf die Weiterführung und Umsetzung ökonomischer Leitprinzipien zur Verbesserung des Wassersektors, in denen im Vergleich zur ersten Wasserkonferenz 1977 in Mar del Plata, den Staaten nahegelegt wurde, die Aufgabenbereiche in die Hände überstaatlicher und privatwirtschaftlicher Unternehmen zu legen (ebd. Dobner 2010: 110). Insgesamt 250 Teilnehmende zählte das erste Weltwasserforum. In den darauffolgenden Jahren steigerte sich diese Zahl jedoch deutlich. Im Jahr 2000 nahmen bereits ca. 5700 teil, und im Jahr 2003 stieg die Zahl auf etwa 24.000 Teilnehmende (ebd. Dobner 2010: 116).

Durchwegs zu erkennen war vor allem in den Weltwasserforen in den Jahren 2000 und 2003, dass die Teilnehmer:innenliste sowie die dadurch vertretende Stimmkraft sich überwiegend aus den Reihen der Befürworter:innen von Privatisierungsmaßnahmen zusammensetzte (ebd. Dobner 2010: 117/ 121). So schreibt Philippe Rekacewicz zur Berichterstattung im Jahr 2005 in der *Le Monde diplomatique*: „So monopolisieren einige wenige Entscheidungsträger aus dem neoliberalen Umfeld, die im Name aller zu sprechen vorgeben, die Wasserdiskussion und die Schlüsselpositionen in diesen Organisationen.“ Die Überrepräsentation ermöglicht es diesen „[...] die Nichtregierungsorganisationen und in gewisser Weise auch die UNO und die unabhängigen Organisationen, die durchaus Lösungsvorschläge zu bieten haben, in Abseits [zu] drängen.“ (Rekacewicz 2005).

Die anschließenden Weltwasserforen in Mexiko 2006 sowie Istanbul 2009 hielten an den etablierten Konzepten und Ansätzen der vorangegangenen Foren fest. Aufgrund der hohen Anzahl an Teilnehmenden sowie der ungleichen Verteilung und Zusammenstellung der dort vertretenen Interessensgruppen stellte sich ein konkreter Handlungsplan sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene als kaum umsetzbar heraus (vgl. Dobner 2010: 123). Bereits im Jahr 2006 formierte sich unter der Berufung mexikanischer NGOs das sogenannte „Alternative Weltwasserforum“, welches als Gegenbewegung zum dem gleichzeitig dort stattfindenden Weltwasserforum diente (vgl. Fleckseder et al. 2006: 124f). Das „Internationale Forum zur Verteidigung des Wassers“ (FAMA) widmet sich seitdem im gleichen Intervall zur Stärkung öffentlicher Wasserpolitiken und stellt sich kritisch gegenüber Maßnahmen der Privatisierung und PPPs. Dieses Forum wird von mehr als 1000 Teilnehmende verschiedenster Länder und NGOs unterstützt (ebd. 2006: 124f). In der Abschlusserklärung aus dem Jahr 2018 heißt es (nach deutscher Übersetzung): „Wir bekräftigen, dass die verschiedenen Kämpfe zur Verteidigung des Wassers klar und deutlich zum Ausdruck bringen, dass Wasser keine Ware ist und auch nicht sein kann. Es handelt sich nicht um eine Ressource, die für eine gute Geschäftsleistung angeeignet, erkundet und zerstört werden kann.“ (FAMA 2018).

#### 4.2.4 Die UN-Wasserkonferenz – New York 2023

Die „UN 2023 Water Conference“<sup>15</sup> in New York stellte die bisher erst zweite offizielle globale Wasserkonferenz seit Mar del Plata im Jahr 1977 dar und sollte einen weiteren wichtigen Beitrag zur Bearbeitung globaler Wasserverhältnisse leisten. Mehr als 6500 Teilnehmer:innen aus nationalen und internationalen NGOs, Regierungsvertreter:innen und Akteur:innen aus der

---

<sup>15</sup> Formell wurde die UN-Wasserkonferenz auch als „Midterm Comprehensive Review of the Objectives of the 2018-2028 International Decade for Action“ bezeichnet (UN-Water 2023a).

Privatwirtschaft sollten innerhalb der drei Konferenztage die im Jahr 2018 implementierte und bis 2030 andauernde „Water Action Decade“ (Agenda 2030) einer Halbzeitbilanz unterziehen. Darin ersuchte man zu erfassen inwieweit die Nachhaltigkeitsziele im Rahmen dieser Aktionsdekade sowie des SDG 6 erreicht bzw. verfehlt wurden (vgl. Agenda 2030 2023). Auf der anderen Seite sollten auch neue, internationale und nationale Abkommen in der Wasserpolitik herausgearbeitet werden (vgl. Hoyer 2023). Die Konferenz bestand dabei aus insgesamt sechs Plenarsitzungen, fünf sogenannten „interactive dialogues“ sowie aus mehr als 500 Nebenevents (vgl. UN-Water 2023b).

Im abschließenden Pressebericht der UN heißt es dabei wie folgt: *“Responding to this, the Water Action Agenda, the key outcome of the Conference, captured over 700 commitments aimed at driving transformation from a global water crisis to a water-secure world. The agenda represents the global community’s bold resolve to address the water challenges through a more coordinated and results-driven approach”* (United Nations 2023f).

Nach Angaben des „World Resources Institute“ (WRI) entwickelten die Teilnehmenden 719 Verpflichtungen zur Anpassung bisheriger Strategien. Nach der Analyse des WRI enthielten lediglich ein Drittel der Formulierungen das Potenzial neue, innovative Möglichkeiten zu einer Verbesserung der globalen Wasserverhältnisse zu schaffen. Viele der Verpflichtungen sah man als nicht wirkmächtig genug an, um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen (vgl. Iceland/Black 2023).

Im nun folgenden empirischen Teil der Arbeit wird, auf Grundlage des herausgearbeiteten Hintergrund- sowie Kontextwissen, einerseits untersucht werden, wie sich der globale Wasserdiskurs innerhalb der UN-Wasserkonferenz äußert, welche Akteur:innen gezielte Interessen und Konzeptionen verfolgen und welche Diskurskoalitionen zur Erreichung und Durchsetzung bestimmter Vorstellungen zukünftiger Wasserpolitik gebildet wurden. Auf der anderen Seite wird analysiert, ob sich Mechanismen neo-imperialer Politik im Kontext der Entscheidungsfindungsprozesse wiederfinden lassen und inwiefern diese sich in den verabschiedeten Resolutionen äußern. Hierzu werden in Kapitel 5 die Methodologie sowie die methodischen Schritte zur Generierung und Systematisierung der Daten erläutert, bevor in Kapitel 6 die herausgearbeiteten Ergebnisse dargestellt werden.

## 5. Analytisches Vorgehen

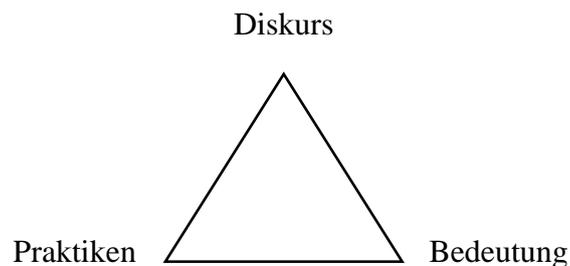
Im Rahmen des analytischen Teils dieser Arbeit wird nachfolgend anhand der argumentativen Diskursanalyse in Anlehnung an Maarten Hajer sowie anhand der induktiven Kategorienbildung im Sinne der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring herausgearbeitet, welche Diskurse- und Diskursstrukturen in der internationalen Wasserkonferenz vorliegen, welche Diskurskoalitionen sich darin wiederfinden lassen und wie diese die institutionellen Praktiken der Akteur:innen beeinflussen. Hierzu wird zunächst die Methodologie, das spezifische Forschungsdesigns sowie die Vorgehensweise in Bezug auf die induktive Kategorienbildung (Storylines) beschrieben. Daran anschließend wird die Explikation durch die Kontextanalyse im Sinne der argumentativen Diskursanalyse dargelegt. Darüber hinaus wird das herangezogene Datenmaterial aus der UN-Wasserkonferenz sowie die Kriterien zu dessen Auswahl beschrieben.

### 5.1 Methodologie

Mit der Anwendung der argumentativen Diskursanalyse nach den Ansätzen Hajers wird auf einen qualitativ-interpretativen Zugang zurückgegriffen. Es ist wichtig anzumerken, dass Hajers Anspruch einer hermeneutisch-sozialkonstruktivistischen Analyse, bei gleichzeitiger Verwendung des Diskursbegriffs nach Foucault, auch Kritik hinsichtlich eines epistemologischen Bruchs zu poststrukturalistischen Zugängen aufwirft (vgl. Münch 2016: 63). Die Analysemethode nach Hajer basiert auf einem sozialkonstruktivistischen Rahmen, die im Vergleich zu anderen interpretativen Analysen ebenso die Bedeutung der Akteur:innenkonstellationen in ihrem spezifischen Kontext hervorhebt (ebd. 2016: 63). Die Schwierigkeit der Anwendung der argumentativen Diskursanalyse liegt mitunter darin, herauszufinden, welche Aussagen und Argumente bestimmter Akteur:innen welchem Diskurs zuzuordnen sind. So können sich diese auf mehrere Diskursstränge gleichzeitig beziehen (vgl. Hajer 2003: 275). Dies stellt jedoch nicht den eigentlichen Fokus der argumentativen Diskursanalyse dar. Vielmehr geht es darum herauszuarbeiten, wie sich die diskursive Produktion von unterschiedlichen Bedeutungszuschreibungen, Problemdefinitionen und Wahrheitsansprüchen mit den sozio-politischen Praktiken und Konzeptionen der am Diskurs beteiligten Akteur:innen in Verbindung setzen lässt (vgl. Hajer 2003: 274). Aufgabe des Forschenden ist es somit, entsprechende Analyseebenen zu generieren, die es ermöglichen, die Aussagen, Interessen und Erzählungen der Akteur:innen anhand übergeordneter Diskursstränge (Storylines) zu kategorisieren und vor dem jeweils vorherrschenden Kontext auszuwerten (vgl. Hajer 2003: 275).

*„Analysiert man die besonderen Formen des Diskurses in Verbindung mit den Praktiken, in deren Rahmen sie hervorgebracht werden, so generiert dies ein Verständnis der Bedeutungszuweisung in einem gegebenen Kontext [...]“ (Hajer 2003: 275).*

Die argumentative Diskursanalyse basiert auf drei unterscheidbaren, jedoch interdependenten stehenden: Diskurs, Praktiken und Bedeutung.



*Abbildung 1: Das Dreieck der Argumentativen Diskursanalyse (Hajer 2003: 274)*

Im Kontext der Diskursanalyse innerhalb der UN-Wasserkonferenz stellt sich trotz, genannter Schwierigkeiten die Herangehensweise nach Hajer als nützlich dar, da nicht nur ein Überblick über die vorherrschenden Diskursstrukturen und -koalitionen geboten werden kann, sondern auch deren Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse sowie auf institutionelle Praktiken dargestellt werden kann (vgl. Münch 2016: 63). Denn so sind die beteiligten Akteur:innen diskursiver Aushandlungen stets daran bemüht ihre Position – bewusst oder unbewusst – durch die Verwendung von Sprache und Argumenten durchzusetzen und ihre Aussagen, Interessen und Überzeugungen gegenüber anderen zu legitimieren (vgl. Keller 2011: 271).

Mittels der qualitativen Inhaltsanalyse im Sinne der induktiven Kategorienbildung nach Philipp Mayring – zur Beantwortung der ersten beiden Forschungsfragen dieser Arbeit – kommt ein wichtiger Schritt der Datensammlung und -strukturierung hinzu. Dieses Vorgehen dient „[...] einer möglichst naturalistischen, gegenstandsnahen Abbildung des Materials ohne Verzerrungen durch Vorannahmen des Forschers, einer Erfassung des Gegenstandes in der Sprache des Materials“ (Mayring 2015: 86). Die induktive Kategorienbildung beschränkt sich dabei auf die Strukturierung im Sinne einer offenen Kodierung der herangezogenen Datengrundlage. Dieses Vorgehen wird in Punkt 5.2.1 genauer erläutert. Die Analyse und Interpretation erfolgt durch Explikation anhand der Merkmale der argumentativen Diskursanalyse, wie im nachfolgenden Punkt 5.2.2 beschrieben. Im Folgenden sollen nun die einzelnen methodischen Schritte der Datengewinnung, -strukturierung und -auswertung erläutert werden.

## 5.2 Methode

Die argumentative Diskursanalyse ist in ihrer Anwendung nicht auf eine bestimmte und einheitliche Methode beschränkt, sondern ermöglicht, je nach Forschungsinteresse, die Verbindung und den Einbezug verschiedener Herangehensweisen. Daher werde zur Erarbeitung, Strukturierung und Kodierung des verwendeten Datenmaterials die regelgeleitete, induktive Kategorienbildung im Sinne einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring herangezogen (vgl. Keller 2011: 254f).

### 5.2.1 Induktive Kategorienbildung & offenes Kodieren

Mayring unterscheidet zur systematischen Analyse grundlegend drei Formen der qualitativen Inhaltsanalyse: Zum einen die *zusammenfassende Inhaltsanalyse*. Hierin besteht das Ziel das verwendete Datenmaterial zu reduzieren, sodass letztlich die wesentlichen Inhalte herausgearbeitet werden und in Folge durch Abstraktion in ihren entsprechenden Kontext eingebettet werden können (ebd. 2015: 67). Zum anderen beschreibt Mayring die Form der *explizierenden Inhaltsanalyse*. Ziel sei es hier, unklare Textsegmente durch das Hinzufügen externe Materialien zu erläutern und zu interpretieren (ebd. 2015: 67). Als dritte Form der qualitativen Inhaltsanalyse beschreibt Mayring die *strukturierenden Inhaltsanalyse*. Diese Form orientiert sich dabei an einem bereits bestehenden Kategoriensystem, anhand dessen das bestehende Textmaterial strukturiert und auf Basis entsprechender Kriterien interpretiert werde (ebd. 2015: 67) Für das methodische Vorgehen wurde eine zusammenfassende Inhaltsanalyse mit den Merkmalen der induktiven Kategorienbildung gewählt. Die grundlegende Konzeption einer zusammenfassenden Inhaltsanalyse mit induktiver Kategorienbildung besteht darin, das Datenmaterial durch Prozesse der Verallgemeinerung zu erfassen und entsprechende Kategorien anhand des verwendeten Datenmaterials zu definieren (vgl. Mayring 2015: 85f). Zu unterscheiden ist hiervon das Vorgehen der deduktiven Kategorienbildung, bei dem Kategorien anhand bereits bestehender Theorien abgeleitet werden. Jedoch ist eine Kombination in Form einer induktiv-deduktiven Herangehensweise durchaus möglich (ebd. 2015: 97f). Mayring stellt für die Form der induktiven Datenerhebung und -kategorisierung ein Prozessmodell bereit (s. Abb. 2, Seite 48). Darin wird eine schrittweise Auf- und Durcharbeitung des Materials bei gleichzeitig stattfindender Festlegung der Kategorien anhand des untersuchten Materials beschrieben (s. offenes Kodieren) (ebd. 2015: 87). Die Bildung der Ober- sowie Unterkategorien kann dabei stets verändert und angepasst werden, sie muss jedoch kontinuierlich mit dem festgelegten Ziel der Analyse abgeglichen und dem geltenden Forschungsinteresse angepasst werden (ebd. 2015: 87).

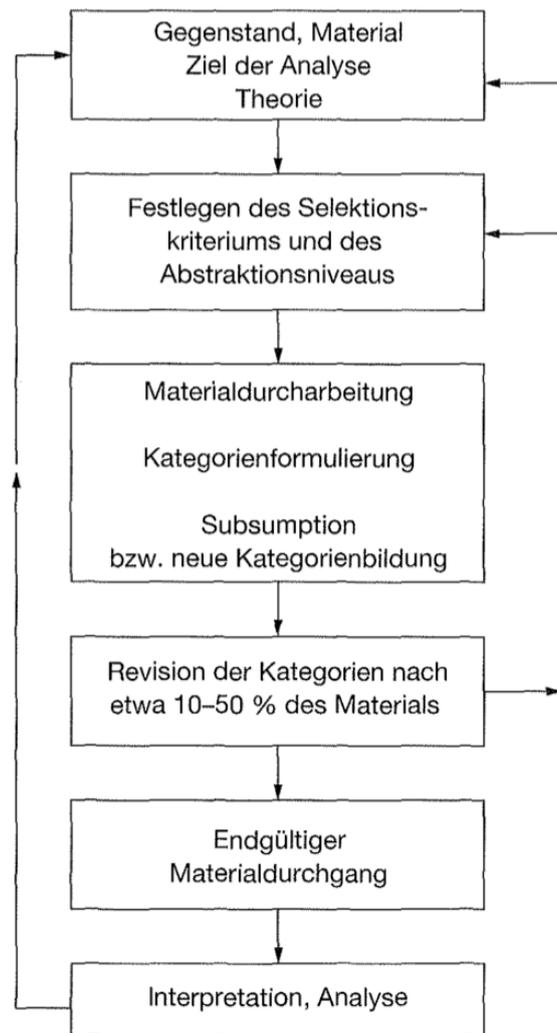


Abbildung 2: Prozessmodell induktiver Kategorienbildung (Mayring 2015: 86)

Mayring & Fenzl heben dabei als abgrenzendes Kriterium zu einer zusammenfassende Inhaltsanalyse hervor, dass im Rahmen der induktiven Kategorienbildung die Schritte der Paraphrasierung übersprungen werden und somit das Textmaterial unmittelbar, durch die Definition von Kategorien systematisiert werde. Hierbei gelte es im Vorhinein zu erwägen, welche Aspekte die bestimmten Kategorie repräsentieren sollen (Kategoriendefinition) und auf welchem Abstraktionsniveau sich diese Kategorien bewegen (vgl. Mayring/Fenzl 2019: 637). Das Vorgehen der induktiven Kategorienbildung sowie des *offenen Kodierens* werde dabei mittels der Software MAXQDA durchgeführt. Die zur Analyse herangezogenen Dateien werden in Form von PDF-Dateien in MAXQDA eingespeist und Schritt für Schritt durchgearbeitet. Das offene Kodieren stellt ein grundlegendes Merkmal bzw. einen Zugang zur Bildung induktiver Kategorien dar und beschreibt das schrittweise Vorgehen zur Sequenzierung und Erarbeitung des Inhalts des Datenmaterials im Sinne der *Grounded Theory* (vgl. Keller 2008: 94).

Die offene Kodierungsphase wird mit der Auswahl der zu analysierenden Daten eröffnet (vgl. Böhm et al. 2008: 34), die sich, wie im nachfolgenden Punkt 5.2.3 beschrieben, aus den Abschlusserklärungen, Resolutionen sowie Positionspapieren im Rahmen der UN-Wasserkonferenz zusammensetzen. Im zweiten Schritt werde anhand der Durcharbeitung und der mittels *Feinanalyse* entschieden, welche Worte, Phrasen oder Textpassagen als relevant markiert werden. Im dritten Schritt, dem *Segmentieren*, kommt es nun zur inhaltsbezogenen Einteilung und Segmentierung der als relevant markierten Texteinheiten. Im vierten und letzten Schritt, dem *Kodieren*, werden die herausgearbeiteten Textsegmente ihren jeweils spezifischen Bedeutungszuschreibungen zugeordnet. Der Kodierungsvorgang unterliegt dabei den einfachen W-Fragestellungen im Sinne der Zuordnung, beispielsweise *Was* gesagt wurde, *Welche:r* Akteur:in sich geäußert hat oder *Wie* der/die jeweilige Akteur:in das Problem beschreibt (vgl. Böhm et al. 2008: 35f). Im Rahmen der zusammenfassenden Inhaltsanalyse sowie der regelgeleiteten induktiven Kategorienbildung kommt es in diesem Forschungskontext zur Herausarbeitung der zentralen Konzepte und Kategorien anhand der Dokumente und Aufzeichnungen der interaktiven Dialoge. Diese Ergebnisse liefern erste Erkenntnisse über die vorherrschenden Diskurse. Vertieft werde die Untersuchung hierzu durch eine weitere Zusammenfassung und Kontextualisierung der herausgearbeiteten Kategorien zur Erstellung diskursrelevanter Storylines. Die Analyse umfasst dabei einerseits die Herausarbeitung spezifischer Storylines auf einer abstrakten Ebene sowie deren Zuordnung zu konkreten Ober- und Unterkategorien auf der anderen Seite (vgl. Mayring 2015: 69). Dies hat das Ziel herauszufinden welche Storylines innerhalb der UN-Wasserkonferenz vorherrschen und welche Akteur:innen sich entsprechenden Storylines zuordnen und somit Diskurskoalitionen formieren (vgl. Hajer 2003: 277f).

### 5.2.2 Explikation durch argumentative Diskursanalyse

Auf Grundlage der Reduktion des Datenmaterials in entsprechende Haupt- und Unterkategorien werde nun mittels Explikation im Rahmen der argumentativen Diskursanalyse der spezifische Kontext der kodierten Einheiten analysiert. Die Explikation dient dabei zur Einordnung der Äußerungen in deren jeweiligen sozio-kulturellen, politischen und historischen Kontext und stellt den Kern, der in dieser Arbeit verfolgten, Analyse vorherrschender Diskursstrukturen innerhalb der UN-Wasserkonferenz dar. Wie in Punkt 1.3 bereits erwähnt, unterteilt sich die Analyse in folgende Schritte: Die Dokumentenanalyse, die Analyse der Positionierungseffekte, die Analyse der Schlüsselereignisse, die Analyse der Praktiken in spezifischen Argumentationskontexten sowie ein letztlich Interpretation der Ergebnisse.

Diese Analyseschritte stellen dabei die Basis der argumentativen Diskursanalyse dar und ermöglichen eine Herausarbeitung und Interpretation vorherrschender Diskursstrukturen, der Diskurskoalitionen und der Prozesse der Diskursinstitutionalisierung.

Die Dokumentenanalyse, die bereits in der induktiven Kategorienbildung Verwendung findet, beschreibt die „[...] *Strukturierung von Konzepten, Ideen und Kategorisierungen; Gebrauch von Story-Lines, Metaphern usw.*“ (Hajer 2003: 282). Daraus lassen sich erste Merkmale des Diskurses sowie dessen Strukturen herausarbeiten (ebd. 2003: 282). Mit der Analyse der Positionierungseffekte wird untersucht, wie sich die verschiedenen Storylines, Aussagen oder Narrative zwischen einzelnen Akteur:innen aber auch zwischen Institutionen und Staaten unterscheiden. Dadurch könne gezeigt werden, wie sich einzelne Akteur:innen innerhalb des Diskurses positionieren. Die Positionierungseffekte sind dabei eng an die Analyse der Schlüsselereignisse gekoppelt (ebd. 2003: 283). Die Analyse der Schlüsselereignisse bezieht sich auf die Untersuchung und Bewertung zentraler Ereignisse respektive Entwicklungen innerhalb eines Diskurses. Diese können einen entscheidenden Einfluss auf Meinungen, Interessen oder die Struktur eines Diskurses nehmen. Schlüsselereignisse äußern sich beispielhaft in besonders dominierenden Argumentationsmustern, Aussagen oder Reden bestimmter Akteur:innen sowie in Meinungsverschiedenheiten, die innerhalb einer Debatte auftreten (ebd. 2003: 283). Im Rahmen der Analyse der sozialen Praktiken in spezifischen Argumentationskontexten gehe es einerseits um die Identifikation von situationsspezifischen Argumentationspraktiken. Diese können sich in sprachlichen, rhetorischen und strategischen Muster in Bezug auf Formulierungen oder in der Platzierung bestimmter Argumente zu einem ausgewählten Zeitpunkt in einer Debatte äußern (ebd. 2003: 283f). Andererseits kommt es hier zu einer Kontextualisierung der Praktiken, die von den Akteur:innen aufgrund ihrer individuellen sozio-kulturellen und historischen Hintergründe ausgeübt werden. Somit erfolgt gleichsam eine Analyse der institutionellen sowie politischen Einflüsse jener Personen aufgrund ihrer Position oder Zugehörigkeit (ebd. 2003: 283). Auf Grundlage der beschriebenen Analyseschritte lassen sich nun bestimmte Ordnungen innerhalb der Diskurse bestimmen und interpretieren (ebd. 2003: 283).

### 5.3 Identifikation & Kriterien der Auswahl der Datengrundlage

Zur Bearbeitung der Forschungsfragen wird in dieser Arbeit einerseits ein Fokus auf offizielle Dokumente der UN-Generalversammlung sowie des UN Sekretariats gelegt, die vor, während und nach der Konferenz in New York veröffentlicht wurden. Das UN Sekretariat verfasste im Vorlauf der Konferenz fünf Konzeptpapiere für die sogenannten „Interactive Dialogues“, die im Rahmen der UN-Wasserkonferenz debattiert wurden.

Zudem werden Mitschnitte der Konferenz als transkribiertes Videomaterial mit in die Analyse aufgenommen. Über das sogenannte „UN WEB TV“ wurde auf relevantes Videomaterial zurückgegriffen, welches mitunter die verschiedenen Plenarsitzungen, Side-Events, Talkshows und andere Diskussionsrunden beinhaltet. Aufgrund des Umfangs der Konferenz sowie der dadurch zur Verfügung stehenden Videomaterialien bezieht sich diese Arbeit auf die Aufzeichnungen, die relevant für die Beantwortung der gewählten Forschungsfragen sind. Folgend soll nun das Datenmaterial dargestellt und erläutert werden. Die fünf Konzeptpapiere des UN Sekretariats zu den jeweils stattfindenden interaktiven Dialoge dienten dabei als thematische Leitfäden der Debatten zu den Themen Gesundheit, nachhaltige Entwicklung, Klimaresilienz und Umwelt, internationaler und nationaler Kooperation sowie der „Water Action Decade“ (vgl. UN-Water 2023b).

- **A/CONF.240/2023/4:** „Interactive dialogue 1: water for health: access to water, sanitation, and hygiene, including the human rights to safe drinking water and sanitation”
- **A/CONF.240/2023/5:** „Interactive dialogue 2: Water for sustainable development: valuing water, water-energy-food nexus and sustainable economic and urban development”
- **A/CONF.240/2023/6:** „Interactive dialogue 3: Water for climate, resilience and environment – source to sea, biodiversity, climate, resilience and disaster risk reduction”
- **A/CONF.240/2023/7:** „Interactive dialogue 4: Water for cooperation: transboundary and international water cooperation, cross-sectoral cooperation, including scientific cooperation, and water across the 2030 Agenda for Sustainable Development”
- **A/CONF./240/2023/8:** „Interactive dialogue 5: Water Action Decade: accelerating the implementation of the objectives of the Decade, including through the United Nations Secretary-General’s Plan: Water Action Decade 2018-2028”

Mit dem zusammenfassenden Bericht der UN kann darüber hinaus ein Überblick über die Abläufe der Konferenz, der allgemeinen sowie spezifischen Debatten im Rahmen der interaktiven Dialoge sowie der finalen Beschlüsse und Entscheidungen gewonnen werden. Dieser Bericht wird herangezogen, um nicht nur die grundlegenden Entscheidungen, sondern auch die Statements der Akteur:innen in Bezug auf die interaktiven Dialoge darzustellen und zu analysieren (vgl. UN-Water 2023b):

- **A/CONF.240/2023/10:** „Report of the United Nations Conference on the Midterm Comprehensive Review of the Implementation of the Objectives of the International Decade for Action, ‘Water for Sustainable Development’, 2018-2028”

Über das „UN WEB TV“ werden zwei Side-Events sowie eine Plenarsitzung analysiert. Eines jener Side-Events besteht in der Konferenz vom 22. März 2023 mit dem Titel: „*Catalyzing the water action agenda for finance*“ (vgl. United Nations 2023a). Im Rahmen dieser Diskussionsrunde nahmen unter anderem Cate Lamb (Global Director Water Security at Carbon Disclosure Project), Zac Goldsmith (ehem. Minister für Umwelt England), Tharman Shanmugaratnam (Senior Minister of Singapore), Henk Ovink (Sonderbeauftragter der UN für Internationale Wasserangelegenheiten Niederlande), Dr. Rick Hogeboom (Executive Director Water Footprint Network) oder Xavier Leflaive (OECD) teil. Der Inhalt und Schwerpunkt dieser Debatte bestand unter anderem in der Frage nach der Neuausrichtung bisheriger Finanzierungsmaßnahmen sowie in der Umgestaltung des privaten Finanzwesens zur Verwirklichung des SDG 6 (vgl. United Nations 2023a).

In Form des Side-Events zum Thema: „*Turning the Tide – A Call to Collective Action*“ und der assoziierten Debatte um eine transformative Agenda, herausgegeben von der „Global Commission on the Economics of Water“ (GCEW), kam ein weiteres diskursives Ereignis hinzu. Diese Sitzung fand am 22. März 2023 im Konferenzraum Vier der UN im Rahmen der UN-Wasserkonferenz in New York statt und thematisierte die Schwerpunkte der globalen und regionalen Wasserregulierung, der Bewertung und Nutzung von Wasser sowie der Möglichkeiten der Innovation und Investition im Sinne einer effizienteren, integrativeren und nachhaltigeren Wassernutzung (vgl. GCEW 2023b). Insgesamt wohnten acht Vertreter:innen verschiedener Organisationen und Institutionen bei, unter anderem Prof. Dr. Johan Rockström (Earth Science University Potsdam), Dr. Ngozi Okonjo-Iweala (Director-General WTO), Saroj Kumar Jha (Global Director Water Global Practice World Bank), Guy Ryder (UN Under-Secretary-General for Policy) sowie H.E. Tharman Shanmugaratnam (Government of Singapore) und H.E. Mia Mottley (Prime Minister Barbados). Die Teilnehmenden äußerten sich dabei grundlegend zu den Herausforderungen, Auswirkungen und notwendigen Schritten zur Bewältigung der Wasserkrise auf lokaler sowie globaler Ebene (vgl. GCEW 2023b). Ein weiteres Element der Datengrundlage besteht im Mitschnitt UN-Wasserkonferenz vom 24. März mit dem Titel „*5th plenary meeting – UN 2023 Water Conference*“. An dieser Sitzung nahmen unter anderem Vertreter:innen von 34 Nationen, elf NGOs, sieben Unterorganisationen der UN sowie eines Unternehmens aus dem Privatsektor teil (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. III, 26/27/28). Anzumerken ist, dass die Analyse und Herausarbeitung der vorherrschenden Diskurse, Diskurskoalitionen sowie der Prozesse der Diskursinstitutionalisierung aufgrund der Anzahl der Themen, Teilnehmer:innen und Debatten auf ausgewählte o.g. Ereignisse der Konferenz beschränkt wurden.

Dadurch ist eine vollumfängliche Darstellung der Diskurse nicht möglich. Durch diese Selektion des Datenmaterials wird angestrebt, eine Auswahl entscheidender diskursiver Ereignisse sowie Themen in Bezug auf den Forschungsschwerpunkt darzustellen.

In den folgenden Kapiteln sollen die Ergebnisse der Dokumente sowie des Videomaterials präsentiert werden.

## 6. Die Diskurse im Rahmen der UN-Wasserkonferenz 2023

Die UN-Wasserkonferenz in New York stellte einen bedeutenden Meilenstein im internationalen Dialog über die zukünftige Verwaltung, Verteilung sowie Bewertung lokaler und globaler Wasserressourcen dar. Als ein global politisches und zwischenstaatliches Forum kommt es innerhalb jener UN-Konferenzen vorwiegend zu einem Zusammentreffen nicht-privatwirtschaftlicher Akteur:innen. So unterteilte sich die dreitägige Konferenz in sechs große Hauptsitzungen sowie hunderte kleinere Diskussionsrunden, Talkshows und Presseveranstaltungen. Insgesamt nahmen an der UN-Wasserkonferenz mehr als 7.000 Teilnehmer:innen aus verschiedenen Organisationen der UN, nationalen sowie internationalen NGOs, überstaatlichen Organisationen, staatlicher Delegationen sowie Interessensvertreter:innen aus der Zivilgesellschaft teil. Die fünf Side-Events der interaktiven Dialoge sowie die sechs großen Plenarsitzungen können dabei als die wesentlichen Diskursorte der Konferenz betrachtet werden, in den die Akteur:innen ihre Positionen vertraten.

Die Diskurse, die im Rahmen der UN-Wasserkonferenz in New York zum Vorschein kamen, waren äußerst vielfältig und wesentlich geprägt durch die Vielzahl an unterschiedlichen Teilnehmer:innen sowie Themenschwerpunkten. Die interaktiven Dialoge wurden, wie im vorangegangenen Punkt 5.3 beschrieben, anhand der Themenschwerpunkte Wasser und Gesundheit, Wasser und nachhaltige Entwicklung, Wasser und Klima sowie der „Water Action Agenda“ gegliedert. Im Rahmen dieser Dialoge äußerten sich die Akteur:innen unter anderem zu der grundlegenden Bedeutung der Ressource Wasser, den Ursachen der globalen Wasserkrise, deren Auswirkungen auf ökologische, ökonomische und soziale Verhältnisse sowie zu möglichen Lösungsansätzen und -strategien. Diese Dialoge werden durch das herangezogene Videomaterial ergänzt. Unter Berücksichtigung der Vielzahl an Akteur:innen und verhandelten Themen wird anhand der folgenden Auswertung ein Einblick in ausgewählte diskursive Praktiken verschiedener Interessenvertreter:innen der internationalen Wasserpolitik im Rahmen der UN-Wasserkonferenz 2023 dargestellt.

Die Kernaussagen und wichtigsten Schlussfolgerungen der Konferenz wiesen dabei einen wesentlichen Bezug zu den Themenschwerpunkten im Rahmen der interaktiven Dialoge auf. Gemäß der Resolution 75/212 der UN-Generalversammlung wurde hierzu festgehalten, dass die Dialoge in Zusammenarbeit und unter dem Einbezug mehrerer Interessensgruppen abgehalten wurden. Darüber hinaus wurde darauf geachtet, eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter und eine gerechte geografische Verteilung der Akteur:innen zu gewährleisten. Jeder der Dialoge wurde von zwei Ko-Vorsitzenden geleitet, jeweils aus einem Land des Globalen Südens und einem Industrieland. Unter der organisatorischen Leitung eines/-r Moderator:in entstand eine interaktive Debatte zwischen Vertreter:innen einzelner Staaten individuellen Akteur:innen. Zu jedem der fünf Dialoge erstellte das UN Sekretariat im Voraus der Konferenz ein entsprechendes Konzeptpapier mit themenspezifischen Diskussionsschwerpunkten sowie relevanten Leitfragen zur Strukturierung der Debatten (vgl. United Nations 2023d). Die nun folgende Auswertung widmet sich der Beantwortung der ersten beiden Forschungsfragen. Hierbei geht es darum, die vorherrschenden Diskurse aufzuzeigen und die darin vertretenen Interessen und Standpunkte herauszuarbeiten. Die Unterkapitel entsprechen dabei den diskursiven Schlüsselereignissen in Anlehnung an den zusammenfassenden Bericht der Konferenz sowie den fünf interaktiven Dialogen.

### 6.1 Interactive Dialogue 1: Water for health

Der Interaktive Dialog 1 setzte sich mit dem Zugang zu sicherer Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung (WASH)<sup>16</sup> im Zusammenhang mit den Verpflichtungen des MRaW auseinander (vgl. United Nations 2023d). Durch das Konzeptpapier des UN Sekretariats wurden folgende fünf Themenschwerpunkte formuliert: Entwicklung und Bereitstellung von Finanzierungsstrategien für eine Verbesserung der finanziellen Leistungsfähigkeit von Wasser-, Sanitär-, und Hygienesdienstleistungen, Implementierung von standardisierten nationalen Datenerhebungssystemen zur Verbesserung der Informationsgrundlage, Stärkung von institutionellen und technischen Kapazitäten, Förderung innovativer Techniken sowie der Schaffung sektorübergreifender sowie inkludierender Strukturen im Sinne einer „Good-Governance“ (vgl. UN Sekretariat A/CONF.240/2023/4 2023: Kap. 4, Abs. A-E). Die Teilnehmenden der Debatte äußerten sich hierzu in unterschiedlicher Weise, betonten jedoch den fehlenden Zugang zu WASH als ein grundlegendes Problem, das durch die Stärkung des MRaW und Inklusion benachteiligter

---

<sup>16</sup> WASH oder auch „Water, Sanitation and Hygiene“ ist sowohl ein internationales Projekt zur langfristigen Sicherstellung von sicherer Wasserversorgung, Sanitäreinrichtungen sowie Hygienemaßnahmen als auch eine universelle Abkürzung globaler Maßnahmen zur Verbesserung der drei Bereiche (vgl. UNICEF 2024).

Bevölkerungsgruppen bearbeitet werden müsse. Laura Chinchilla, ehemalige Präsidentin Costa Ricas sowie Leitung der Organisation „Sanitation and Water for All“ betonte in Bezug auf den Ausbau finanzieller und institutioneller Strukturen, dass es fundamental sei, Maßnahmen zur Beseitigung von Ungleichheit und Diskriminierung zu priorisieren, um sicherzustellen, dass vulnerable und marginalisierte Bevölkerungsgruppen in diese Entscheidungsprozesse involviert werden (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. 4, Abs. A/63). Darüber hinaus bewertete man als Möglichkeit zur Finanzierung sowohl staatliche Förderungsprogramme und Investments als auch die Inklusion des Privatsektors als zielführend. Mr. Goldsmith, Minister für Energie, Klima und Umwelt in Großbritannien, hob drei wesentliche Bereiche hervor. Zum einen erkannte er die Notwendigkeit der Schaffung politischer Verpflichtungen, die die jetzigen Geldgeber:innen aus der Zivilgesellschaft sowie aus dem privaten Sektor ermutigt, die Regierungen zu unterstützen, als essenziell an. Zum anderen betonte er, dass die richtigen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um sowohl Finanzmittel für Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung als auch für den Klimaschutz zu generieren (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. A/53). So unterschieden sich die Beiträge und Standpunkte der Akteur:innen vor allem in den Bereichen der Verbesserung und Sicherstellung von WASH. Dies resultierte einerseits in der Forderung nach einer Intensivierung von nationalen und internationalen Kooperationen auf Ebene staatlicher Investitions- und Regulationsmechanismen, sowie darüber hinaus in der Forderung nach einer stärkeren Einbindung privatwirtschaftlicher Akteur:innen beispielsweise durch Public-Private-Partnerships. Zahlreiche Akteur:innen stimmten darin überein, dass PPPs eine wesentliche Rolle bei der Erreichung der Ziele der Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung im Kontext des SDG6 einnehmen und diesen somit eine tragende Funktion neben staatlichen Akteur:innen zukommt (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. A/67). Zusätzlich wurde festgehalten, dass ein wesentlicher Bestandteil des MRaW darin läge, demokratische Entscheidungs- und Verteilungsprozesse zu fördern und die Ressource Wasser als ein globales und gemeinschaftliches Gut anzuerkennen. Einigkeit herrschte in diesem interaktiven Dialog, hinsichtlich der allgemeinen Problem- und Bedeutungszuschreibung der Verteilung der Ressource Wasser. Diese wurde sowohl als Katalysator menschlicher Gesundheit als auch als Treiber von Krankheiten und Diskriminierung betrachtet (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. 6/64-66). In der Folge des Dialogs manifestierten die Akteur:innen dabei die zwei grundlegenden Sichtweisen. Zum einen lag der Fokus auf der Implementierung rechtlicher Mechanismen zur Förderung der Inklusion, der Verhinderung der Diskriminierung von Wasserressourcen sowie der Stärkung staatlicher Institutionen (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. A/71a-c).

Zusätzlich kam es beispielsweise seitens Benins zu der Zusicherung von Investments in Höhe von 1,6 Milliarden Dollar durch die Mobilisierung und Teilhabe privatwirtschaftlicher Akteur:innen sowie durch die Förderung innovativer Finanzierungsmechanismen seitens der EU (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. A/71d,f). Entscheidend für die Implementierung entsprechender Finanzierungsmechanismen sowie für die Teilhabe des Privatsektors ist dabei die Regulation und Intervention durch gesetzgebende Akteur:innen wie die EU oder anderen Nationalstaaten, um die Ziele im Rahmen des SDG 6 sowie des MRaW zu erfüllen (vgl. Heller 2020: Kap. 5, 47).

## 6.2 Interactive Dialogue 2: Water for sustainable development

Im Rahmen des Interaktiven Dialogs 2 kam es zur Auseinandersetzung mit dem Thema Wasser und nachhaltige Entwicklung unter den Aspekten der (Neu-)Bewertung der Ressource Wasser im Kontext nachhaltiger Wirtschafts- und Stadtentwicklung sowie dem sogenannten „Water-Energy-Food Nexus“ (vgl. United Nations 2023e). In Anbetracht der Prognose einer steigenden Anzahl an Ländern und Bevölkerungsgruppen, die künftig unter Wasserknappheit leiden werden, betonte man die Wichtigkeit eines integrierten Wassermanagements (IWRM), das den Konnex zwischen der Verfügbarkeit von Wasser, dessen Produktivität innerhalb landwirtschaftlicher Produktion (Ernährungssicherheit) sowie einer nachhaltigen wirtschaftlichen „Entwicklung“ verstärkt miteinbezieht (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. 4, Abs. B/90-93). Im Kontext des Water-Food-Energy Nexus wurde betont, dass durch diesen Ansatz die Komplexität der Herausforderungen umfangreicher erfasst werden, dieser jedoch sowohl die Beteiligung des privaten Sektors als auch die Mobilisierung von Kapital erfordere. Es resultierte die Forderung, dass durch die Kooperationspartner:innen Anreize für den Privatsektor sowie Möglichkeiten der Risikokapitalanlage geschaffen werden müssen, um einerseits Projekte innerhalb der Agenda 2030 umzusetzen und andererseits potenzielle Innovationen für den Markt bereitzustellen (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. B/81-83). Eine Ausweitung der grenzübergreifenden Kooperationen, die sich nicht nur zwischenstaatlich, sondern auch sektorenübergreifend äußern müsse und eine Förderung von Forschung und Innovation unter Einbezug traditioneller Wissensformen einbeziehe, wurde als Grundlage nachhaltigen Wassermanagements definiert (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. B/86-87).

Dinara Ziganshina, Direktorin der „Interstate Commission for Water Coordination of Central Asia“, beschrieb in diesem Punkt die Notwendigkeit, den Aufbau von Institutionen und Richtlinien auf Basis lokalen Wissens zu gestalten, um somit den Einbezug der lokalen Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. B/86).

Yong-doek Cho, Generalsekretärin des “Asia Water Council”, fügte hinzu, dass es von großer Wichtigkeit sei, nationale und regionale Plattformen zu entwickeln, die unter anderem die Akteur:innen der Industrie dazu ermutigen, innovative Methoden für ein nachhaltiges Wassermanagement zu implementieren. Dies müsse auf der Grundlage klarer Richtlinien und finanzieller Anreize erfolgen (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. B/87). Zusätzlich zu den finanziellen Investitionen betonten die Beteiligten die Notwendigkeit sogenannter „nature-based-solutions“ und gemeinschaftsorientierter, lokaler Ansätze. Diese sollen nicht nur eine naturnahe und demokratische Wasserverteilung sicherstellen, sondern auch dazu beitragen, nachhaltige Wirtschaftspraktiken zu entwickeln (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. B/83).

So betonte die Direktorin der WTO, Ngozi Okonjo-Iweala, dass es sich bei der globalen Wasserkrise um eine multidimensionale Herausforderung handelt, die die Notwendigkeit erfordert, eine isolierte Sichtweise auf lokale und globale Wasserverhältnisse zu vermeiden. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen sei ein transformativer Wandel auf Staatsebene notwendig, der eine Betrachtung der Ressource Wasser als globales und öffentliches Gut innerhalb der sogenannten „Global Commons“ erachtet. Gleichzeitig müsse es zu einer strukturellen Neuausrichtung der Wasserbewertung kommen, die natürliche Wasserkreisläufe schützt und auf einem alternativen ökonomischen Denkweise beruhe (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. B/88). Die Einordnung der Ressource Wasser als ein globales und gemeinschaftliches Gut setze jedoch in Anlehnung an Okonjo-Iweala eine Bewertung und Bepreisung der Ressource Wasser voraus, um den wahren Wert infrastruktureller Maßnahmen zu erfassen, um somit effiziente und egalitäre politische Rahmenbedingungen gewährleisten zu können (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. B/88).

Eine wesentliche Frage, die sich aus diesem Dialog ergibt, besteht darin, wie finanzielle Mechanismen und Investments des öffentlichen und privaten Sektors ausgerichtet werden können, um nicht nur den wahren polit-ökonomischen Wert auf globaler Ebene, sondern auch dessen sozio-ökologischen Wert auf regionaler und lokaler widerzuspiegeln und zu erfassen (vgl. UN Sekretariat A/CONF.240/2023/5 2023: Kap. 6, 67).

### 6.3 Interactive Dialogue 3: Water for climate, resilience & environment

Der interaktive Dialog 3 setzte sich mit den Verflechtungen der Ressource Wasser und Aspekten des Klimawandels auseinander sowie mit der Resilienz betroffener Bevölkerungsgruppen gegenüber klimatischen Extremereignissen. Darin ging es vor allem um die Themen der Meere als Wasservorkommen, der Biodiversität sowie der sogenannten „Disaster Risk Reduction“ (DRR) (vgl. United Nations 2023c).

Anknüpfend an den Interaktiven Dialog 2 folgte eine tiefergehende Erforschung der Frage, auf welche Weise transformative und nachhaltige Konzepte der Wasserversorgung in Bezug auf den Klimawandel umgesetzt werden können. Dabei spielte vor allem der Verlust von Biodiversität sowie der Schutz bzw. die Resilienz gegenüber klimabedingten Katastrophen eine wesentliche Rolle (vgl. UN Sekretariat A/CONF.240/2023/6 2023: Kap. 5, 56). Die beteiligten Akteur:innen betonten in diesem Dialog vor allem das Wechselverhältnis umfassender politischer Rahmenbedingungen zum Schutz natürlicher Wasservorkommen und des Aufbaus klimaresilienter Wasserinfrastrukturen, um nicht nur gefährdete Wasserressourcen, sondern auch die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen zu schützen (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. 4, Abs. C/116-122). Senzo Mchunu, Minister für Wasser- und Sanitärversorgung Südafrikas, erklärte, dass die Versorgung von Wasser und Sanitäreinrichtungen durch unzureichende politische sowie institutionelle Regelungen und Faktoren eingeschränkt und gefährdet werde (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. C/109). Der Staat allein könne, lt. Mchunu, nicht alle benötigten finanziellen Mittel zur Verbesserung und Aufrechterhaltung der Wasserinfrastruktur aufbringen, wodurch die Teilhabe des privaten Sektors notwendig sei (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. C/109). Zahlreiche Akteur:innen sprachen sich für die Integration natürlicher Schutzmaßnahmen aus, die auf den Ansätzen des IWRM basieren und daher den Fokus auf die Förderung innovativer und technologischer Lösungsansätze legen.

Generaldirektor der NGO „International Union for Conservation of Nature“, Bruno Oberle, betonte, dass innovative und an der Natur orientierte Lösungen im Einklang mit konventionellen Wasserinfrastrukturstrategien implementiert werden müssen, um nicht nur die Biodiversität zu schützen, sondern auch sozio-ökonomische Vorteile zu schaffen (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. C/113). Unterstützung erhielt er dabei von Leticia Tituana, die im Namen der NGO „Future Rising Fellows“ teilnahm. Sie machte darauf aufmerksam, dass gerade in den Ländern des Globalen Südens die Erfordernis bestehe, ganzheitliche Lösungsansätze in Kooperation mit den lokalen Regierungen sowie Gemeinschaften zu finden (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. C/115), und mittels wissenschaftlicher und technologischer Innovationen die Auswirkungen der Klimakrise auf die lokalen Wasserverhältnisse zu begrenzen. So kam im Rahmen des dritten Dialoges mehrheitlich das Interesse zum Ausdruck, finanzielle Investments aus dem privaten Sektor bereitzustellen, klimaresiliente Wasserinfrastruktur zu fördern sowie förderliche Rahmenbedingungen auf Ebene der politischen und legislativen Gesetzgebung zu implementieren (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. C/116-122).

## 6.4 Interactive Dialogue 4: Water for Cooperation

Der Interaktive Dialog 4 beinhaltete die Themenschwerpunkte der grenzübergreifenden und internationalen Wasserkoooperation sowie der sektorübergreifenden und wissenschaftlichen Zusammenarbeit (vgl. United Nations 2023b). In diesem Dialog standen vor allem die Möglichkeiten der Implementierung und Ausweitung multilateraler Abkommen zum Schutz und Ausbau grenzübergreifender Wasserinfrastrukturen sowie der Förderung dafür notwendiger finanzieller Mittel im Zentrum (vgl. UN Sekretariat A/CONF.240/2023/7 2023: Kap. 5, 41a-f). Die Akteur:innen wiesen auf das erhöhte Konfliktpotenzial aufgrund fehlender Verträge hinsichtlich geteilter Wasserressourcen hin, zu denen etwa grenzübergreifende Flüsse oder internationale Seen zählen. Olga Algayerova, Geschäftsführerin der Wirtschaftskommission der UN (UNECE), betonte hierzu nachdrücklich, dass die bisherigen Fortschritte und Regelungen grenzübergreifender Wasserkoooperationen die Zielsetzungen des SDG 6 weit verfehlen. Das Fehlen zwischen-staatlicher Kooperationen verhindere die Erreichung dieser Ziele und könne in Zukunft dazu führen, dass vermehrt Nutzungskonflikte in Bezug auf geteilte Wasserressourcen entstehen (UN. General Assembly 2023: Kap. 4, Abs. D/135). Sie fügte hinzu, dass aktuell mehr als die Hälfte aller Wassereinzugsgebiete unter keinen entsprechenden Kooperationsvertrag fallen und verwies hierzu auf die sogenannte „Water Convention“<sup>17</sup> und dessen Bereitstellung eines legislativen Rahmens zur Aushandlung zwischenstaatlicher Verträge (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. D/135). Bekräftigt wurde dies unter anderem durch Danilo Türk, leitender politischer Berater des „Geneva Water Hub“ sowie Präsident der NGO „Club de Madrid“. Er betonte die Wichtigkeit rechtlicher Rahmenbedingungen in Bezug auf grenzüberschreitende Wasserressourcen und verwies hierzu ebenso auf die Notwendigkeit des Aufbaus institutioneller Strukturen. Mittels der Water-Convention sollen bilaterale, regionale und globale Abkommen gefördert und implementiert werden (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. C/138). Unterstützung sollen entsprechende grenzüberschreitende Wasserkoooperationen dabei sowohl in Form von Finanzierungsmaßnahmen des öffentlichen als auch des privaten Sektors erhalten. Diese Kooperationsverträge müssen hierzu an individuelle Anforderungen der lokalen Bevölkerungsgruppen angepasst und durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft, NGOs und der Privatwirtschaft erarbeitet werden (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. C/148h-m).

---

<sup>17</sup> Die sogenannte „Water Convention“ oder auch „Übereinkommen zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen“ der „United Nations Economic Commission for Europe“ (UNECE) ist ein rechtlich bindendes Abkommen, das im Jahr 1997 final verabschiedet wurde. Es trat 2014 rechtswirksam in Kraft (vgl. UNECE 2023a).

Im Zuge dessen traten Nigeria und der Irak der Water-Convention bei. Andere Staaten, wie etwa Namibia, Panama oder Sierra Leone, kündigten den Beitritt zur Water-Convention mit Hilfe der Unterstützung anderer Vertragsparteien, wie beispielsweise Luxemburg, Finnland oder der Schweiz, an. Die UNECE verpflichtete sich darüber hinaus insg. 30 Länder beim Beitritt der Water-Convention zu unterstützen (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. C/149a-d). Auch die Weltbank kündigte eine Intensivierung und Förderung lokaler und globaler Kooperationsverhandlungen an. Als eine der wichtigsten kreditgebenden Institutionen übt die Weltbank, wie auch andere globale Finanzakteur:innen innerhalb der Water-Convention, einen maßgeblichen Einfluss auf die Implementierung von Wasserinfrastrukturprojekten und Investitionen im Rahmen des Wassersektors aus (vgl. UNECE 2023b).

### 6.5 Interactive Dialogue 5: Water Action Decade

Der fünfte und abschließende Interaktive Dialog setzte sich mit den Möglichkeiten der Implementierung der im Rahmen der interaktiven Dialoge behandelten Themenschwerpunkte sowie mit den Inhalten anderer Diskussionsrunden der UN-Wasserkonferenz auseinander. Darin ging es vor allem um die Frage, wie die Mitgliedsstaaten sowie die beteiligten Akteur:innen die Verpflichtungen auf nationaler und internationaler Ebene verwirklichen können und inwiefern die "Water Action Agenda" als ein effektives Werkzeug zur Bearbeitung der globalen Wasserkrise genutzt werden kann (vgl. UN Sekretariat A/CONF.240/2023/8 2023: Kap. 4, 73a-e).

Tanja Fajon, stellvertretende Premierministerin und Ministerin für auswärtige und europäische Angelegenheit in Slowenien, hob die „Water Action Agenda“ als einen bedeutenden Schritt in der internationalen Wasserpolitik hervor, da durch die Agenda die Bedeutung der Ressource Wasser auf lokaler und globaler Ebene sichtbar werde. Im gleichen Zug forderte sie dazu auf, die Strukturen und Aufgabenbereiche innerhalb der UN klarer und zielgerichteter zu organisieren und die Agenda zu einem integralen Bestandteil der Debatten um eine nachhaltige Wasserpolitik zu machen (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. 4, Abs. E/159). Hierzu sprachen sich die beteiligten Akteur:innen für die Implementierung eines sogenannten „Special Envoys on Water“ (Wasser-Sonderbeauftragten) durch die UN aus, um die Verpflichtungen der Konferenz sowie der „Water Action Agenda“ voranzutreiben (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. E/166). Mina Guli, Gründerin und Leiterin der „Thirst Foundation“ betonte in Bezug auf die „Water Action Decade“, dass die Umsetzung dieser nur möglich sei, wenn diese durch einen aktiven und inklusiven Einbezug marginalisierter Bevölkerungsgruppen stattfände (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. E/163).

Zusätzlich sprachen sich die beteiligten Akteur:innen für die Einführung regelmäßiger internationaler Treffen aus, um sowohl den Fortschritt des SDG 6 kontinuierlich zu überwachen als auch die Agenda innerhalb des SDG 6 sowie anderer SDGs zu priorisieren. Zu diesem Zweck wurde festgelegt, dass es im Jahr 2028 zu einer erneuten UN-Wasserkonferenz kommt. Letztlich muss es in Folge der UN-Wasserkonferenz und in Bezug auf die Agenda 2030 nicht nur zu einer Beschleunigung der bisherigen Maßnahmen kommen, sondern zu einem gänzlich transformativen Wandel innerhalb der globalen Wasserpolitik. Dies erfordere laut der beteiligten Akteur:innen einen grundlegenden kulturellen Wandel. Im Zentrum zukünftiger Auseinandersetzungen um nachhaltige „Entwicklungsstrategien“ müsse die Ressource Wasser stehen (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. E/169a-e).

## 6.6 Zusammenfassung & Kernaussagen

In der zusammenfassenden Berichterstattung der UN herrschte grundlegend Einigkeit darüber, dass zur Bearbeitung, Verbesserung sowie Lösung der globalen Wasserkrise ein transformativer Wandel der globalen sowie lokalen Wasserpolitiken notwendig sei. Hervorgehoben wurde dabei vor allem die zentrale Rolle nicht-staatlicher Organisationen .

Deren Kooperation sei maßgeblich für die Erreichung der Ziele im Rahmen des SDG 6 erforderlich (UN. General Assembly 2023: Kap. 6, Abs. A/192). Entscheidend für einen transformativen Wandel ist demnach nicht nur eine Neuausrichtung bisheriger ökonomischer und politischer Regularien, sondern auch eine grundlegende Transformation der bisherigen Denkweise über den Wert der Ressource Wasser auf globaler sowie lokaler Ebene (ebd. 2023: Kap. 6, Abs. A/193). Die Anerkennung und Stärkung der Ressource Wasser als sein globales und gemeinschaftliches Gut ist dabei von entscheidender Bedeutung. So müsse verhindert werden, dass die Zustände der Wasserknappheit und des Wassermangels weiterhin die Gesundheit der Menschen gefährden. Stattdessen muss der uneingeschränkte und sichere Zugang zu Wasserressourcen sowie zu Wasserdienstleistungen als Grundlage zur Verbesserung der Lebensverhältnisse dienen (ebd. 2023: Kap. 6, Abs. A/187).

Als die wesentlichen Herausforderungen beschrieben die Akteur:innen zum einen die unverhältnismäßig starke Betroffenheit marginalisierter Bevölkerungsgruppen durch aktuelle Wasserverhältnisse sowie durch wasserbedingte Krisen. Zum anderen benannte man die Ineffizienz bisheriger finanzieller Maßnahmen und Investitionen als einen entscheidenden Grund dafür, dass die Fortschritte im Rahmen des SDG 6 sowie der „Water Action Agenda“ verfehlt werden. Darüber hinaus tragen unzureichende globale Regularien im Sinne des MRaW sowie lokaler

Richtlinien zur Regulation, Kontrolle und Förderung effizienter und nachhaltiger Wasserverwendung und -verwaltung dazu bei, die transformativen Konzepte zu verlangsamten und aktuellen Verhältnissen zu reproduzieren (ebd. 2023: Kap. 6, Abs.B/229-233).

Als Maßnahmen zur Zielerreichung wurden hierzu zum einen die Einführung von Wasser-Sonderbeauftragten (Special Envoys on Water) durch die UN, die Entwicklung und Förderung grenzübergreifender Kooperationsverträge und die Steigerung von Investitionen sowie Finanzierungsmaßnahmen im Wassersektor, vor allem in Bezug auf die Wasserinfrastruktur, genannt. Zum anderen hob man sowohl die Notwendigkeit innovativer Technologien zur Wasseraufbereitung, wie beispielsweise Entsalzungsanlagen, und zum Schutz gefährdeter Wasserressourcen als auch die Entwicklung und Implementierung lokaler und globaler Datenerhebungssysteme hervor (ebd. 2023: Kap. 6, Abs. B/234-247). Die Grundlage dieser Verpflichtungen stellt dabei eine sektorübergreifende, transdisziplinäre sowie lokal emanzipatorische Herangehensweise dar, die nicht nur die öffentliche und private Zusammenarbeit stärkt, sondern auch auf Basis demokratischer Entscheidungsprozesse erfolgt (UN. General Assembly 2023: Kap. 6, Abs. B/246). Hierfür muss die Ressource Wasser sowohl innerhalb des SDG 6 priorisiert als auch als essenzielles Fundament zur Erreichung anderer SDGs aufgefasst werden.

Fergal Mythen, Repräsentant Irlands, betonte in der fünften Plenarsitzung die Bedeutung der Agenda: „*The Water Agenda truly illustrates the indivisibility and interdependence of the Sustainable Development Goals. We cannot look at water in isolation from the other goals, given this fundamental relevance to the social, economic and environmental dimensions of sustainable development.*” (Mythen 2023: Min. 02:32:00). Mit der Umsetzung der „Water Action Agenda“ müsse es somit zum Einbezug und zur Bearbeitung anderer SDGs kommen. Die Interkonnektivität der lokalen und globalen Wasserverhältnisse solle gleichermaßen und unmittelbar mitunter zu einer Verbesserung der Energie- und Lebensmittelverfügbarkeit, der Minderung klimatischer Auswirkungen sowie zur Reduktion industrieller und landwirtschaftlicher Wasserverschwendung und -verschmutzung (ebd. 2023: Kap. 6, Abs. 245).

Philip Lansana, Minister für Wasserressourcen in Sierra Leone, führte einen wichtigen Aspekt in Bezug auf die Erweiterung und Intensivierung der Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen an. Er machte gegenüber der UN deutlich, dass manche Länder nicht ohne Weiteres in der Lage sind, ausreichend finanzielle Mittel zur Implementierung der Ziele innerhalb des SDG 6 zu mobilisieren. Er forderte, globale und lokale Investitions- und Finanzierungsstrategien an folgende drei Bedingungen zu knüpfen: „*One: increase grants and provide interest-free loans for water sanitation-projects. Two: Cancellation of debts for least developed countries and the savings used to finance water and sanitation projects. Three: Review of non-concessional loan*

*schemes and the imposition of debt ceiling on developed countries in order to address restrictions on the type of loans available for water and sanitation projects.”* (Lansana 2023: Min. 00:26:00). Anhand dieser Forderungen adressierte er vor allem die Entscheidungsmacht der UN sowie anderer Kooperationspartner:innen: *“In conclusion, your Excellencies, trade imbalance between the developed and developing nations has long been a real cause of concern. We therefore call on the UN and the development-partners to address this anomaly without any further delay.”* (Lansana 2023: Min. 00:26:30). Lansana verwies damit auf die ungleichen Voraussetzungen sowie auf die einseitigen Rahmenbedingungen innerhalb internationaler Abkommen und forderte die Implementierung gerechter Verträge zur Mobilisierung und Bereitstellung notwendiger finanzieller Mittel.

Der Diskurs der Konferenz in New York orientierte sich somit erneut verstärkt an den Verpflichtungen, die bereits im Rahmen der UN-Wasserkonferenz in Mar del Plata 1977 verabschiedet wurden. Darin betonte man bereits die Bedeutung der Ressource Wasser als Grundlage für eine ökologisch-nachhaltige, sozial-gerechte und ökonomisch-effiziente „Entwicklung“ (vgl. Biswas 2004a: 81f). Die ökonomisch geprägten Lösungsstrategien privatwirtschaftlicher Akteur:innen, wie der Weltbank, IWF oder anderer nationaler und internationaler Entwicklungsbanken werden im Rahmen der Konferenz dabei teilweise mit aufgegriffen und kritisiert (vgl. Shiva 2002: 91f). Auf Grundlage dessen wird weiterhin stark auf den Einsatz innovativer Technologien sowie einer effizienteren Ausrichtung von Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen durch Mechanismen der Public-Private-Partnerships gesetzt. Gleichmaßen werden Maßnahmen zur Inwertsetzung der Ressource Wasser und dessen Funktionen, beispielsweise durch die Schaffung ökonomische Anreize angestrebt (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. 6, Abs. B/208-210).

Die Basis der Argumentation besteht in diesem Punkt unter anderem in der Effizienzsteigerung von Wasserversorgungs- und Verwaltungssystemen, die aufgrund der mangelnden finanziellen Bereitstellung durch öffentliche Akteur:innen nicht nachhaltig bewirtschaftet werden können (vgl. Bakker 2007: 436f). Technologische sowie finanzielle Anreize stellen in Anbetracht der hohen Kapitalmengen insbesondere für nationale und internationale Finanzakteur:innen aussichtsreiche und rentable Investitionsmöglichkeiten dar. Die Beteiligung dieser Akteur:innen führt nicht nur zu einer Umverteilung des Einflusses auf lokale und globale Wasserkreisläufe, sondern auch zu einer grundlegenden Umstrukturierung gemeinschaftsbasierter Wasserversorgungssysteme. Aufgrund der Komplexität des Wassersektors gestaltet sich ein Rückbau finanziellierter Strukturen als äußerst schwierig (vgl. Tricarico/Löschmann 2014: 191).

Die Integration innovativer Investitions- und Finanzierungsmechanismen müsse deshalb umfassend analysiert werden (vgl. Tricarico/Löschmann 2014: 191). Trotzdem stellt der Diskurs um eine verstärkte Einbettung und Anerkennung der Ressource Wasser als ein globales und gemeinschaftliches Gut, ein sogenannte „Common Good“, einen bedeutenden Standpunkt innerhalb der Auseinandersetzungen dar (vgl. 2023: Kap. 6, Abs. B/230). Die Vertreter:innen dieser Sichtweise argumentieren hierzu gegen die Eingliederung der Ressource Wasser als ein kommodifiziertes Gut innerhalb nationaler und internationaler Marktmechanismen. Ein „Common Good“ entziehe sich, durch die Beibehaltung der öffentlichen Kontrolle, der Regulation des Marktes und den Mechanismen der Bepreisung. Dadurch könne sichergestellt werden, dass die lokalen und ortsgebundenen Besonderheiten der Ressource Wasser durch kommunale Beteiligung und Verwaltung geschützt werden (vgl. Bakker 2007: 441). Auffällig erscheint hierzu, dass der Begriff der „Common Goods“ zwar von vielen Akteur:innen im Rahmen der interaktiven Dialoge genannt wurde, dieser jedoch in den zusammenfassenden „game-changer“ durch die UN-Generalversammlung nicht mit aufgenommen wurde (ebd. 2023: Kap. 6, Abs. B/199-219).

## 7. Diskursstrukturen & Storylines im Rahmen der UN-Wasserkonferenz 2023

In den folgenden Kapiteln werden die diskursiven Merkmale im Kontext der argumentativen Diskursanalyse herausgearbeitet. Hierbei geht es um die konkrete Untersuchung diskurspezifischer Argumentationen, der Bildung von Storylines und der Diskurskoalitionen sowie der Prozesse der Diskursinstitutionalisierung. So lassen sich, trotz der Vielzahl an Akteur:innen und Diskursen, zwei grundlegende Storylines respektive Erzählungen herausarbeiten.

Im Rahmen der ersten Storyline formierten sich verschiedene Akteur:innen mit einem Fokus auf nachhaltigen Finanzierungs- und Investitionsmechanismen sowie der Förderung innovativer Technologien zur Verbesserung lokaler und globaler Wassereffizienz. Mit der zweiten Storyline hingegen machten sich verschiedene Akteur:innen dafür stark, die Auswirkungen und Folgen der globalen Wasserkrise, durch gemeinschaftsbasierte sowie menschen- und naturrechtliche Mechanismen im Sinne einer Bewertung der Ressource Wasser als ein „Global Common Good“ nachhaltig zu bekämpfen. Dabei ist anzumerken, dass Akteur:innen in politischen Auseinandersetzungen, sowie auch auf der UN-Wasserkonferenz in New York, mehrere Storylines und Konzeptionen vertreten können, sich jedoch aufgrund wiederholender Aussagen zu bestimmten Erzählungen zuordnen lassen (vgl. Hajer 2003: 275)<sup>18</sup>.

---

<sup>18</sup> Die Zuordnung und Kategorisierung von Aussagen in einem Diskurs basiert auf der subjektiven Bewertung des Forschenden. Eine umfassende Analyse jedes Diskurs ist darin nicht vorgesehen (vgl. Hajer 2003: 275).

Die Akteur:innen einer Storyline konzipieren und definieren die globale Wasserkrise nicht nur in ähnlicher Art und Weise, sondern artikulieren auch ihre spezifischen Lösungsansätze auf Basis gleicher Wertvorstellungen (vgl. Hajer 1995: 65). Um eine möglichst umfassende Darstellung der vorherrschenden Storylines zu ermöglichen, werden in den Kapitel 7.1 und 7.2 die Storylines individuell aufgearbeitet. Die hervorgebrachten Lösungsansätze sowie die Prozesse der Diskursinstitutionalisierung werden in Kapitel 7.3 genauer dargestellt.

## 7.1 Storyline 1: Wassereffizienz durch nachhaltige Finanzierung & Innovation

Ein wesentlicher Diskursstrang, der sich durch die Auseinandersetzungen und Debatten der UN-Wasserkonferenz zog, stellt eine ökonomische und technologische Perspektive auf die globale Wasserkrise dar. Darunter formierten sich verschiedene Akteur:innen, die mitunter argumentierten, dass die lokalen und globalen Wasserverhältnisse primär durch nachhaltige Finanzierungs- und Investitionsmaßnahmen sowie der Förderung und Implementierung innovativer Technologien im Sinne des SDG 6 und des IWRM bearbeitet werden müssen.

Die Träger:innen dieser Storyline artikulierten darin ähnliche Konzeptionen bzw. Problemdefinitionen sowie marktorientierte Lösungsansätze. Erkennbar wird darin, dass sich die verwendeten Erzählungen sich dem Narrativ der sogenannten „ökologischen Modernisierung“ annähern. Dieses stellt dabei nicht nur ein zentrales Merkmal der Diskurstrukturierung und -konstituierung innerhalb der UN-Wasserkonferenz dar, sondern fand bzw. findet sich darüber hinaus in vielen umweltpolitischen Debatten und Auseinandersetzungen wieder<sup>19</sup> (vgl. Hajer 1995: 25f).

### 7.1.1 Die globale Wasserkrise als eine ökonomische und technologische Krise

Im Rahmen der ersten Storyline wird die globale Wasserkrise als eine komplexe ökonomische und technologische Herausforderung betrachtet, die die Notwendigkeit hervorbringt, die bisherigen lokalen und globalen Finanzierungs- und Investitionsmechanismen nicht nur neu auszurichten, sondern diese auch in einer nachhaltigen Weise zu gestalten. Hierzu sieht man unter anderem die stärkere Einbindung globaler Finanzinstitutionen als ein Mittel der Kapitalmobilisierung an, um auch finanzschwächere Länder langfristig zu unterstützen.

---

<sup>19</sup> Bereits in Arbeiten Hajers zur Beschaffenheit des politischen Diskurses im Falle des „sauren Regens“ in Großbritannien fand dieses Narrativ Verwendung (vgl. Hajer 1995).

Darüber hinaus sieht man ein wesentliches Problem der aktuellen Wasserverhältnisse darin begründet, dass Wassereffizienz, -verschmutzung und -verschwendung aufgrund fehlender Technologie zurückzuführen sind, die durch die Implementierung neuer technologischer Innovationen sowohl im Wassersektor als auch in wasserbezogenen Sektoren gelöst werden kann. Eine solche Perspektive auf umweltpolitische Probleme lässt sich dabei unter dem bereits bestehenden Narrativ der ökologischen Modernisierung erfassen. In diesem Zusammenhang bedarf es angesichts ökologischer Krisen einer grundlegenden strukturellen Veränderung, die jedoch nicht zwangsläufig konventionelle Wirtschaftsmechanismen in Frage stellt. Vielmehr sieht man die Notwendigkeit darin, vorherrschende ökonomische Strukturen ökologischer zu gestalten, wodurch die Gefahr besteht diese voneinander zu entkoppeln (vgl. Espinosa et al. 2017: 62f). Der Diskurs innerhalb der Vertreter:innen dieser Perspektive basiert dabei auf der Argumentation, dass zum einen technologische Innovationen die Probleme der Ineffizienz lösen können. Zum anderen stellen Neustrukturierungen finanzieller Kapitalbeschaffung sowie die Implementierung marktorientierter und kostenoptimierender Mechanismen potenzielle Lösungsstrategien dar. Letztlich findet sich innerhalb dieses Diskurses die Annahme wieder, dass es zu einer Neuausrichtung der Rolle staatlicher Akteure kommen muss, die unter Beteiligung dezentralisierter und kooperativer Partnerschaften aus politischen und gesellschaftlichen Bereichen erreicht werden kann (ebd. 2017: 63).

Im Rahmen der UN-Wasserkonferenz ließ sich dieses Konzept unter anderem innerhalb der Schlussformulierungen der Generalversammlung wiederfinden: *“Valuing Water accurately is a precondition for achieving sustainable and inclusive development. Pricing water closer to its true value is therefore critical to radically improving the efficiency of water use and to achieving equity. Pricing and appropriately targeting subsidies for poor and vulnerable communities will help reduce social pressures. The broader evolution of multilateral financial institutions, especially the World Bank and multilateral development banks, can lead to improved mobilization of capital for water action and better long-term resilience support to Member States.”* (UN. General Assembly 2023: Kap. 6, Abs. A/208).

Diese diskursive Orientierung fundiert dabei bereits auf den Strategien der 1990er Jahre, entwickelt und gefördert unter anderem durch die Weltbank, dem OECD oder dem IWF (vgl. Espinosa et al. 2017: 63). Im Rahmen der UN-Wasserkonferenz werde diese Konzeption und Problemdefinition dabei nicht nur von verschiedenen Staaten, wie beispielsweise Niederlanden, Belize oder Ungarn, sondern auch von NGOs und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, wie beispielsweise dem „Water Footprint Network“ oder dem „Carbon Disclosure Project“ getragen.

Leisje Schreinemacher, Ministerin für Außenhandel und Entwicklung der Niederlande, formuliert den Schlüssel zur Lösung der globalen Wasserprobleme wie folgt: *„We share the firm belief that our economies are key to solving global water issues, and that we should do this in an inclusive, multi-sector and action orientated way. Transforming the way we value and manage water is critical. Water insecurity, too little water, too polluted and too unequally distributed water affects every continent and every country.“* (Schreinemacher 2023: 00:03:20). Mit der Bedeutungszuschreibung der globalen Wasserkrise als eine vorwiegend ökonomische Krise werde eine Intensivierung finanzieller Maßnahmen legitimiert, die, wie in Bezug auf Uwe Hoering, zur einer „Entökologisierung“ der Debatte führt (vgl. Hoering 2003: 97). Die Betonung technologischer und ökonomischer Maßnahmen der Schaffung finanzieller Anreize sowohl für den öffentlichen als auch den privaten Sektor haben im Vergleich zu institutionellen sowie Strategien des Ressourcenschutzes ein deutlich stärkeres Gewicht (ebd. 2003: 97). Darunter findet sich zudem der Begriff des sogenannten „Capacity Building“. Dieser Begriff beschreibt dabei den Aufbau von Kapazitäten im Rahmen ausländischer Projekte durch vorwiegend externe Geldgeber:innen. Ziel ist es, dabei den entsprechenden Ländern im Rahmen von Investitions- und Finanzierungshilfen eine sogenannte „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu gewährleisten, um beispielsweise lokale Projekte zu fördern oder institutionelle Rahmenbedingungen zu implementieren (vgl. United Nations 2024).

Carlos Fuller, Repräsentant des Staates Belize, äußert sich hierzu wie folgt: *„Technology, data and science must be at the center of our efforts at levels to achieve a sustainable and just water future. Therefore, we join the call for enhanced international cooperation and finance, capacity building and transfer of environmentally technologies to achieve the efficiency in water management.“* (Fuller 2023: 01:06:00). Der Ausbau und die Modernisierung des Wassersektors spiele damit eine essenzielle Rolle innerhalb der zukünftigen Wasserpolitik. Das Narrativ der ökologischen Modernisierung ist dabei eng mit den Vorstellungen einer nachhaltigen „Entwicklung“ verknüpft. Darin wird angenommen, dass die Transformation hin zu grünen Wirtschaftsweisen und nachhaltigen Technologien einer Umstrukturierung ausländischer Investitionen und externer Kapitalbeschaffung vorweggeht (vgl. Espinosa et al. 2017: 63).

Der Diskurs nahm bereits in der Vergangenheit einen wichtigen Stellenwert innerhalb der global-politischen Auseinandersetzungen nicht nur Kontext des Wasserdiskurses, sondern auch innerhalb anderer polit-ökologischer Debatten ein. Geltungs- und Legitimitätsanspruch erhielt er dabei aus den Reihen global agierender Akteur:innen, wie der Weltbank, dem GWP und der UN aber auch einflussreichen NGOs wie dem „World Resources Institute“. Von diesen entspringt eine stark neo-liberal geprägte Vorstellung umweltpolitischer Krisenverhältnisse (ebd.

2017: 63). Kennzeichnend für die Prozesse der ökologischen Modernisierung ist dabei oft das Fehlen entsprechend individuell und situativ ausgerichteter Investitionsprogramme, wie es beispielsweise an den Ansätzen des IWRM zu erkennen ist. Meist basieren diese auf den Kenntnissen der geldgebenden Industrieländer, wodurch es oft nur zu kurzfristigen und nicht nachhaltigen Problemlösungen kommt (vgl. Biswas 2004b: 251). Auch wenn es im Rahmen der UN-Wasserkonferenz zu dem Versuch gekommen ist, finanzielle Kapazitätserhöhungen zielorientierte auszurichten, bleibt es unklar, in welcher Art und Weise die Neuausrichtung strukturiert werden soll.

### 7.1.2 Economics of Water & Redirecting Finance

Seitens der Vertreter:innen einer vorwiegend ökonomischen Definition der globalen Wasserkrise wurden in besonderer Weise Begrifflichkeiten hervorgebracht, die die Maßnahmen der Neustrukturierung von Investitions- und Finanzierungsmechanismen im Interesse ökologischer Verhältnisse rechtfertigten. Hierbei fanden unter anderem Ideen, Konzepte und ein Policy-Vokabular Verwendung, die eine Neustrukturierung lokaler und globaler Wassermärkte forderten. Dr. Okonjo-Iweala, Direktor der WTO, betonte hierzu, dass die Implementierung einer „[...] *new economics of water must promote efficient use of water and encourage investments in water infrastructure.*“ (Okonjo-Iweala 2023: 00:20:30). Der Begriff der “new economics of water” kann dabei nicht nur in retrospektive, sondern auch im Kontext der UN-Wasserkonferenz als ein charakteristisches und zentrales Merkmal der Argumentation der Akteur:innen verstanden werden, die sich unter der Storyline der Ökonomisierung der Ressource Wasser zusammenschließen. So erhob man bereits im Jahr 2003 im Rahmen des „Camdessus Report“ das Problem der Unterfinanzierung des Wassersektors. Darin wurde unter anderem vermerkt, dass zur Erreichung des SDG 6 eine Verdreifachung der Finanzierungs- und Investitionsmaßnahmen bis zum Jahr 2030 stattfinden muss (vgl. GCEW 2023a: 49). Darüber hinaus wurde im Zuge dessen festgehalten, dass nicht nur die Höhe der Finanzierungsmaßnahmen, sondern auch die strukturelle Ausrichtung dieser entscheidend für die Etablierung eines marktorientierten Wassersektors ist (ebd. 2023a: 49). Als auffällig stellt sich dabei der Widerspruch heraus, dass die meisten Vertreter:innen dieses Diskurses die Unzulänglichkeit und Anfälligkeit eines marktbasiereten Wassersektors anerkennen, jedoch im gleichen Zuge die Steuerung durch Finanzinstitutionen hervorheben. Dr. Mariana Mazzucato, Professorin für Ökonomie und Innovation an der College Universität in London, kritisiert hierzu die bisherige Ausrichtung marktbasierter Ansätze und fordert im Zuge dessen eine Transformation bestehender Mechanismen: „*So part of what we´re trying to do in this kind of radical agenda, this call to action, is to really rethink*

*about the new economic thinking, the new economic practice that can actually properly treat water as a common good.*“ (Mazzucato 2023: 00:14:00). Zwar findet hier der Begriff des „Common Good“ bereits Verwendung, wie es im Rahmen der zweiten Storyline genauer erläutert wird, jedoch richtet dieser sich in diesem Fall an die Schaffung neuer Rahmenbedingungen eines globalen Wassermarktes und der Einbettung der Ressource Wasser als ein handelbares Gut.

Weiter führt Dr. Mazzucato aus, dass die strukturelle Neugestaltung „[...] *has to be accompanied by active market shaping and co-creating a very, very different type of economy, one that leads to an inclusive and sustainable growth and not the kind of growth that we’ve experienced [...]*“ (Mazzucato 2023: 00:14:30). Obwohl die bestehenden und traditionellen Mechanismen der Finanzierung und Kreditvergabe kritisiert werden, bleibt offen, wie Maßnahmen der Regulation und Steuerung in einem neu ausgerichteten System nicht anhand ökonomischer Interessen umgesetzt werden können. Als mögliche argumentative Grundlage dieser Perspektive kann angeführt werden, dass die Implementierung eines neu ausgerichteten Wassermarktes unter bestimmten strukturellen und institutionellen Bedingungen zu einer verbesserten und effizienteren Verwaltung von Wasserressourcen gerade in Zeiten der Wasserknappheit führt. Hierzu muss der Wassermarkt zum einen durch starke Institutionen reguliert und überwacht werden, um Risiken der ungleichen und ungerechte Zuteilung abzumildern.

Zum anderen muss der Handel mit Wasserrechten und -verfügbarkeiten an den hydrologischen Wasserkreislauf angepasst werden (ebd. 2023a: 48f). Cate Lamb, Direktorin für Wassersicherheit der NGO „Carbon Disclosure Project“, unterstrich die Notwendigkeit, dass die Handlungen der beteiligten Finanzakteur:innen so ausgerichtet werden müssen, dass sie im Sinne einer nachhaltigen Wasserwirtschaft agieren: „*We need to ensure that at any time a dollar is provided to a company or another institution, that there is an element of water related due diligence, the those processes that help that financial institution understand the potential real impacts of that decision, and so that they can best be placed to manage those.*“ (Lamb 2023: 00:27:00).

Formale und quantitative Wassermärkte, die sich an der Nachfrage orientieren und durch Intermediäre oder Finanzakteur:innen gesteuert werden, sollen einerseits die Schwankungen von Wasserpreisen auszugleichen. Andererseits könnten solche Märkte entsprechende Anreize für Organisationen und Menschen zu schaffen, um flexibel und situativ auf wachsende Zustände von Wasserknappheit zu reagieren (ebd. 2023a: 48f).

Ob es im Zuge einer strukturellen Veränderung finanzieller Institutionen und Bewertungsmechanismen tatsächlich dazu kommt, dass Verhältnisse der Wasserknappheit verhindert werden können stellt sich jedoch in Anbetracht der Besonderheit der Ressource Wasser als ein natürliches Monopol als unwahrscheinlich dar (vgl. Swyngedouw 2009: 110f). Zwar lasse sich aus den Aussagen der Akteur:innen nicht konkret herausarbeiten, welche regulativen Mechanismen für eine effizientere und gerechtere Wasserverwaltung und -verteilung eingesetzt werden sollen, die Mehrheit der Vertreter:innen waren sich jedoch dahingehend einig, dass die Schaffung neuen Kapitals zur Steigerung von Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen, durch die Ausweitung öffentlicher und privater Beteiligung generiert werden soll. Ziel ist darin die Schaffung kostengünstiger und wassereffizienter Prozesse nicht nur in der direkten Wasserverwaltung und -versorgung, sondern auch in anderen ökonomischen Bereichen. *„Public and private finance must be coordinated to lower the cost of capital for investments in the developing world. All sectoral investments strategies must be water-smarter, while circular solutions – especially those related to energy – must be hacked by strategic environmental assessments and lower water footprints. Water resource efficiency and reuse should become the norm for all economic sectors.“* (UN. General Assembly 2023: Kap. 6, Abs. A/ 209).

Damit schließe man sich erneut der Vorstellung an, dass durch die Einbettung des privaten Sektors neue, kostendeckende Investitions- und Kreditvergabemechanismen zur Lösung lokaler und globaler Wasserungleichheit und -armut geschaffen werden können (vgl. Swyngedouw 2009: 110). Ziel ist es somit Wasserinfrastrukturprojekte oder lokalen und globalen Wasserversorgungssystemen kostendeckend durch die Beteiligung externer Akteur:innen zu finanzieren. Dabei unterliegen sowohl öffentliche als auch private Projekte den Mechanismen der Rentabilität, wodurch langfristig auch die Nutzer:innen, durch entsprechende Wasserpreise oder Verträge mit einbezogen werden. Die politische Herausforderung besteht somit darin die Konsument:innen gleichermaßen zu entlasten und zu subventionieren (ebd. 2009: 117f).

Denn mit der eingehenden Forderung internationaler Organisationen, wie der UN oder anderen global agierenden NGOs, nationale und internationale Regulationsmechanismen in Kombination mit Investitionen aus der Privatwirtschaft zu implementieren, laufe man Gefahr, die Kontroll- und Einflussmöglichkeiten erneut in die Hände globaler Finanzinstitutionen zu legen und somit lokale Gemeinschaften zu exkludieren (ebd. 2009: 111ff). Ein Mittel zur Erreichung neuer Investitionsanreize stellt dabei die Enteignung von entsprechenden Wasserressourcen bzw. -dienstleistungen dar (vgl. Harvey 2005: 143).

### 7.1.3 Technologische Innovationen

Ein weiterer wesentlicher Aspekt, welcher seitens ökonomisch und marktorientierter Argumentation hervorgebracht wurde, ist die Förderung und Implementierung von Technologie und innovativen Prozessen in Bezug auf Schutzmaßnahmen bestehender Wasserressourcen sowie der Wasseraufbereitung. Als eine der Ursachen des fehlenden Zugangs zu sicheren und sauberen Wasserressourcen werde das Problem der unzureichenden technologischen Mechanismen definiert, dass nicht nur dazu führe, dass es zu Wassereffizienz bzw. -verschwendung kommt, sondern auch die temporäre Wasserkrise nicht rechtzeitig genug kompensiert werden können. Als Lösungsstrategien nannte man hierzu vor allem die Errichtung von Frühwarnsystemen, die Ausweitung eines globalen Wasserinformationsnetzwerkes in Bezug eines besseren transnationalen Austausches sowie die Intensivierung lokaler und globaler Wasserdaten, als entscheidende „game changer“ (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. 6, Abs. A/202-207).

So machte unter anderem der Repräsentant des Staates Zypern, Andreas Hadjichrysanthou, in der fünften Plenarsitzung deutlich, dass die Lösung der Wasserkrise nicht nur in der Generierung finanzieller Ressourcen liegt, sondern auch darin, Innovation und Technologie insbesondere in Regionen der Wasserknappheit zu fördern: *„The need to secure the necessary financial resources for the implementation of Sustainable Development Goals is urgent. Innovation and Technology is also critical to ensure a water balance in drought affected regions. It is necessary to adopt more effective and climate resilient water and sanitation management solutions.“* (Hadjichrysanthou 2023: 01:00:00).

Zudem betonte man in den ersten drei interaktiven Dialogen die Wichtigkeit technologischer Initiativen, dem Transfer von Wissen sowie dem Ausbau von Kapazitäten als Teil der Erweiterung und Neuausrichtung ökonomischer sowie grenzüberschreitender Kooperationen und Abkommen (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. 4, Abs. B/ 115/120/121). Dabei teilten die Vertreter:innen die grundlegende Überzeugung, dass, wie auch bereits im vorherigen Punkt erläutert, der Einsatz neuer Technologien von neuausgerichteten finanziellen und polit-ökologischen Rahmenbedingungen abhängig ist. Innovative und neue technologische Prozesse und Entwicklungen besitzen dabei durchwegs das Potenzial, Mechanismen der Wasseraufbereitung, -gewinnung und -verteilung zu verbessern und somit einen wichtigen und positiven Beitrag zur Lösung der globalen Wasserkrise zu leisten (vgl. Swyngedouw 2008: 35f).

Als eine mögliche innovative Technologie nicht nur zur Reduktion des bisherigen Wasserverbrauchs, sondern auch zur Gewinnung und Verbesserung von Verhältnissen der Wasserknappheit nannte man die Förderung von Wasserentsalzungsanlagen (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. 6, Abs. B/243).

So stellt der Prozess der Meerwasserentsalzung bereits heute ein wichtiges Instrument zur Gewinnung von Trinkwasser dar. In mehr als 177 Ländern werden dadurch rund 95 Milliarden Liter Trinkwasser pro Tag hergestellt (vgl. Barghom 2020). Jedoch haben diese Prozesse auch weitreichende ökologische Auswirkungen. Dabei wird der Großteil der benötigten Energie aus fossilen Brennstoffen gewonnen. Zudem erzeugen die Prozesse der Entsalzung erhebliche Mengen an Abwasser – etwa anderthalbmal so viel wie das daraus gewonnene Trinkwasser. Dieses extrem salzhaltige Wasser wird aufgrund von Kostengründen größtenteils zurück ins Meer geleitet, was die lokalen Ökosysteme stark belastet (ebd. 2020). Obwohl die Verfahren der Meerwasserentsalzung mit hohen Kosten verbunden sind, sehen Expert:innen darin ein enormes wirtschaftliches Potenzial (vgl. Jones et al. 2019: 1354f).

Mit der Schaffung wirtschaftlicher Anreize für die Entwicklung grüner Technologien zur effizienteren Wasserbewirtschaftung und -verteilung werde auf ein etabliertes Konzept in umweltpolitischer Debatten zurückgegriffen (vgl. Espinosa et al. 2017: 63f). Die Forderung nach technologischen Lösungen zur Bearbeitung der globalen Wasserkrise ist nicht nur ein integraler Bestandteil des Narrativs der ökologischen Modernisierung (vgl. Hajer 1995: 35f), sondern auch der „nachhaltigen Entwicklung“ (vgl. Espinosa et al. 2017: 63f).

Legitimiert wird diese Annahme weiterhin durch die Argumentation, dass sowohl Armut- und Ungleichheitsverhältnisse als auch Verhältnisse der Ressourcenknappheit durch die Ökologisierung der Wirtschaft gleichermaßen bearbeitet werden können (ebd. 2017: 64f). Das Narrativ der ökologischen Modernisierung hätte zur Folge, dass eine solche Transformation eine *Win-Win-Situation* für Ökologie und Ökonomie darstellt, worin die Neuausrichtung der bisherigen extraktiven Mechanismen des Kapitalismus im Sinne der Nachhaltigkeit und Ökologie handelt (vgl. Brand/Wissen 2017: 148f).

Saroj Kumar Jha, Direktor für „Water Global Practice“ der Weltbank, unterstreicht hierzu die essenzielle Bedeutung der Ressource Wasser als ein Treiber für wirtschaftliches Wachstum, der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie einer nachhaltigen Entwicklung (Jha 2023: 00:43:30). Entscheidendes Kriterium für die Implementierung neuartiger Technologien im Wassersektor ist der Auf- und Ausbau starker institutioneller Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen müssen sicherstellen, dass traditionelle Wasserbewirtschaftungsformen nicht verdrängt und lokale Gemeinschaften nicht von technologischen Neuerungen exkludiert werden. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die Einführung neuer Prozesse und Lösungsansätze umweltfreundlich sind und nicht auf Kosten anderer umweltschädlicher Auswirkungen erfolgt (vgl. Swyngedouw 2008: 35f).

## 7.2 Storyline 2: Die Ressource Wasser als ein „Global Common Good“

*„We are water interdependent and we are in trouble. So if we do not act now, if we do not consider the water cycle as a common good and we govern the water accordingly, we will not be able to curve the water crisis.“* (Espinosa 2023: 00:12:30).

Die zweite zentrale Storyline, die durch verschiedene Akteur:innen vertreten wurde, beschreibt die Anerkennung und Konzeption der Ressource Wasser als ein „Global Common Good“ beziehungsweise ein globales Gemeingut. Darin sieht man vor allem in der Förderung demokratischer und inklusiver Regierungsführung (Global Governance) sowie menschenrechts- und naturbasierter Lösungsansätze die Möglichkeit, den Zugang und die Verfügbarkeit für alle Menschen gleichermaßen sicherzustellen (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. 4, Abs. A/65). Vertreter:innen dieser Storyline argumentieren, dass die Ressource Wasser nicht als eine Kommodität im wirtschaftlichen Sinne, sondern als ein globales, gemeinschaftliches Gut definiert werden muss. Ein solches Gut steht jedem Individuum und jedem Kollektiv gleichermaßen zu und müsse durch Mechanismen guter Regierungsführung vor negativen externen Einflüssen geschützt werden (ebd. 2023: Kap. 4, Abs. E/162).

### 7.2.1 Konzeption & Problemdefinition

Die Forderung nach der Bewertung der Ressource Wasser als ein „Global Common Good“ basiert auf dem gleichnamigen Konzept der sogenannten „Global Commons“ oder auch der „globalen Gemeingüter“ (vgl. Cernison 2019: 76f). Dieses Konzept stellt sich dabei gegen die Mechanismen der Privatisierung, Kommodifizierung und Finanzialisierung von Ressourcen als ein wirtschaftliches Gut und betont die Durchsetzung und Stärkung des MRaW anhand demokratischer und emanzipatorischer sowie gemeinschaftsbasierter Strukturen und Entscheidungsprozesse. Der Diskurs über die „Commons“ formierte sich vor etwa 20 Jahren als Gegenbewegung zu den neo-liberal geprägten Wirtschaftsmechanismen multilateraler Organisationen wie der Weltbank oder dem Weltwasserrat (ebd. 2019: 74ff). Die durch die einflussreichen internationalen Organisationen sowie Konferenzen (ICWE in Dublin oder das Weltwasserforum) etablierten ökonomischen Lösungsansätze sorgten bzw. sorgen für eine (Re-)Produktion ungleicher Abhängigkeitsverhältnisse sowie hegemonialer Strukturen innerhalb der globalen Wasserpolitik (ebd. 2019: 81). Die Einhegung von Commons oder Allgemeingüter kann im Kontext der globalen Wasserkrise (in Anlehnung an David Harvey) als ein Mechanismus neo-imperialer Strukturen verstanden werden, wodurch versucht wird Armut- und Ungleichheitsverhältnisse mittels marktorientierter Ansätze zu lösen (vgl. Harvey 2005: 147).

Das Modell der Global Commons beruht auf der Konzeption, dass die Einhegung von globalen Gemeingütern, wie auch der Ressource Wasser, in liberale Marktstrukturen (Kommodifizierung, Privatisierung und Finanzialisierung) zu Ungleichheitsverhältnissen in Bezug auf die Verfügbarkeit, den Zugang sowie die Bezahlbarkeit von Ressourcen führt (vgl. Cernison 2019: 76f). Dabei ist das Konzept der Commons zum einen eng mit der Transformation nationaler und supra-nationaler Strukturen im Rahmen globaler Governance-Strukturen verbunden. Ziel dessen ist es, durch internationale Kooperationen wie beispielsweise der Stärkung der Water-Convention, dass die Mechanismen ökonomischer Inwertsetzung der Natur nicht nur auf lokaler, sondern auch auf globaler Ebene verhindert werden (vgl. Cernison 2019: 78). Tharman Shanmugaratnam, Senior Minister in Singapore, betonte im Zuge dessen, dass die Etablierung von Wasser als ein globales Gemeingut nicht durch globale Interventionen, sondern durch entsprechende transnationale Kooperationen erreicht werden kann: „*The second basic idea that or misapprehension that we have to move beyond, is the idea that the global common good [...] is somehow at odds with national priorities and national development strategies. What is the global common good and how do we go about it? The global common good will be achieved not through global intervention, but through global cooperation around local action.*“ (Shanmugaratnam 2023: 00:29:30).

Zum anderen ist der sogenannte „Human Rights-Based Approach“ (HRBA) ein integraler Bestandteil der Argumentation der Akteur:innen, die sich verstärkt für die Integration der bestehenden Menschenrechte im Wassersektor in nationales und internationales Recht einsetzen, um die globale Wasserkrise zu bewältigen. Die Vertreter:innen dieser Storyline sehen somit das Problem der globalen Wasserkrise einerseits darin begründet, dass die Ressource Wasser nicht als ein naturgegebenes und somit uneingeschränktes Gut im Sinne des MRaW und der darin festgehalten Grundrechte zur Verfügung steht. Sowohl fehlende nationale als auch transnationale Strukturen hindern hierzu die Implementierung von Maßnahmen zur Stärkung lokaler und emanzipatorischer Lösungsstrategien. Andererseits führt eine einseitige ökonomische Herangehensweise dazu, dass Verhältnisse der Wasserknappheit bzw. des ungleichen und unsicheren Zugangs zu Wasserversorgung die Faktoren politischer, sozialer und ökologischer Herkunft ignoriert (vgl. Cernison 2019: 81ff). Der Konflikt, mit dem die Vertreter:innen dieses Konzeptes konfrontiert sind, basiert nicht nur auf der grundlegenden Debatte einer nachhaltigen Wasserpolitik, sondern auch auf den strukturellen Gegebenheiten innerhalb des globalen Wasser-netzwerkes. Die hohe Anzahl an globalen sowie lokalen Akteur:innen führt zu einer starken Zersplitterung der Interessen (vgl. Quilligan 2014: 104f).

Darüber hinaus stand bzw. steht die Ressource stets im Zwiespalt, ob diese in den Verantwortungsbereich nationaler oder internationaler Institutionen und Strukturen fällt. Dies liegt darin begründet, dass bestimmte Wasserressourcen in vielen Fällen mehrere Länder gleichzeitig beeinflussen (vgl. Quilligan 2014: 104f).

### 7.2.2 Human Rights-Based Approach

*“Following on from our work here this week, we, the Member States of the UN, must use the impetus from this conference to accelerate the measures necessary in order to remove remaining roadblocks to delivering in SDG 6 and to support the Water Action Decade from now till 2030. And taking these actions, Ireland emphasizes and reinforces the need to take a human-rights-based approach to water management.”* (Mythen 2023: 02:33:00).

Fergal Mythen, Repräsentant Irlands, hob im Rahmen der fünften Plenarsitzung die Wichtigkeit hervor, dass es im Zuge der Erreichung des SGD 6 sowie der „Water Action Agenda“, zu einer Berücksichtigung eines menschenrechtsbasierten Ansatzes kommen muss. Der HRBA<sup>20</sup> dient als ein Rahmenwerk, welches die Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse anhand internationaler (Menschen-)Rechte durchzusetzen versucht. Dieser könne somit als ein direktes Instrument zur Stärkung und Durchsetzung der Menschenrechte gesehen werden (vgl. TREMBLAY 2011: 316). Als Grundlage hierfür dienen, wie in 3.1.1 bereits erwähnt, der im Jahr 2002 verfasste „General Comment No. 15“ sowie vor allem das im Jahr 2010 verabschiedete „Menschenrecht aus Wasser und Sanitärversorgung“ (vgl. Baer/Gerlak 2015: 1529f).

Darüber hinaus kommt man mit dem HRBA dem Versuch nach, den Akteur:innen einen methodischen Ansatz zur praktischen Umsetzung lokaler und globaler Zielsetzungen zur Verfügung zu stellen. Der HRBA wird im Wassersektor als eine entscheidende Möglichkeit erachtet, nicht nur den grundlegenden Wasserbedarf verpflichtend zu gewährleisten, sondern auch den Menschen, die von Wasserknappheit bzw. -mangel betroffen sind, eine entsprechende Plattform zur Verteidigung ihrer Rechte bereitzustellen (vgl. TREMBLAY 2011: 318).

Im Vergleich zu den Vertreter:innen der ersten Storyline stellt man somit das MRaW und der darin festgelegten Individualrechte in das Zentrum der Debatte. Darin müsse ungeachtet der sozialen sowie wirtschaftlichen Verhältnisse der sichere Zugang zu Wasser in ausreichender Qualität und Quantität gewährleistet werden (vgl. Rudolf 2008: 26ff).

---

<sup>20</sup> Der „Human Rights-Based Approach“ ist ein konzeptueller Rahmen in der Entwicklungszusammenarbeit, der sich auf die internationalen Menschenrechtsstandards stützt und den Fokus darauf richtet, Ungleichheitsverhältnisse, diskriminierende Praktiken und ungleiche Machtverhältnisse aufzudecken und zu bekämpfen (vgl. UN-FPA 2024).

Wie im Sinne des MRaW, so betonen auch die Akteur:innen vor allem die Bedeutung der Inklusion und Beteiligung indigener Bevölkerungsgruppen sowohl im Kontext von Entscheidungsprozessen als auch im Sinne der Anerkennung traditionellen Wissens zu nachhaltiger Wasserwirtschaft. Carolyn Schwalger, Repräsentantin des Staates Neuseeland beruft sich hierzu auf die entscheidende Rolle traditionellen Wissens zum Schutz von Wasserressourcen: *„Traditional knowledge embodies a wealth of wisdom and experience of nature gained over generations, and offers valuable insights into access and protection of water resources.“* (Schwalger 2023: 01:26:00). Im Vergleich zu den Vertreter:innen, die die globale Wasserkrise primär als eine ökonomische sowie finanzielle Krise beschrieben, verwiesen die Akteur:innen dieser Storyline darauf, dass eine langfristige Lösung der Wasserverhältnisse nur durch die Ausweitung und Stärkung rechtlicher Grundlagen erreicht werden kann. Trotz jahrzehntelanger Finanzierungs- und Investitionsausgaben haben nach wie vor mehr als zwei Millionen Menschen keinen gesicherten Zugang zu sauberer und ausreichender Wasserversorgung (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. 6, Abs. A/230). Die institutionellen Strukturen, die innerhalb der lokalen sowie globalen Wasserpolitik vorherrschen, müssen somit in erster Linie dahingehend ausgerichtet werden, dass die sozio-ökologischen Auswirkungen Priorität gegenüber den ökonomischen Chancen der Profitgewinnung haben. Diese Transformation stellt jedoch in Anbetracht der derzeitigen Handel- und Investitionsabkommen, die zu einem großen Teil die Interessen des Globalen Nordens bevorzugen, die größte Herausforderung in der Durchsetzung eines menschenrechtsbasierten Ansatzes dar (vgl. Kaleck/Saage-Maaß 2016: 56). Die Teilhabe einflussreicher Interessenvertreter:innen, wie der Weltbank oder anderer internationalen Finanzinstitutionen, die durch ökonomisch ausgerichtete Verträge und Abkommen die bisherigen Strategien zur Lösung der globalen Wasserkrise forcieren, konkurrieren bisweilen mit der Durchsetzung sozialer und ökologischer Wasserrechte und -systemen (vgl. Harvey 2005: 150f). Cate Lamb, Direktorin für Wassersicherheit der NGO „Carbon Disclosure Project“, unterstreicht in Bezug dessen negativen Auswirkungen des machtvollen Banken- und Finanzsektors:

*“The banking sector alone is more powerful and larger than it has ever been before. And what we know at the moment is that the vast majority of those dollars do not value water. They are being directed towards activities that are polluting our rivers, that are putting tailings dams at the heads of free flowing rivers [...] that are actively undermining the human right to water [...] because they're polluting or extracting fresh water resources beyond those communities and beyond the capacity of those communities and ecosystems to cope with.”*

(Lamb 2023: 00:26:10).

Trotzdem wird die UN-Wasserkonferenz in New York als ein wesentliches Momentum zur Erweiterung und Stärkung eines menschenrechtsbasierten Ansatzes erachtet, das den grundlegenden Gedanken neo-liberal geprägter Herangehensweise verändern kann. Die Stärkung sowohl regulatoriver Mechanismen als auch der bereits vorherrschenden Abkommen spielen eine entscheidende Rolle in der Positionierung gegen die Herangehensweisen privat- bzw. markt-orientierter Akteur:innen (vgl. Baer/Gerlak 2015: 1529f).

### 7.2.3 Global & Inclusive Water Governance

Der Diskurs eines HRBA schließt mitunter die Debatte einer globalen und inklusiven Governance mit ein. Die Stärkung und Förderung globaler Strukturen der Governance bietet hierbei einen wesentlichen Gegendiskurs zu den neo-liberal geprägten Ansätzen und eines stärkeren Einbezug privater Akteur:innen lokaler und globaler Wasserversorgung. Darin sieht man vor allem durch die Reduzierung der Einflussnahme des Staates bei gleichzeitiger Einflussgewinnung kapitalorientierter Akteur:innen die Gefahr der (Re-)Produktion von Macht- und Einflussverhältnissen (vgl. Espinosa et al. 2017: 71ff). Hierzu betont Andreas Hadjichrysanthou, Repräsentant des Staates Zypern, die Wichtigkeit eines globalen Ansatzes, der vor allem auf Basis des MRaW beruht: *„In addition, we are at a critical junction since the world is increasingly affected by climate change and a growing population. The key challenges need to be addressed at a global level. A more inclusive and comprehensive water governance is needed with a strong focus on human rights.“* (Hadjichrysanthou 2023: 00:56:00). Im Zentrum des Diskurses einer globalen Regierungsführung und der Stärkung der Zivilgesellschaft steht das Argument, dass die Vielschichtigkeit und Komplexität der globalen Wasserkrise nicht allein durch neuausgerichtete finanzielle sowie technologische Strukturen, sondern maßgeblich durch den Einbezug lokaler Gemeinschaften und sogenannte „bottom-up“ Initiativen bearbeitet werden können bzw. müssen (vgl. Espinosa et al. 2017: 71).

Die Vertreter:innen des Ansatzes der globalen Governance stehen marktbasierter Herangehensweisen kritisch gegenüber, da diese, durch die Implementierung externer Mechanismen, ungleiche Machtasymmetrien zwischen den privatwirtschaftlichen Akteur:innen und den lokalen Bevölkerungsgruppen produzieren und reproduzieren. Emanzipatorische Entscheidungsstrukturen, der Einbezug lokalen Wissens, alternative Wertesysteme sowie effektiverer umweltpolitische Maßnahmen mittels multilateraler Beteiligungen sollen zur Mitigation und Verbesserung lokaler und globaler Wasserverhältnisse beitragen (ebd. 2017: 71f).

Der Ansatz der „Global Governance“ fand dabei bereits auf der UN-Wasserkonferenz 1977 in Mar del Plata erstmalig Einzug in die Debatte internationaler Wasserpolitik. Darin erkannte man an, dass eine Verbesserung der ökonomischen und sozialen Bedingungen nur durch die geordnete Verwaltung von Wasserressourcen möglich ist. Hierzu müssten institutionelle Strukturen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene ausgebaut und gestärkt werden (vgl. Mar del Plata Action Plan 1977: Kap. 1). Aufgegriffen wurde diese Perspektive seither von vielen unterschiedlichen supra-nationalen Organisationen und Institutionen, wie beispielsweise der OECD, der Weltbank oder dem Entwicklungsprogramm der UN (UNDP) (vgl. Hill 2013: 22). Ziel ist es, universelle Rahmenbedingungen bereitzustellen, die die Beteiligung öffentlicher bzw. privater Akteur:innen, der Zivilgesellschaft sowie regionaler und nationaler Regierungen koordinieren und die Wechselbeziehungen zwischen den jeweiligen Gesellschaften und den vorherrschenden Wasserressourcen definieren (ebd. 2013: 23). Die Durchsetzung eines universellen Rahmenwerks auf lokaler und globaler Ebene birgt dabei, unter der Berücksichtigung des MRaW, durchaus bekannte Herausforderungen. Der Anspruch eines universellen Konzepts zur Bearbeitung der globalen Wasserkrise, wie es beispielsweise im Rahmen des IWRM gefordert wird, führt zu dem Problem, lokale und traditionelle Formen der Wasserversorgung und -verwaltung auszublenden und zu vernachlässigen. Dahingehend stellt sich die Frage, inwiefern sichergestellt werden kann, dass die Umsetzung von globalen Governance-Strukturen bzw. Strategien auch im Interesse lokaler Gemeinschaften stattfindet (vgl. Woodhouse/Muller 2017: 237). Dies soll, nach den Aussagen der Vertreter:innen, unter anderem durch eine sektorübergreifende Veränderung institutioneller Strukturen erreicht werden: *„We support the need to urgently strengthen the governance of water at all levels as a foundation stone on building enhanced and effective action to water. An inclusive approach is a foundation for peace, security, conflict prevention, and stability.“* (Mythen 2023: 02:34:00). Mit der Betonung inklusiver und starker institutioneller Governance-Strukturen wurde zudem auf ein Thema zurückgegriffen, dass vor allen im Rahmen der interaktiven Dialoge als ein zentraler Bestandteil formuliert wurde.

Zwar handelt es sich bei der Wasserkrise um eine globale Krise, die Auswirkungen sind jedoch lokal nicht nur äußerst unterschiedlich, sondern betreffen auch bestimmte Menschen bzw. Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark (vgl. Dobner 2010: 36). So wurde einerseits verdeutlicht, dass die bereits bestehenden Strategien umfassender an die Bedürfnisse marginalisierter und diskriminierter Bevölkerungsgruppen angepasst werden müssen (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. 6, Abs. B/231).

Auf der anderen Seite betonte man die Notwendigkeit einer fortlaufenden Integration bereits bestehender Abkommen bzw. Maßnahmen, wie beispielsweise des SDG 6 im Rahmen der Agenda 2030, um nationale und internationale Akteur:innen verstärkt in die Pflicht zu nehmen: *„The global water crisis, thus, has major implications not only on sustainable development, but also on the respect for human rights as well as peace and security. We remain strongly committed to the implementation of the 2030 agenda and attach high importance to resolutions adopted by this Assembly and the Human Rights Council most recently on the clean, Healthy and Sustainable Environment as a Human Right on Water Action.“* (Wenaweser 2023: 01:08:30).

Die Vertreter:innen dieser Storyline verdeutlichen somit die Notwendigkeit der Förderung integrativer und institutioneller Rahmenbedingungen auf Grundlage globaler Governance-Strukturen. Wie aus der bisherigen Analyse zu erkennen ist, artikulierten die beteiligten Akteur:innen ihre Interessen, Vorstellungen und Strategien zur Bearbeitung der globalen Wasserkrise auf unterschiedliche Art und Weise. Dabei formierten sich, wie in Anlehnung an Hajer herausgearbeitet, auch im Rahmen der UN-Wasserkonferenz in New York bestimmte Diskurskoalitionen, die mittels gleicher bzw. ähnlicher Storylines, ihre spezifischen Problemdefinitionen artikulierten und dadurch versuchten, ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen (vgl. Hajer 1993: 47). Somit ist der Diskurs um eine nachhaltige Transformation des Wassersektors zur Erreichung der Ziele innerhalb der Agenda 2030 sowie des SDG 6 von zwei sich zum Teil unterscheidenden Vorstellungen geprägt. Zum einen bedienten sich die Akteur:innen dem Narrativ der ökologischen Modernisierung und der Neuausrichtung internationaler Investitions- und Kreditvergabemechanismen. Diese Definition der globalen Wasserkrise als eine mehrheitlich ökonomische Krise stellt dabei kein Novum in der internationalen Wasserpolitik dar. Wie aus der eingangs vorgestellten theoretischen Herangehensweise sowie dem Kontextwissen bereits hervorgegangen ist, erkannte man bereits in den 1990er Jahren an, dass die Ursache der globalen Wasserkrise auf eine fehlende ökonomischen Bewertung sowie einer ineffizienten Bewirtschaftung der Ressource Wasser zurückzuführen sei (vgl. Hoering 2003: 96f). So etablierte und institutionalisierte sich dieser Diskurs, wie in Kapitel 7.3.1 genauer beschrieben, schon früh in den internationalen Agenden und wurde durch einflussreiche Akteur:innen gestützt (vgl. Espinosa et al. 2017: 63). Zum anderen artikulierten die Beteiligten die Förderung eines menschenrechtsbasierten Ansatzes und der Ausweitung lokaler und globaler Governance-Strukturen. Darin betonte man vor allem die Ausweitung und Implementierung starker institutioneller Rahmenbedingungen, die einerseits dazu beitragen marginalisierte und besonders stark betroffene Bevölkerungsgruppen zu adressieren bzw. zu inkludieren (vgl. Barlow 2014: 201f).

Auf der anderen Seite müsse Wasser als eine Ressource anerkannt werden, die durch ein starkes Wechselverhältnis sozialer und ökologischer Faktoren geprägt ist und somit nicht allein durch Prozesse der Inwertsetzung bzw. Ausweitung lokaler und globaler Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen nachhaltig bewirtschaftet und gerecht verteilt werden kann (vgl. Barlow 2014: 201f).

Um zu ermitteln, ob bzw. inwieweit die von den jeweiligen Akteur:innen getragenen Diskurse dazu beigetragen haben, die institutionellen Strukturen innerhalb der globalen Wasserpolitik in Richtung eines verstärkten Menschenrechtsschutzes zu transformieren oder sie dazu geführt haben, das vorherrschende Paradigma einer ökonomisch orientierten Wasserpolitik zu reproduzieren, fokussiert sich die Analyse nun auf die Prozesse der Diskursinstitutionalisierung.

### 7.3 Die Institutionalisierung des Wasserdiskurses

Mit dem letzten Analyseschritt werden nun die Prozesse der Diskursinstitutionalisierung dargestellt. Dieser Schritt ist dabei eng mit der Herausarbeitung der vorherrschenden Diskursstrukturen sowie Storylines verbunden. So formieren sich die beteiligten Akteur:innen innerhalb einer politischen Debatte nicht nur deshalb mittels gemeinsamer Storylines zu spezifischen Diskurskoalitionen, um neue transformative Vorstellungen zu etablieren, sondern auch um einen bestehenden und dominanten Diskurs zu reproduzieren und zu legitimieren (vgl. Hajer 1993: 47). Im Rahmen der UN-Wasserkonferenz wird dabei deutlich, dass die Akteur:innen mittels von ihnen vertretenen Storylines auf bereits existierende Ansätze und Strategien vergangener Wasserpolitik zurückgreifen<sup>21</sup>. Dies ist angesichts der schon weit fortgeschrittenen Institutionalisierung der globalen Wasserpolitik, wie in den Kapiteln zu 4.2 beschrieben, zwar nicht überraschend, aber dennoch von Bedeutung. So tragen dominante Storylines und Diskurskoalitionen nicht nur dazu bei, neue institutionelle und politische Strukturen zu etablieren, sondern auch vorherrschende zu verfestigen. Zum Ausdruck kommt die Dominanz einer bestimmten Storyline letztlich in Form sprachlicher (Ökologische Modernisierung vs. Globales Gemeingut) als auch nicht-sprachlicher (IWRM vs. HRBA) Mechanismen (vgl. Kurze 2018: 117f).

---

<sup>21</sup> Anzumerken ist hierzu, dass es sich mit der UN-Wasserkonferenz um eine Form der Halbzeitbewertung der im Jahr 2018 ins Leben gerufenen „Water Action Decade“ (Agenda 2030), der nationalen und internationalen Verpflichtungen im Kontext des MRaW sowie der Evaluation der Zielsetzungen im Rahmen des SDG 6, handelte (vgl. Hoyer 2023).

Greift man auf die Diskursstrukturen der Debatten im Rahmen der UN-Wasserkonferenz zurück, so spielt seitens der Vertreter:innen einer vorwiegend ökonomischen Perspektive auf die globale Wasserkrise vor allem das Konzept des IWRM eine wesentliche Rolle zur Bearbeitung lokaler und globaler Wasserverhältnisse. Auf der anderen Seite stützen sich die Vertreter:innen der zweiten Storyline auf die Ausweitung des MRaW sowie eines HRBA, welche mithilfe nationaler Gesetzgebungen und internationalen Abkommen gestärkt werden sollen. In den folgenden Punkten soll nun zum einen herausgearbeitet werden, ob der Rückgriff auf die etablierten Ansätze des IWRM dazu beitragen kann, die globale Wasserkrise zu bearbeiten oder dieser als eine Fortsetzung neo-liberaler Wasserpolitik gesehen werden kann. Zum anderen wird untersucht, welche Herausforderungen und Chancen durch die Stärkung des MRaW sowie des HRBA entstehen und inwieweit diese dazu führen können, konventionelle und dominante Strukturen innerhalb der globalen Wasserpolitik zu verändern.

### 7.3.1 Das IWRM – Fortsetzung neo-liberaler Wasserpolitik?

Mit den Forderungen nach einer ökologischen Modernisierung des globalen Wassersektors im Sinne einer Neuausrichtung und Umstrukturierung internationaler Finanzierung- und Investitionsmechanismen wird mitunter auf das Konzept des IWRM verwiesen, welches bereits früh Einzug in die institutionellen Strukturen der globalen Wasserpolitik fand. Bereits im Rahmen der UN-Wasserkonferenz in Mar del Plata im Jahr 1977 betonte man die Wichtigkeit eines koordinierten und sektorübergreifenden Konzepts zur Bearbeitung lokaler und globaler Wasserverhältnisse. Es sollte jedoch bis Anfang der 1990er Jahre dauern, bis das IWRM im Zuge der ICWE in Dublin signifikant an Bedeutung gewann (vgl. Freie Universität Berlin 2024). Als Basis des IWRM dienten dabei die vier Prinzipien der ICWE<sup>22</sup>. Anfang der 2000er Jahre definierte das GWP das IWRM als ein, *[...] process which promotes co-ordinated development and management of water, land and related resources in order to maximize the resultant economics and social welfare in an equitable manner without compromising the sustainability of ecosystems.*” (Agarwal et al. 2000: 22).

---

<sup>22</sup> Das IWRM verfolgt dabei vier grundlegende Ansätze bzw. Prinzipien: Wasser werde 1) als eine endliche und somit verwundbare Ressource definiert, die 2) durch partizipative Strukturen bewirtschaftet werden muss. Dabei spielt 3) vor allem Emanzipation von Frauen eine wichtige Rolle, da diese am meisten, durch strukturelle Benachteiligungen, unter der Wasserkrise leiden. Letztlich müsse 4) die Ressource Wasser als ein ökonomische Gut anerkannt und etabliert werden (vgl. Agarwal et al. 2000).

Das Fundament IWRM beruht somit auf der Konzeption, dass die ökologische Nachhaltigkeit stets in Wechselwirkung mit ökonomischer Entwicklung steht. Auf internationaler Ebene trugen besonders einflussreiche (Finanz-)Organisationen wie die Weltbank, der WWC aber auch die UN entscheidend dazu bei, dass IWRM letztlich innerhalb der globalen Agenda und im Rahmen des SDG 6, genauer erfasst unter dem SDG 6.5, zu implementieren (vgl. Beveridge/Monsees 2012: 728).

Zentraler Bestandteil des IWRM ist damit das Narrativ der ökologischen Modernisierung sowie der nachhaltigen Entwicklung und der Vorstellung, dass die globale Wasserkrise einerseits als eine ökonomische Krise durch die Ineffizienz und das Fehlen technologischer Innovationen verursacht wird. Andererseits sieht man durch die Implementierung des IWRM und der Bereitstellung externen Kapitals in den Ländern des Globalen Südens nicht nur die Möglichkeit einer entsprechenden „Entwicklung“ veralteter und ineffizienter Strukturen, sondern auch die Verbesserung des Zugangs zu sicherer Wasser- und Sanitärversorgung durch die Implementierung technologischer Innovationen (vgl. Clement et al. 2017: 872). Aus dieser Perspektive wird die Öffnung des Wassersektors vor allem für private Unternehmen als unerlässlich erachtet, um die Implementierung marktbasierter Ansätze zu fördern. Dies soll sowohl die erforderlichen finanziellen Mittel für den Auf- und Ausbau einer nachhaltigen Wasserinfrastruktur bereitstellen als auch die Grundlage für die Errichtung starker institutioneller Strukturen in nationalen und internationalen Kontext schaffen (ebd. 2017: 872).

Aus dem Bericht „Progress on Integrated Water Resources Management“ der UNEP geht hervor, dass im Jahr 2020 insgesamt 185 Länder das IWRM in ihre nationalen Strukturen implementiert haben. Eine teilweise bis vollständige Implementierung des IWRM ist allerdings nur in 98 Staaten festgestellt worden (vgl. UNEP 2021: 9f). So lässt sich die Dominanz des IWRM innerhalb der globalen Wasserpolitik nicht allein daran erkennen, dass dieses Konzept bereits in vielen Ländern sowohl im Globalen Norden als auch im Globalen Süden als das führende Paradigma einer nachhaltigen Wasserbewirtschaftung Anwendung findet. Die folgende Grafik zeigt dabei noch einmal die Fortschritte der Implementierung des IWRM anhand des SDG 6.5.1 in einem globalen Kontext. Hierzu definiert die UNEP die Institutionalisierung des IWRM nach insg. sechs Leveln in aufsteigender Reihenfolge: Very-low, Low, Medium-low, Medium-high, High & Very-high (ebd. 2021: 9).

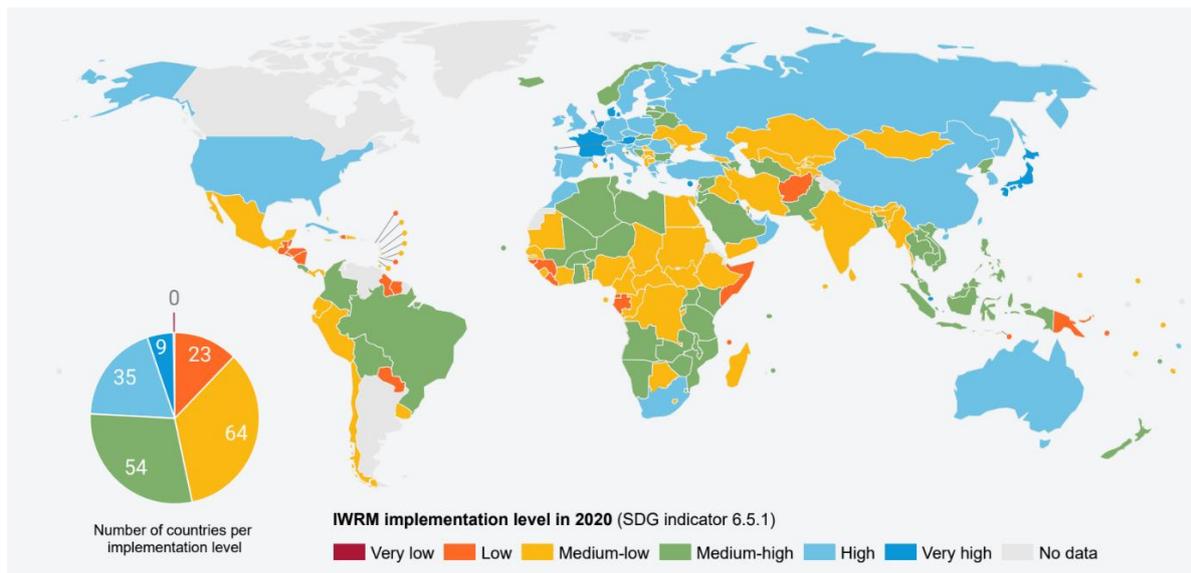


Abbildung 3: IWRM implementaion level by country (2020) (UNEP 2021: 9)

Gegenstimmen betonen hierzu, dass eine vollständige Implementierung des IWRM den Anspruch eines universellen Ansatzes zur Erreichung der globalen Wasserziele erhebt, der die Vielschichtigkeit der lokalen Strukturen vernachlässigt. Obwohl das IWRM die Wichtigkeit der Partizipation lokaler Institutionen betont, birgt die Durchsetzung eines „top-down“ Ansatzes die Gefahr, dass es darin zu einem unzureichenden und ungleichen Aufbau nationaler Governance-Strukturen kommt. Dadurch könne es nicht nur zur Verdrängung traditioneller Wasserbewirtschaftungsformen, sondern auch zur Exklusion lokaler Bevölkerungsgruppen kommen (vgl. Beveridge/Monsees 2012: 730).

Auch im Rahmen der UN-Wasserkonferenz in New York unterstützen die beteiligten Akteur:innen hierzu, wie in den Punkten zu 7.1 beschrieben, die Notwendigkeit der Ausweitung des IWRMs und trugen somit nicht nur dazu bei, den dominanten Diskurs innerhalb der globalen Wasserpolitik zu reproduzieren, sondern auch die damit verbundenen Machtverhältnisse zu legitimieren (vgl. Clement et al. 2017: 872). Hierzu verwiesen die Teilnehmenden auf die wichtige Rolle des IWRM zur Ausweitung und Stärkung nationaler und internationaler Strukturen und griffen unter anderem auf die Definition des GWP aus dem Jahr 2000 zurück (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. 4, Abs. E/160). Durch die Förderung des IWRM, als ein Konzept, das hauptsächlich ökonomischen Ansätze zur Bearbeitung der globalen Wasserkrise forciert, greife man auf die dominanten Paradigmen globaler (Finanz-)Institutionen zurück, deren Diskurs einer nachhaltigen „Entwicklung“ nicht nur die Einbettung natürlicher Ressourcen in die Mechanismen kapitalistischer Inwertsetzung legitimiert, sondern auch dazu führt, dass die Länder des Globalen Südens in westlich dominierte Wirtschaftsstrukturen eingegliedert werden (vgl. Beveridge/Monsees 2012: 735f).

So spielte das IWRM in beinahe allen untersuchten Debatten und interaktiven Dialogen im Rahmen der UN-Wasserkonferenz eine wesentliche Rolle. Als entscheidender Bestandteil der Agenda 2030 definiert das IWRM nicht nur die notwendigen lokalen und globalen Maßnahmen, sondern stellt im gleichen Zuge auch ein entsprechendes Bewertungssystem bereit. Anhand dessen werde seitens der UN verfolgt, inwieweit die Staaten Fortschritte in Bezug auf die Implementierung des IWRMs verzeichnen. Hierzu verweisen Kritiker:innen einerseits auf die Unmöglichkeit des Anspruch eines universellen Wertesystems zur Erreichung nachhaltiger Wasserwirtschaft (vgl. Gleick 2003a: 1526f). Andererseits wird betont, dass angesichts der weit fortgeschrittenen Institutionalisierung und Durchsetzung des IWRM der Einfluss der o.g. Institutionen und die darin vorherrschenden strukturellen Macht- und Interessenverhältnisse legitimiert und reproduziert werden, was dazu beiträgt, eine neo-liberale und neo-imperiale Perspektive innerhalb umweltpolitischer Debatten zu festigen (vgl. Clement et al. 2017: 872).

Darüber hinaus mahnen Kritiker:innen, dass marktbasierende Mechanismen in Zeiten der Wasserknappheit zwangsläufig dazu neigen, den Zugang zu Wasser und Wasserversorgung an der Rentabilität ökonomischer Interessen auszurichten (vgl. Barlow 2010: 186). Dabei ist man sich auch im Kontext alternativer Lösungsansätze einig, dass es zur Bearbeitung der globalen Wasserkrise zu einer Steigerung globaler Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen kommen muss. Um diese jedoch nicht den Risiken des Marktes auszusetzen, berufen sich die Akteur:innen, wie anhand der zweiten Storyline erkennbar wurde, auf eine vollumfängliche Integration des MRaW und der Implementierung der Ressource Wasser als ein globales Gemeingut (vgl. Barlow 2010: 184).

### 7.3.2 Das „Recht auf Wasser“ – vom Bedürfnis zum Recht

Blicke man auf den weltweiten Fortschritt der Institutionalisierung des MRaW als ein explizites Recht innerhalb nationaler Gesetzgebungen so wird erkennbar, dass viele der Mitgliedstaaten das MRaW nicht vollumfänglich als eigenständiges Recht verankert haben. So kommt es, dass das MRaW im Jahr 2021 zwar von insgesamt 191 Staaten anerkannt wurde, es jedoch lediglich 28 Staaten als ein explizites Recht innerhalb ihrer nationalen Rechtsprechung institutionalisiert haben. Hingegen implementierten 174 Staaten das MRaW als ein implizites Recht (vgl. Satterthwaite 2021: 352f).

Dass seit der Verankerung des MRaW sowohl in die AEMR als auch in den UN-Sozialpakt (WSK-Rechte), die Prozesse der Institutionalisierung nur langsam vorangeschritten sind, ist dabei sowohl den Schwierigkeiten der Erfüllung finanzieller Voraussetzungen<sup>23</sup> als auch der Komplexität und Zersplitterung des Wassersektors sowie der nationalen und internationalen Wasserstrukturen geschuldet (vgl. Salman 2012: 46). Dabei bildet der Diskurs der Menschenrechte eine entscheidende und essenzielle Gegenposition zu einer ökonomisch ausgerichteten Konzeption und Bearbeitung der globalen Wasserkrise. Mit der Forderung nach einer stärkeren Integration des MRaW sowie der Ausweitung nationaler und internationaler Governance-Strukturen sehen Vertreter:innen vor allem durch den HRBA die Möglichkeit, etablierte und dominante Strategien, wie auch das IWRM, stärker an den Bedürfnissen lokaler Gemeinschaften auszurichten (vgl. Cernison 2019: 81ff).

So betrachten auch Kritiker:innen das IWRM als einen möglichen Ansatz zur Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel, betonen jedoch die Notwendigkeit, diese gemäß den Prinzipien eines HRBA einzusetzen. Sowohl der HRBA als auch das IWRM beziehen sich formell auf die Erreichung der Ziele innerhalb des SDG 6 (vgl. Grönwall et al. 2017: 22). Durch die verstärkte Integration des HRBA im Rahmen des IWRM soll sichergestellt werden, dass sowohl der Schutz globaler Wasserressourcen als auch der Zugang zu lokaler Trinkwasser- und Wasserversorgungssysteme gewährleistet wird. Dies beinhaltet insbesondere den Aufbau rechtlich bindender institutioneller Strukturen auf nationaler und internationaler Ebene (ebd. 2017: 55f). Grundlage des Diskurses um eines verstärkten HRBA – nicht nur innerhalb des IWRM – stellt das im Jahr 2010 von der UN-Generalversammlung anerkannte und ratifizierte „Menschenrecht auf Wasser- und Sanitärversorgung“ (A/RES/64/292) dar. Darin erkennen die Mitgliedsstaaten das „Recht auf Wasser sowie Sanitärversorgung“ wie folgt an: „[The General Assembly] Recognizes the right to safe and clean drinking water and sanitation as a human right that is essential for the full enjoyment of life and all human rights.“ (UN. General Assembly 2010: 2). Die Anerkennung des MRaW durch den CESCR diene hierzu zur Bereitstellung eines umfangreicheren normativen und rechtlichen Rahmen zur Umsetzung und Implementierung nationaler und internationaler Wasserrichtlinien (vgl. Grönwall et al. 2017: 55f). Als entscheidendes rechtlich-bindendes Dokument erachtet(-e) man dabei vor allem die institutionelle Verankerung des MRaW innerhalb der WSK- Rechte bzw. des UN-Sozialpaktes (Art. 11) und der darunter verpflichteten Staaten zur Erfüllung und Gewährleistung der Menschenrechte (ebd. 2017: 58).

---

<sup>23</sup> Der Artikel 2 (1) des UN-Sozialpaktes setzt voraus, dass die Mitgliedstaaten alle verfügbaren finanziellen Mittel zu umgehenden Erreichung des MRaW einsetzen (vgl. Deutsches Institut für Menschenrechte 2024).

Die Akteur:innen der UN-Wasserkonferenz stützten dabei ihre Argumentation nicht nur auf die Forderungen der Resolution 64/292, sondern nahmen auch starken Bezug auf die im Jahr 2015 im Rahmen der Resolution A/RES/70/1 angepassten Agenda 2030. Die daraus resultierende „Water Action Agenda“ stellte im Kontext des HRBA einen weiteren wichtigen normativen Schritt zur Stärkung des MRaW sowie der Menschenrechte im Allgemeinen dar. Darin formulierte man unter dem Punkt 35, dass die Ziele der nachhaltigen Entwicklung im Rahmen des SDG 6 nicht nur auf Basis der Einhaltung des MRaW, sondern auch im Zusammenhang mit anderen Menschenrechten zu erreichen sind. Als Notwendigkeit unterstrich man die Herausbildung transparenter institutioneller Strukturen auf Basis einer „Good Governance“ (vgl. UN. General Assembly 2015: 35).

Auffällig hierzu ist, dass der Diskurs des MRaW über die Förderung und Intensivierung nationaler und internationaler Wasserrichtlinien, dem Ausbau von Governance-Strukturen sowie der Implementierung eines HRBA zwar innerhalb der untersuchten Debatten von unterschiedlichen Akteur:innen vertreten wird, das MRaW jedoch nicht im Kontext der abschließenden Zusammenfassung durch UN-Generalversammlung explizit genannt wird (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. 6, Abs. A/200-219). Darüber hinaus werde das MRaW in den insgesamt 719 freiwilligen Verpflichtungen, die die Teilnehmenden am Ende der Konferenz formulierten, nur 17 mal explizit im Zusammenhang mit der Stärkung des Rechts auf Wasser und zweimal implizit im Kontext des Schutzes natürlicher Ressourcen genannt (vgl. 2023: Annex II). So kam es, dass sich direkt im Nachgang der Konferenz insgesamt 114 Vertreter:innen sowohl aus der Zivilgesellschaft als auch aus internationalen Organisationen in Form eines offenen Briefes an den Generalsekretär wandten. Darin stellte die Verfasser:innen klar, dass die Ergebnisse der UN-Wasserkonferenz sowie die Zielformulierungen innerhalb der „Water Action Agenda“ nicht ausreichen würden, um die globale Wasserkrise nachhaltig zu bewältigen (vgl. Malik/Hepworth 2023: 1). Hierzu äußerte man die Sorge, dass nicht nur die Freiwilligkeit der Verpflichtungen unter einer mangelnden Rechenschaftspflicht leiden werden, sondern diese auch durch ihre Fragmentierung im politische Netzwerk der UN keinerlei Durchsetzungskraft besitzen (ebd. 2023: 2). Die Forderungen richteten sich einerseits auf die Umsetzung und Implementierung verbindlicher Abkommen, transparenter Berichterstattung sowie systematischer Maßnahmen der Investitions- und Finanzierungshilfen, die den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung entsprechen. Andererseits betonte man, dass die UN-Wasserkonferenz genutzt werden müsse, um den Ursachen der globalen Wasserkrise entgegenzuwirken (vgl. Malik/Hepworth 2023: 2).

Hierzu standen Maßnahmen zur Errichtung globaler Governance-Strukturen im Fokus, die auf einer fairen Wassernutzung basieren und die Transparenz, Rechenschaftspflicht und Beteiligung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene stärken sollen (ebd. 2023: 2).

Als zentrale Akteur:innen auf globaler Ebene kommen internationalen Organisationen, wie der UN, der Weltbank aber auch NGOs die Rolle zu, ein Rahmenwerk zu schaffen, das nicht auf asymmetrischen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse beruht. Damit muss gewährleistet werden, dass auch finanzschwache Länder auf demokratische und emanzipatorische Weise in internationale Handels- und Investitionsmechanismen integriert werden können (vgl. Barlow 2010: 185f). So nimmt der Diskurs sowohl um die Integration eines HRBA als auch der Anerkennung der Ressource Wasser als ein globales Gemeingut einen entscheidenden Bestandteil darin ein, nicht nur die Dominanz internationaler Finanzinstitutionen einzuschränken, sondern auch dafür zu sorgen, dass die Einbettung der Ressource Wasser nicht allein den Entscheidungen des Privatsektors unterliegt (ebd. 2010: 186). Nationale Regierungen müssen als entscheidende regulative Instanz darüber hinaus sicherstellen, dass durch die Institutionalisierung des MRaW und die damit verbundenen Schutz- und Gewährleistungspflichten die betroffenen Individuen und lokalen Gemeinschaften einerseits vor den Einflüssen kapitalistischer Akkumulation, Enteignung und Inwertsetzung durch privatwirtschaftliche Akteur:innen geschützt werden. Auf der anderen Seite müssen sie dem Anspruch erfüllen, gerechte und emanzipatorische Governance-Strukturen auf Grundlage eines HRBA zu schaffen (vgl. Klein 2005: 129).

## 8. Abschlussbetrachtungen

Mit der vorliegenden Arbeit wurde untersucht, inwiefern die UN-Wasserkonferenz 2023 in New York einen Beitrag dazu leisten konnte, den Diskurs innerhalb der globalen Wasserpolitik im Sinne eines verstärkten Menschenrechtsschutzes nachhaltig zu verändern oder ob sie dazu beigetragen hat, die vorherrschenden und dominanten Paradigmen einer ökonomischen Wasserpolitik zu reproduzieren. Hierzu dienten sowohl die Ansätze der Neo-Imperialismustheorie, die Merkmale der Kommodifizierung, Privatisierung und Finanzialisierung in Anlehnung an David Harvey als auch die rechtlichen Eigenschaften des MRaW als theoretische Grundlage der Arbeit. Die Analyse und Auswertung der vorherrschenden Diskurse erfolgte anhand der argumentativen Diskursanalyse nach Maarten Hajer sowie der induktiven Kategorienbildung nach Philipp Mayring als eine Form der qualitativ-interpretativen Forschungsmethode.

## 8.1 Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse

Die vergangenen Jahrzehnte der globalen Wasserpolitik wurden von unzähligen Akteur:innen und unterschiedlichen Ansätzen geprägt. Ihr Ziel war es nicht nur die lokalen Verhältnisse der Wasserknappheit bzw. des Wassermangels zu bewältigen, sondern auch durch die Implementierung internationaler Handels-, Investitions- und Menschenrechtsabkommen einen effizienteren und wirksameren Schutz gegenüber wasserbedingten Krisen bereitzustellen. Maßgeblich beeinflusst wurden die globalen und lokalen Politiken und Diskurse dabei vor allem durch internationale (Finanz-)Institutionen sowie finanzstarken Industrienationen (vgl. Hoering 2003: 95). Die Durchsetzung und Legitimation neo-liberaler Wirtschaftsparadigmen innerhalb des Wassersektors basieren dabei auf ungleichen und asymmetrischen Machtverhältnissen zwischen den beteiligten Akteur:innen. Auf Grundlage einer kapitalistischen Inwertsetzungslogik sowie der Konzeption, dass die Effizienzsteigerung des Wassersektors mittels der Implementierung globaler Marktmechanismen erreicht werden kann, etablierte und verfestigte sich der Diskurs der ökologischen Modernisierung und Technologisierung als Lösung der globalen Wasserkrise. Die Dominanz weniger einflussreicher Akteur:innen führte dabei dazu, dass auch die Prozesse der Kommodifizierung, Privatisierung und Finanzialisierung fortan Teil der globalen Wasserpolitik wurden (ebd. 2003: 96f).

Als Gegenposition zu den primär neo-liberal und ökonomisch ausgerichteten Paradigmen entwickelte sich bereits früh der Diskurs gegen die Einhegung der Ressource Wasser als ein ökonomisches Gut. Mit der Anerkennung und Ratifizierung des „Menschenrecht auf Wasser- und Sanitärversorgung“ innerhalb durch den CESCR innerhalb der WSK-Rechte sollte der Ressource Wasser eine neue soziale, kulturelle und ökologische Bedeutung zugeschrieben werden (vgl. Kaleck/Saage-Maaß 2016: 55). Seither ist nicht nur die Bedeutung des MRaW innerhalb umweltpolitischer Debatten, sondern auch die Dringlichkeit neuer, menschenrechtsbasierter Ansätze in Bezug auf die Bewältigung der globalen Wasserkrise stetig gestiegen. Denn wirft man den Blick auf die aktuell vorherrschenden lokalen und globalen Wasserverhältnisse so wird deutlich, dass in Anbetracht des sich verstärkenden Klimawandels, der Intensivierung landwirtschaftlicher und industrieller Prozesse sowie einer stetig steigenden Bevölkerungszahl auch die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sicherer und sauberer Trinkwasser- und Sanitärversorgung haben, in Zukunft weiter steigen wird (vgl. Schermuly 2017: 281f). Trotzdem sehen sich die Vertreter:innen des MRaW und eines HRBA nach wie vor mit den dominanten Interessen globaler Wirtschaftsvertreter:innen konfrontiert (vgl. Fantini 2020: 3f).

In Bezug auf die Merkmale im Kontext der argumentativen Diskursanalyse nach Hajer unterliege auch die UN-Wasserkonferenz den Charakteristika eines umkämpften politischen Raumes, in dem Akteur:innen ihre Positionen, bewusst oder unbewusst, artikulieren und vertreten. Hajer nimmt dabei an, dass die an einem Diskurs beteiligten Akteur:innen stets darum bemüht sind ihre Interessen, Vorstellungen und Problemdefinitionen gegenüber anderen Akteur:innen durchzusetzen und zu legitimieren. Um dies zu erreichen stützen sie sich auf bestimmte Konzeptionen eines Problems, welches sie mittels entsprechender Storylines (ökologische Modernisierung vs. Globales Gemeingut) artikulieren (vgl. Kurze 2018: 108ff). Um die Durchsetzungskraft einer bestimmten Storyline zu stärken, formieren sich innerhalb umweltpolitischer Debatten bestimmte Diskurskoalitionen (vgl. Hajer 2003: 280). Die Wirkmächtigkeit einer bestimmten Storyline hängt darüber hinaus nicht nur allein davon ab, wie viele Akteur:innen sich zu einer Diskurskoalition zusammenschließen, sondern auch welche Position die spezifischen Akteur:innen innerhalb eines Diskurses besitzen. Je dominanter eine Storyline innerhalb politischer Auseinandersetzungen ist, desto eher findet diese Einzug in die letztlich getroffenen Entscheidungen und Agenden (vgl. Kurze 2018: 110). Diskurskoalitionen können sowohl dazu beitragen einen dominanten Diskurs zu reproduzieren als auch vorherrschende Strukturen zu transformieren. Die Durchsetzung und Legitimation eines bestimmten Diskurs äußert sich in Form der Institutionalisierung des Diskurses innerhalb politischer Agenden (ebd. 2018: 115f). Wichtig ist hierzu zum einen zu betonen, dass die vorliegende Arbeit ihren Fokus auf die Diskurse innerhalb der UN-Wasserkonferenz in New York setzt. Dadurch könne zwar ein Einblick in den aktuell vorherrschenden Diskurs innerhalb der globalen Wasserpolitik ermöglicht werden, durch Selektion des analysierten Materials bleibt dieser jedoch beschränkt. Die Hinzunahme weiteren Materials nicht nur aus der UN-Wasserkonferenz, sondern auch aus externen Konferenzen und Foren kann dazu dienen, eine umfassendere Analyse des gewählten Untersuchungsgegenstandes bereitzustellen. Mit Hilfe der Neo-Imperialismustheorie wurde dabei auf ein Ansatz zurückgegriffen, mit dem nicht nur die Komplexität globaler und lokaler Wasserpolitiken aufgeschlüsselt werden, sondern auch die darin vorherrschenden institutionellen, ökonomischen und politischen Strukturen und Machtverhältnisse dargestellt werden konnten. Eine solche Vereinfachung im Kontext einer neo-imperialistischen Betrachtung der Diskurse innerhalb der UN-Wasserkonferenz in New York birgt jedoch die Gefahr die Vielschichtigkeit des globalen Wassernetzwerkes sowie die darin beteiligten Akteur:innen und deren globalen bzw. lokalen Praktiken nicht vollumfänglich zu erfassen und somit ein reduktionistisches Abbild struktureller Verhältnisse darzustellen (vgl. Massarrat 2005: 225f).

Daraus folgt die Notwendigkeit einer klaren, fallspezifischen Analyse von Machtverhältnissen innerhalb der globalen Ressourcenpolitik, insbesondere in Anbetracht der Vielseitigkeit neo-imperialer Erscheinungsformen im 21. Jahrhundert (vgl. Massarrat 2005: 237f). Zum anderen bietet die Methode der argumentativen Diskursanalyse nach Maarten Hajer eine mögliche methodische Herangehensweise, um die Diskurse, Diskursstrukturen und die sowohl sich bildenden als auch bereits vorherrschenden Diskurskoalitionen (Positionierungseffekte) innerhalb umweltpolitischer Debatten zu untersuchen. Dadurch werde es ermöglicht, die Interessen, Vorstellungen und Machtpositionen von Akteur:innen innerhalb bestimmter Diskurse zu untersuchen. Limitiert wird die Analyse jedoch durch den Anspruch einer hermeneutisch-sozialkonstruktivistischen Perspektive, wodurch die Interpretation stark von subjektiven Standpunkten beeinflusst werden kann. Darüber stellt die Hinzunahme einer induktiven Kategorienbildung nach Mayring zwar eine Möglichkeit dar, eine große Menge an Daten nicht nur systematisch, sondern auch mit einer gewissen Unvoreingenommenheit zu kategorisieren, die Zuordnung und Auswertung (hier in engen Zusammenspiel mit der argumentativen Diskursanalyse) erfolgt jedoch ebenso stark auf einer subjektiven Wahrnehmung des Forschenden.

## 8.2 Beantwortung der Forschungsfragen

Anhand der drei Forschungsfragen wurde auf Grundlage dessen einerseits untersucht, was die (dominanten) Diskurse auf der UN-Wasserkonferenz sind und wie diese Diskurse die Interessen der Akteur:innen widerspiegeln. Auf der anderen Seite sollte analysiert werden, ob neo-imperiale Strukturen innerhalb der UN-Wasserkonferenz (re-)produziert werden und inwiefern die Diskurse Einfluss auf die Implementierung aktueller Policy-Agenden haben.

Die Analyse hat gezeigt, dass innerhalb der UN-Wasserkonferenz verschiedene Diskurse und Vorstellungen zur Bearbeitung der globalen Wasserkrise zum Ausdruck kommen. Die wesentlichen Diskurse lassen sich dabei anhand der wichtigsten Debatten innerhalb der Konferenz charakterisieren, die sich aus den insgesamt sechs Plenarsitzungen sowie den fünf interaktiven Dialogen erschließen. Darin betonten die Akteur:innen unter anderem die Notwendigkeit des Ausbaus des WASH-Netzwerkes, der Stärkung institutioneller Strukturen zur Implementierung des MRaW sowie einer verstärkten Inklusion benachteiligter Bevölkerungsgruppen durch Etablierung von Good-Governance Strukturen. Des Weiteren unterstrichen die Akteur:innen die Wichtigkeit des Ausbaus grenzüberschreitender Kooperationen, unter anderem in Bezug auf die Water-Convention, sowie einer multidimensionalen Perspektive auf die globale Wasserkrise anhand eines Water-Energy-Food Nexus (vgl. United Nations 2023e).

Darüber hinaus machten die Akteurinnen deutlich, dass die globale Wasserkrise eng verknüpft mit den Auswirkungen des Klimawandels ist, wodurch die Notwendigkeit des Ausbaus klimaresilienter Wasserinfrastruktur besteht. Die finanziellen Mittel sollten hierzu sowohl aus dem öffentlichen als auch aus dem privaten Sektor generiert werden. Entsprechende Anreize für Finanzierungs- und Investitionshilfen sollen dabei sowohl durch eine Neuausrichtung und -strukturierung vorherrschender Mechanismen der Finanzierung und Kreditvergabe als auch durch die Öffnung des Wassersektors für den privaten Sektor geschaffen werden. Darüber hinaus erkannte man an, dass Investitionen vor allem der Entwicklung und Implementierung neuer, innovativer Technologien zugute kommen muss. Grundlage dessen stellt dabei eine Anpassung nationaler und internationaler Strukturen innerhalb des globalen Wassermarktes dar. Viele Akteur:innen betonten hierzu zudem, dass eine solche Transformation nur auf Grundlage starker Institutionen und regulativer Mechanismen erfolgen darf um zu gewährleisten, dass der Einsatz externen Finanzierungsmechanismen und Technologien die lokalen Bevölkerungsgruppen in die Entscheidungsprozesse inkludiert. Letztlich beriefen sich die Akteur:innen auf die Wichtigkeit der „Water Action Agenda“ als einen effektiven und zielorientierten Rahmen zur Erreichung des SDG 6.

Mit dem Blick auf die zweite Forschungsfrage lässt sich festhalten, dass die von den Akteur:innen hervorgebrachten Problemdefinition und Lösungsansätze sich anhand zweier, bereits bekannten Narrativen innerhalb umweltpolitischer Debatten auszeichnen. Hierzu argumentieren die Akteur:innen auf der einen Seite, dass die globale Wasserkrise eine primär ökonomische Krise ist, die durch Maßnahmen der ökologischen Modernisierung bearbeitet werden muss. Das Narrativ der ökologischen Modernisierung, wie es auch zu Teilen im Rahmen des IWRM gefordert wird, lässt sich vor allem auf einflussreiche Finanzinstitutionen, wie der Weltbank, dem IWF, dem GWP oder dem WWC zurückführen. Darin fordern man unter anderem die Steigerung von Finanzierungs- und Investitionsmaßnahmen, die Ausweitung neo-liberaler und marktbasierter Mechanismen sowie die stärkere Eingliederung des privaten Sektors. Grundlage dieses Narrativs bildet die Vorstellung, dass eine öffentlich verwaltete Wasserinfrastruktur zu Ineffizienzen der Wassernutzung führt. Die Integration des Privatsektors soll nicht nur dazu beitragen die Effizienz von Wasserversorgungssystemen, sondern auch den Zugang zu sauberer und sicherer Trinkwasser- und Sanitärversorgung zu verbessern (vgl. Hoering 2003: 96f).

Darüber hinaus sei der öffentliche Sektor nicht in der Lage die benötigten Kapitalmengen alleine bereitzustellen. Deshalb erfordere es eine regulierte Privatisierung und Finanzialisierung von Wasserressourcen sowie Wasserversorgungssystemen, um ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen (vgl. UN. General Assembly 2023: Kap. 4, Abs. C/109).

Auf der anderen Seite stehen viele Akteur:innen den Maßnahmen einer stärkeren Integration des Wassersektors in Form marktbasierter Mechanismen kritisch gegenüber. Sie fordern im Gegenzug die Ausweitung des MRaW in nationale und internationale Abkommen, die Forcierung eines HRBA innerhalb des IWRM sowie die Errichtung globaler und lokaler Governance-Strukturen. Grundlage hierfür stellt unter anderem das Konzept der „Global Common Goods“ dar. Darunter wird betont, dass eine nachhaltige und gerechte Verwaltung der Ressource Wasser primär die Aufgabe demokratischer und öffentlicher Institutionen ist.

Die „Einhegung von Allgemeingütern“ (vgl. Harvey 2005: 147) ohne starke institutionelle Strukturen stellt nicht nur im Rahmen der Neo-Imperialismustheorie, sondern auch im Kontext der Global Commons eine Gefahr für den uneingeschränkten Zugang zu Wasserressourcen dar (vgl. Barlow 2010: 184). Die Bereitstellung finanzieller Mittel durch Finanzierungs- und Investitionsmaßnahmen muss dabei zum einen an die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung ausgerichtet werden. Zum anderen müssen die davon betroffenen Menschen in die Entscheidungsprozesse integriert werden. Dadurch soll verhindert werden, dass durch externe Kreditvergabe-mechanismen ungleiche Macht- und Entscheidungsstrukturen innerhalb der globalen und lokalen Wasserpolitik (re-)produziert werden.

In Bezug auf die letzte Forschungsfrage lässt sich somit festhalten, dass die Diskurse im Rahmen der UN-Wasserkonferenz die Tendenz aufweist, neo-imperiale Strukturen innerhalb der globalen Wasserpolitik zu (re-)produzieren. So nimmt der Diskurs der Privatisierung und Kommodifizierung der Ressource Wasser sowie öffentlicher Wasserversorgungssysteme einen wichtigen Platz in den Debatten der UN-Wasserkonferenz ein. Darin kommt es zwar durchaus zu den Forderungen der Implementierung starker institutioneller und regulativer Instanzen. Die Befürwortung der Ausweitung technologischer und ökonomischer Investitionen führt jedoch zu einer Bestätigung der aktuell etablierter Lösungsansätze, wie beispielsweise des IWRM, und somit auch zu einer Legitimation vorherrschender Machtstrukturen und einflussreichen Institutionen (Weltbank, GWP, WWC, o.Ä.). Die Stärkung institutioneller Strukturen und der Ausbau des MRaW kann dazu beitragen, die globale Wasserkrise sowohl auf globaler als auch auf lokaler Ebene zu bearbeiten. Hierzu stehen vor allem die nationalen Regierungen in der Pflicht nicht nur die Voraussetzungen ökonomisch gerechter Finanzierungs- und Investitionsmechanismen zu erfüllen, sondern auch die notwendigen Gesetzgebungen zum Schutz vor externen Einflüssen zu institutionalisieren.

### 8.3 Ausblick

Die UN-Wasserkonferenz 2023 in New York stellte einen wichtigen diskursiven Ort dar, in dem die beteiligten Akteur:innen den vorherrschenden Diskurs über eine nachhaltige und gerechte Gestaltung des Wassersektors neu zu definieren versuchten. Als ein wichtiger Meilenstein der internationalen Wasserpolitik kam nach mehr als 46 Jahren erst zum zweiten Mal in der Geschichte zu einer globalen Wasserkonferenz. Der Fokus der dreitägigen Konferenz lag dabei auf der Verbesserung des Zugangs zu sicherer und sauberer Trinkwasser- und Sanitärversorgung, dem Schutz aquatischer Lebensräume sowie der Gestaltung eines integrativen und nachhaltigen Wassersektors. Darin versammelten sich mehr als 7.000 Akteur:innen um nicht nur den Fortschritt im Kontext der Agenda 2030 und des SDG6 zu bewerten, sondern auch um über gänzlich neue Ansätze zur Bearbeitung der globalen Wasserkrise zu diskutieren (vgl. Europäische Kommission 2023). Offen bleibt jedoch, ob die insg. 719 freiwilligen Verpflichtungen, die im Rahmen der Konferenz verabschiedet wurden, die Wirkmächtigkeit besitzen, nicht nur die Ziele innerhalb der Agenda 2030 sowie des SDG 6, sondern auch bisherige Strategien der globalen Wasserpolitik neu auszurichten und somit einen grundlegenden Umschwung innerhalb der globalen Wasserpolitik herbeiführen können. Eine mögliche Fortführung und Vertiefung dieser Arbeit könnte darin bestehen, konkrete Fallstudien oder Rechtsprechungen zur Umsetzung konkreter Maßnahmen globaler und lokaler Wasserpolitiken zu untersuchen und aufzuarbeiten. Darüber hinaus könnte die UN-Wasserkonferenz im Jahr 2028 als unmittelbare Folgekonferenz in New York vergleichend analysiert werden, um herauszufinden, inwieweit die Verpflichtungen und Maßnahmen aus dem Jahr 2023 umgesetzt wurden.

## Literaturverzeichnis

- Agarwal, A./ Angeles, M. S. d./ Bhatia, R./ Cheret, I./ Davila-Poblete, S./ Falkenmark, M./ Gonzalez, F./ Jonch-Clausen, T./ Kadi, M. A./ Kindler, J./ Rees, J./ Roberts, P./ Rogers, P./ Solanes, M./ Wright, A. (2000): *Integrated Water Resources Management*. Stockholm. TAC Background Papers 4. Online verfügbar unter: <https://dlc.dlib.indiana.edu/dlc/bitstream/handle/10535/4986/TACNO4.PDF?sequence=1&isAllowed=y> (abgerufen am 26.02.2024).
- Agenda 2030 (2023): Was wir brauchen, ist eine ambitionierte „Water Action Agenda“. Online verfügbar unter: <https://www.2030agenda.de/de/article/was-wir-brauchen-ist-eine-ambitionierte-water-action-agenda> (abgerufen am 11.01.2024).
- Alwardt, C. (2011): *Wasser als globale Herausforderung: Die Ressource Wasser*. 17. Aufl. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Hamburg. Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien.
- Baer, M./ Gerlak, A. (2015): Implementing the human right to water and sanitation: a study of global and local discourses. In: *Third World Quarterly* 36 (8), S. 1527–1545. <https://doi.org/10.1080/01436597.2015.1043993>.
- Bakker, K. (2007): The "Commons" Versus the "Commodity": Alter-globalization, Anti-privatization and the Human Right to Water in the Global South. In: *Antipode* 2007 (39), S. 430–455. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1111/j.1467-8330.2007.00534.x> (abgerufen am 02.11.2023).
- Barghom, L. (2020): Entsalzung von Meerwasser: Trinkwasser mit Problemen. In: *Utopie.de*. Online verfügbar unter: [https://utopia.de/ratgeber/entsalzung-von-meerwasser-trinkwasser-mit-problemen\\_184838/](https://utopia.de/ratgeber/entsalzung-von-meerwasser-trinkwasser-mit-problemen_184838/) (abgerufen am 19.02.2024).
- Barlow, M. (2010): The Growing Movement to Protect the Global Water Commons. In: *The Brown Journal of World Affairs* (1), S. 181–195. Online verfügbar unter: <https://www.jstor.org/stable/24590765> (abgerufen am 26.02.2024).
- Barlow, M. (2014): *Wasser als Gemeingut: Vorschläge zur Rettung*. In: Silke Helfrich (Hg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. 2. Aufl. Bielefeld, transcript Verlag, S. 201–205.
- Bayliss, K. (2014): The Financialization of Water. In: *Review of Radical Political Economics* 2013 (46), Sage Publications Ltd, S. 292–307.
- Becker, J. (2014): *Finanzialisierung und globale Peripherie*. In: Marcel Heires/Andreas Nölke (Hg.): *Politische Ökonomie der Finanzialisierung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 181–196.
- Beveridge, R./ Monsees, J. (2012): *Bridging parallel discourses of Integrated Water Resources Management (IWRM: institutional and political challenges in developing and*

- developed countries. In: *Water International* 37 (7), S. 727–743. <https://doi.org/10.1080/02508060.2012.742713>.
- Biswas, A. K. (2004a): From Mar del Plata to Kyoto: an analysis fo global water policy dialogue. In: *Global Environmental Change* 14, Elsevier Ltd., S. 81–88.
- Biswas, A. K. (2004b): Integrated Water Resource Management: A Ressesement. In: *Water International* 29 (2), International Water Ressource Association, S. 248–256. Online verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/epdf/10.1080/02508060408691775?needAccess=true> (abgerufen am 14.02.2024).
- Böhm, A./ Legewie, H./ Muhr, T. (2008): *Kursus Textinterpretation: Grounded Theory*. Berlin. Interdisziplinäres Forschungsprojket ATLAS.
- Brand, U. (2005): *Gegen-Hegemonie: Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*. In: Brand, U. Hamburg, VSA-Verlag.
- Brand, U./ Wissen, M. (2017): *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. 7. Aufl. München, oekom Verlag.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2008): *Die Liberalisierung des Welthandels nach 1945*. In: BPB. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/die-bpb/partner/teamglobal/67285/die-liberalisierung-des-welthandels-nach-1945/> (abgerufen am 06.06.2023).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2017a): *Globalisierung: Wasserverbrauch*. In: BPB. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/globalisierung/52730/wasserverbrauch/> (abgerufen am 08.11.2023).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2017b): *UN - United Nations*. In: BPB. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/globalisierung/52796/un-united-nations/> (abgerufen am 17.11.2023).
- Burek, P./ Satoh, Y./ Fischer, G./ Taher Kahil, M./ Scherzer, A./ Tramberend, S./ Nava, L. F./ Wada, Y./ Eisner, S./ Flörke, M./ Hanasaki, N./ Magnuszewski, P./ Cosgrove, B./ Wiberg, D. (2014): *Water Future and Solution: Fast Track Initiative - Final Report*. II-ASA - International Institute for Applied Systems Analysis. Laxenburg. WP-16-006 2725-00. Online verfügbar unter: <https://pure.iiasa.ac.at/id/eprint/13008/1/WP-16-006.pdf>.
- Cernison, M. (2019): *Social media activism: Water as a common good*. Amsterdam, Amsterdam University Press.
- Chellaney, B. (2013): *Water, peace, and war: Confronting the global water crisis*. Lanham et al., Rowman & Littlefield Publishers, INC.
- Clement, F./ Suhardiman, D./ Bharati, L. (2017): *IWRM Discourses, Institutional Holy Grail and Water Justice in Nepal*. In: *Water Alternatiive* (10), S. 870–887. Online verfügbar unter: <https://www.water-alternatives.org/index.php/alldoc/articles/vol10/v10issue3/386-a10-3-12/file> (abgerufen am 26.02.2024).

- Committee on Economic, Social and Cultural Rights (2002): General Comment No. 15: CESCR, *E/C.12/2002/11*. Online verfügbar unter: <https://digitallibrary.un.org/record/486454?v=pdf>.
- Deutsches Institut für Menschenrechte (2024): Sozialpakt (ICESCR): Internationaler Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. In: Institut für Menschenrechte. Online verfügbar unter: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsschutz/deutschland-im-menschenrechtssystem/vereinte-nationen/vereinte-nationen-menschenrechtsabkommen/sozialpakt-icescr> (abgerufen am 29.02.2024).
- Dobner, P. (2008a): Nur zweite Reihe?: Staat und Regierung in der Global Governance of Water. In: Werner J. Patzelt/Everhard Holtmann (Hg.): Führen Regierung tatsächlich? Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 155–170.
- Dobner, P. (2008b): Verkauftes Wasser, verschenkte Zeit. Die Privatisierung der Wasserversorgung als gescheiterte Entwicklungsideologie. In: *Verfassung und Recht in Übersee / Law and Politics in Africa, Asia and Latin America 2008* (Vol. 41), Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 355–374. Online verfügbar unter: [https://www.jstor.org/stable/pdf/43239458.pdf?refreqid=excelsior%3Ad0930299b48f15f23e6a70843c8584a1&ab\\_segments=&origin=&initiator=&acceptTC=1](https://www.jstor.org/stable/pdf/43239458.pdf?refreqid=excelsior%3Ad0930299b48f15f23e6a70843c8584a1&ab_segments=&origin=&initiator=&acceptTC=1) (abgerufen am 02.08.2023).
- Dobner, P. (2010): *Wasserpolitik: Zur politischen Theorie, Praxis und Kritik globaler Governance*. Berlin, Suhrkamp Verlag.
- Döll, P. (2008): Wasser weltweit: Wie groß sind die globalen Süßwasservorkommen, und wie nutzt sie der Mensch? In: *Forschung Frankfurt 2008* (3), S. 54–59. Online verfügbar unter: <https://www.forschung-frankfurt.uni-frankfurt.de/36050670/forschung-frankfurt-ausgabe-3-2008-wasser-weltweit-wie-gross-sind-die-globalen-susswasserressourcen-und-wie-nutzt-sie-der-mensch.pdf> (abgerufen am 08.11.2023).
- Eid, U. (2008): Internationale Wasserpolitik: Internationale Regime, historische Entwicklung und aktuelle Debatten. In: Beate Rudolf (Hg.): *Menschenrecht Wasser?* Berlin, Peter Lang Verlag, S. 125–138.
- Escobar, A. (2004): Beyond the Third World: Imperial globality, global coloniality and anti-globalisation social movements. In: *Third World Quarterly* (25), Taylor & Francis Ltd., S. 207–300.
- Espinosa, C./ Pregernig, M./ Fischer, C. (2017): *Narrative und Diskurse in der Umweltpolitik: Möglichkeiten und Grenzen ihrer strategischen Nutzung*. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau. 86. Online verfügbar unter: [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-09-27\\_texte\\_86-2017\\_narrative\\_0.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-09-27_texte_86-2017_narrative_0.pdf) (abgerufen am 13.02.2024).
- Espinosa, M. (2023): *Turning the Tide: A Collective Call to Action*. In: GCEW (Hg.): *Turning the Tide. A Call to Collective Action*. UN 2023 Water Conference Official Side Event. Global Commission on the Economics of Water, S. 00:12:25–00:13:15.
- Europäische Kommission (2023): *UN Water Conference: EU joins efforts to address the global water crisis and ensure water security for all by 2050*. Europäische Kommission. In: Europäische Kommission. Online verfügbar unter: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_23\\_1790](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_1790) (abgerufen am 01.06.2023).

- FAMA (2018): Abschließende Erklärung des World Alternative Water Forum. In: Forum Alternativo Mundial da Agua. Online verfügbar unter: <http://fama2018.org/declaracao-final/> (abgerufen am 09.01.2024).
- Fantini, E. (2020): An introduction to the human right to water: Law, politics, and beyond. In: Wiley interdisciplinary reviews. *Water*7 (2), John Wiley & Sons Ltd, Hoboken, S. e1405-n/a.
- Fengler, W. (2005): Strukturanpassung und Verschuldung. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/afrika/dossier-afrika/59000/strukturanpassung-und-verschuldung/> (abgerufen am 14.09.2023).
- Fleckseder, H./ Hödl, E./ Hosner, E./ Jung, H./ Sucharipa, L./ Vogl, C. (2006): Das 4. Weltwasserforum (WWF4): Übersicht und Ergebnisse. In: Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaft58 (9-10), S. 121–126. <https://doi.org/10.1007/BF03164491>.
- Foster, J. B./ Clark, B. (2004): Ecological Imperialism: The Curse of Capitalism. In: *Socialist Register*40. Online verfügbar unter: <https://socialistregister.com/index.php/srv/article/view/5817>.
- Foucault, M. (1973b [1969]): *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Franco, J./ Mehta, L./ Veldwisch, G. J. (2013): The Global Politics of Water Grabbing. In: *Third World Quarterly*2013 (9), Routledge Taylor & Francis Group, S. 1651–1657.
- Freie Universität Berlin (2024): History of IWRM: Integrated Water Resource Management - from traditional knowledge to modern techniques. In: Department of Earth Sciences. Online verfügbar unter: <https://www.geo.fu-berlin.de/en/v/iwrm/Introduction/History-of-IWRM/index.html> (abgerufen am 26.02.2024).
- Frieling, H.-D. von (2008): Die Bekämpfung des Hungers und der Streit um die Weltagrarmärkte in der Doha-Runde der WTO: Imperialistische Politik und Ihre Kritiker. In: *ACME - An International Journal for Critical Geographies* (7), S. 433–456. Online verfügbar unter: <https://acme-journal.org/index.php/acme/article/view/814> (abgerufen am 03.11.2023).
- Fritz, T. (2006): *Schleichende Privatisierung: Kritik der deutschen und internationalen Entwicklungshilfe im Wassersektor*. Berlin. Online verfügbar unter: <https://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2006/04/Schleichende-Privatisierung.pdf> (abgerufen am 07.06.2023).
- Fuller, C. (2023): 5th plenary meeting. In: United Nations (Hg.): 5th plenary meeting. UN 2023 Water Conference. 04:46:12, United Nations Web TV, S. 01:01:17-01:07:00.
- Gabriel, L. X. (2022): Das ökologische Make-up des Imperialismus: Eine kurze Annäherung von Leo Xavier Gabriel. In: *Zukunft - Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur*2022. Online verfügbar unter: <https://diezukunft.at/das-oekologische-make-up-des-imperialismus-eine-kurze-annaehderung-von-leo-xavier-gabriel/> (abgerufen am 02.11.2023).
- GCEW (2023a): The What, Why and How of the World Water Crisis: Global Commission on the Economics of Water Phase 1. Online verfügbar unter:

- <https://watercommission.org/wp-content/uploads/2023/03/Why-What-How-of-Water-Crisis-Web.pdf> (abgerufen am 15.02.2024).
- GCEW (2023b): Turning the Tide: A Call to Collective Action. In: GCEW, Global Commission on the Economics of Water. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Vssr-d4mcH4> (abgerufen am 15.01.2024).
- Gleick, P. H. (2003a): Global Freshwater Resources: Soft-Path Solutions for the 21st Century. In: *State of the Planet* (302), S. 1524–1528. Online verfügbar unter: <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/14645837/> (abgerufen am 25.03.2024).
- Gleick, P. H. (2003b): Water Use. In: *Annual Review of Environment and Resources* (28), S. 275–314.
- Gleick, P. H./ Cooley, H. (2021): Freshwater Scarcity. In: *Annual Review of Environment and Resources* (46), S. 319–348. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1146/annurev-environ-012220-101319>.
- Global 2000 (2011): *Wie gewonnen, so zerronnen: Vom steigenden Ressourcenverbrauch und den Auswirkungen auf Wasser*. GLOBAL 2000 Verlagsges.m.b.H. Wien.
- Görg, C./ Wissen, M. (2003): National dominierte globale Herrschaft: Zum Verhältnis von Uni- und Multilateralismus in der "Neuen Weltordnung". In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 33 (133), S. 625–644.
- Grönwall, J./ Schmitz, T./ Arrieta, L. (2017): *Human Rights-Based Approach to IWRM: Training Manual and Facilitator's Guide*. Online verfügbar unter: <https://www.waterlex.org/wp-content/uploads/2021/05/Human-Rights-Based-Approach-to-IWRM.pdf#page=61&zoom=100,0,0> (abgerufen am 28.02.2024).
- Guterres, A. (2023): UN 2023 Water Conference Opening Ceremony and Plenary Opening: UN Water Channel. UN Web TV. *76 Min.* Online verfügbar unter: <https://media.un.org/en/asset/k1s/k1sapurkqg> (abgerufen am 17.05.2023).
- Hadjichrysanthou, A. (2023): 5th plenary meeting: UN 2023 Water Conference. In: United Nations (Hg.): *5th plenary meeting. UN 2023 Water Conference*. 04:46:12, United Nations Web TV, S. 00:55:50-01:00:30.
- Hajer, M. A. (1993): Discourse Coalitions and the Institutionalization of Practice: The Case of Acid Rain in Great Britain. In: Frank Fischer/John Forester (Hg.): *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*. London, Duke University Press, S. 43–76.
- Hajer, M. A. (1995): *The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Press*. Oxford, Oxford University Press.
- Hajer, M. A. (1997): Ökologische Modernisierung als Sprachspiel: Eine institutionell-konstruktivistische Perspektive zum Umweltdiskurs und zum institutionellen Wandel. In: *Soziale Welt* 48 (2), Nomos Verlagsgesellschaft mbH, S. 107–131.
- Hajer, M. A. (2003): Argumentative Diskursanalyse: Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider et al. (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band II: Forschungspraxis*. 2. Aufl. Opladen, Leske + Budrich, S. 271–298.

- Hajer, M. A. (2005): Coalitions, Practices, and Meaning in Environmental Politics: From Acid Rain to BSE. In: David Howarth/Jacob Torfing (Hg.): Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Governance. New York, Palgrave Macmillan Ltd, S. 297–315.
- Hajer, M. A. (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Frank Janning/Katrin Toens (Hg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 211–222.
- Harvey, D. (2005): Der neue Imperialismus. Hamburg, VSA-Verlag.
- Heller, L. (2020): Human rights and the privatization of water and sanitation services. United Nations. A/75/208 75th session. Online verfügbar unter: <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N20/189/97/PDF/N2018997.pdf?OpenElement> (abgerufen am 30.01.2024).
- Herschinger, E./ Renner, J. (2014): Diskursforschung in den internationalen Beziehungen. Baden-Baden, Nomos.
- Hill, M. (2013): Climate Change and Water Governance: Adaptive Capacity in Chile and Switzerland. 54. Aufl., Springer Science and Business Media Dordrecht.
- Hoering, U. (2003): Wem gehört das Wasser? Die Kommodifizierung öffentlicher Dienstleistungen: Debatten und aktuelle Entwicklungen in der internationalen Wasserpolitik. In: Journal für Entwicklungspolitik 2003 (4), Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten, S. 95–108. Online verfügbar unter: [https://www.mattersburgerkreis.at/dl/MIIIJMJMKIJqx4KooJK/JEP-4-2003\\_06\\_HOERING\\_Debatten-und-aktuelle-Entwicklungen-in-der-internationalen-Wasserpolitik.pdf](https://www.mattersburgerkreis.at/dl/MIIIJMJMKIJqx4KooJK/JEP-4-2003_06_HOERING_Debatten-und-aktuelle-Entwicklungen-in-der-internationalen-Wasserpolitik.pdf) (abgerufen am 01.06.2023).
- Hoering, U. (2006): Der Markt als Wassermanager: Aufbau eines neuen Wasserregimes durch die Weltbank. In: PERIPHERIE – Politik • Ökonomie • Kultur 26, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 21–42. Online verfügbar unter: [https://www.zeitschrift-peripherie.de/Hoering\\_Wassermaerkte\\_DINA5.pdf](https://www.zeitschrift-peripherie.de/Hoering_Wassermaerkte_DINA5.pdf) (abgerufen am 05.05.2023).
- Hoff, H. (2009): Global water resources and their management. In: Current Opinion in Environmental Sustainability 2009 (1), Elsevier B.V., S. 141–147.
- Hoyer, L. von (2023): Wasserkonferenz 2023: Teilnehmer, Programm, Termin, Ablauf, Ort & Ergebnisse. In: AUGSBURGER-ALLGEMEINE vom 2023. Online verfügbar unter: <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/wasserkonferenz-2023-teilnehmer-programm-termin-ablauf-ort-ergebnisse-id65927766.html> (abgerufen am 10.01.2024).
- Iceland, C./Black, C. (2023): UN Water Conference 2023: Not Enough Game-changing Commitments. World Resource Institute. Online verfügbar unter: <https://www.wri.org/insights/un-water-conference-2023-needed-outcomes> (abgerufen am 29.02.2024).
- International Conference on Water and the Environment (1992): The Dublin Statement and Report of the Conference: ICWE, No. 37.819/H/D/MISC. Online verfügbar unter: <https://wedocs.unep.org/20.500.11822/30961>.
- IPCC (2023): Climate Change 2023: Synthesis Report. IPCC. Genf. <https://doi.org/10.59327/IPCC/AR6-9789291691647>.

- Jha, S. K. (2023): Turning the Tide: A Colletive Call to Action. In: GCEW (Hg.): Turning the Tide. A Call to Collective Action. UN 2023 Water Conference Official Side Event. Global Comission on the Economics of Water, S. 00:42:10-00:47:00.
- Jones, E./ Qadir, M./ van Vliet, M. T. H./ Smakhtin, V./ Kang, S. (2019): The state of desalination and brine production: A global outlook. In: The Science of the total environment657, S. 1343–1356. <https://doi.org/10.1016/j.scitotenv.2018.12.076>.
- Kaleck, W./ Saage-Maaß, M. (2016): Unternehmen vor Gericht: Globale Kämpfe für Menschenrechte. Berlin, Verlag Klaus Wagenbach.
- Kaufman, F. (2012): Wall Street dürstet nach Wasser. In: Spektrum.de2012. Online verfügbar unter: <https://www.spektrum.de/news/wall-street-duerstet-nach-wasser/1169161> (abgerufen am 02.11.2023).
- Keller, R. (2008): Diskurse und Dispositive analysieren: Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung. In: Historical Social Research / Historische Sozialforschung33 (1), GESIS - Leibniz Institute for Social Sciences, S. 73–103.
- Keller, R. (2011): Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms. 3. Aufl. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kerchner, B. (2006): Diskursanalyse in der Politikwissenschaft: Ein Forschungsüberblick. In: Brigitte Kerchner/Silke Schneider (Hg.): Foucault: Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33–67.
- Kirschner, A. (2018): Grenzüberschreitende Implikationen eines Menschenrechts auf Wasser?: Reichweite, Auswirkungen und Bedeutung für das Internationale Wasserrecht. Dissertation. Berlin, Heidelberg, Springer Berlin Heidelberg.
- Klein, E. (2005): Menschenrechte im Spiegel der Globalisierung. In: MRM - Menschenrechtsmagazin (2), Potsdam, S. 125–135.
- Klinge, T./ Ouma, S. (2023): Finanzialisierung. In: Eva Nöthen/Verena Schreiber (Hg.): Transformative Geographische Bildung. Schlüsselprobleme, Theoriezugänge, Forschungsweisen, Vermittlungspraktiken. Berlin, Springer Spektrum, S. 21–28.
- Köhler, B. (2008): Wasserwirtschaft im Kontext der Debatten um öffentliche Güter und gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Wasserkolloquium (Hg.): Wasser. Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes. Berlin, Karl Dietz Verlag Berlin GmbH, S. 14–26.
- Kurze, K. (2018): Die Etablierung der Energiepolitik für Europa: Policy-Making in der EU aus konstruktivistisch-diskursiver Perspektive. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Kuzma, S./Saccoccia, L./Chertock, M. (2023): 25 Countries, Housing One-quarter of the Population, Face Extremely High Water Stress. World Resources Institute. In: World Resources Institute. Online verfügbar unter: <https://www.wri.org/insights/highest-water-stressed-countries> (abgerufen am 13.11.2023).

- Lamb, C. (2023): Catalyzing the water action agenda. In: United Nations (Hg.): Catalyzing the water action agenda for finance. UN Water Conference side event. New York, S. 00:26:10-00:30:00.
- Lansana, P. (2023): 5th plenary meeting: Un 2023 Water Conference. In: United Nations (Hg.): 5th plenary meeting. UN 2023 Water Conference. 04:46:12, United Nations Web TV, S. Min. 00:22:00–00:26:00.
- Lehn, H./ Parodi, O. (2009): Wasser – elementare und strategische Ressource des 21. Jahrhunderts. In: *Umweltwissenschaften und Schadstoff-Forschung* 21 (3), S. 272–281. <https://doi.org/10.1007/s12302-009-0052-6>.
- Malik, S./Hepworth, N. (2023): Open letter of concern to UN Secretary General calling for greater accountability, rigour and ambition in the outcomes of UN Water 2023: Urgent call for greater accountability, rigor and ambition in the outcomes of the of the United Nations 2023 Water Conference and the Water Action Agenda. Online verfügbar unter: <https://sdgs.un.org/sites/default/files/2023-03/Open%20letter%20of%20concern%20to%20UN%20Secretary%20General%20calling%20for%20greater%20accountability%2C%20rigour%20and%20ambition%20in%20the%20outcomes%20of%20UN%20Water%202023%20%20%282%29%20-%20Nick%20Hepworth.pdf> (abgerufen am 29.02.2024).
- Mantovani, E. T. (2021): Der neue Angriff auf das Wasser und die Wege des Blauen Kapitalismus. In: *amerika21* vom 25.01.2021. Online verfügbar unter: <https://amerika21.de/analyse/247152/angriff-auf-das-wasser-kapitalismus-blau> (abgerufen am 01.11.2023).
- Massarrat, M. (2005): Kapitalismus- und Imperialismus-Kritik in der Krise: Ernest Mandel und die aktuelle Imperialismusdebatte. In: *Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik* 25 (48), Zürich, S. 225–240. Online verfügbar unter: <https://www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=wis-001%3A2005%3A25%3A%3A4#4> (abgerufen am 26.03.2024).
- Mauser, W. (2007): *Wie lange reicht die Ressource Wasser?: Vom Umgang mit dem blauen Gold*. Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag.
- May, C./ Mertens, D./ Nölke, A./ Schedelik, M. (2023): *Politische Ökonomie: Vergleichend - International - Historisch*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden; Imprint Springer VS.
- Mayring, P. (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. 12. Aufl. Weinheim und Basel, Beltz Verlag.
- Mayring, P./ Fenzl, T. (2019): *Qualitative Inhaltsanalyse*. In: Nina Baur/Jörg Blasius (Hg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. 2. Aufl. Wiesbaden, Springer VS Wiesbaden, S. 633–648.
- Mazzucato, M. (2023): Turning the Tide: A Collective Call to Action. In: GCEW (Hg.): *Turning the Tide. A Call to Collective Action*. UN 2023 Water Conference Official Side Event. Global Commission on the Economics of Water, S. 00:13:17- 00:18:30.
- Mekonnen, M. M./ Hoekstra, A. Y. (2016): Four billion people facing severe water scarcity. In: *Science Advances* (2), American Association for the Advancement of Science.

- Online verfügbar unter: <https://www.science.org/doi/10.1126/sciadv.1500323#bibliography> (abgerufen am 14.11.2023).
- Muller, M. (2015): The "nexus" As a Step Back towards a More Coherent Water Resource Management Paradigm. In: *Water Alternatiive* (8), S. 675–694. Online verfügbar unter: <https://www.water-alternatives.org/index.php/all-abs/271-a8-1-4/file> (abgerufen am 20.11.2023).
- Münch, S. (2016): *Interpretative Policy-Analyse: Eine Einführung*. Wiesbaden, Springer VS.
- Mythen, F. (2023): 5th plenary meeting: UN 2023 Water Conference. In: United Nations (Hg.): 5th plenary meeting. UN 2023 Water Conference. 04:46:12, United Nations Web TV.
- Narr, W.-D. (2002): Weltmarkt und Menschenrechte: Die menschenrechtliche Illusion des (westlichen) Kapitalismus. In: *Linksnet - für linke Politik und Wissenschaft*. Online verfügbar unter: <https://www.linksnet.de/artikel/18203> (abgerufen am 03.11.2023).
- Nölke, A. (2009): Finanzkrise, Finanzialisierung und vergleichende Kapitalismusforschung. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 16 (1), JSTOR, S. 123–139. Online verfügbar unter: <https://www.jstor.org/stable/40844149> (abgerufen am 14.09.2023).
- Okonjo-Iweala, N. (2023): Turning the Tide: A Collective Call to Action. In: GCEW (Hg.): *Turning the Tide. A Call to Collective Action*. UN 2023 Water Conference Official Side Event. Global Commission on the Economics of Water, S. 00:19:20-00:24:25.
- Ouma, S. (2014): "The new enclosures": Zur Finanzialisierung von Land und Agrarwirtschaft. In: Marcel Heires/Andreas Nölke (Hg.): *Politische Ökonomie der Finanzialisierung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 197–210.
- Paech, N. (2008): Empire oder (Neo-)Imperialismus: Erleben wir ein zweites "amerikanisches" Jahrhundert? In: *Zeitschrift für marxistische Erneuerung*. Online verfügbar unter: <http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/604.empire-oder-neo-impe%20rialismus.html> (abgerufen am 14.08.2023).
- Paul, D. (2022): The Water and Sanitation Challenge. International Institute for Sustainable Development. In: International Institute for Sustainable Development. Online verfügbar unter: <https://www.iisd.org/article/deep-dive/water-and-sanitation-challenge> (abgerufen am 15.11.2023).
- Petrella, R. (2000): Weltwasserpolitik. In: *Le Monde diplomatique*. Online verfügbar unter: <https://monde-diplomatique.de/artikel/!1243319> (abgerufen am 20.11.2023).
- Petrella, R. (2021): Wasser als "die ultimative Handelsware" kann jetzt an der Börse gehandelt werden. In: *global - Magazin für nachhaltige Zukunft*. Online verfügbar unter: <https://globalmagazin.com/wasser-als-die-ultimative-handelsware/> (abgerufen am 19.10.2023).
- Pilardeaux, B. (2011): Entwicklungslinien der internationalen Süßwasserpolitik. In: José L. Lozán/Hartmut Graßl/Peter Hupfer et al. (Hg.): *Warnsignal Klima. Genug Wasser für alle?* 3. Aufl. Hamburg, Wissenschaftliche Auswertungen, S. 528–532.

- Quilligan, J. B. (2014): Warum wir Commons von öffentlichen Gütern unterscheiden müssen. In: Silke Helfrich (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. 2. Aufl. Bielefeld, transcript Verlag, S. 99–106.
- Radtke, R. (2023): Bevölkerungsanteil mit Zugang zu sicheren Trinkwasserquellen nach Weltregionen 2020. Statista. In: de.statista.de. Online verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1021907/umfrage/bevoelkerungsanteil-mit-zugang-zu-sicheren-trinkwasserquellen-nach-weltregionen/> (abgerufen am 08.11.2023).
- Rekacewicz, P. (2005): Wasser als Wirtschaftsgut. In: LE MONDE diplomatie vom 10.06.2005. (abgerufen am 04.01.2024).
- Ritchie, H./Roser, M. (2015): Water Use and Stress: How much water do we use? How did we change it over time? In: ourworldindata.org. Online verfügbar unter: <https://ourworldindata.org/water-use-stress#water-stress-and-scarcity> (abgerufen am 13.11.2023).
- Rudolf, B. (2008): Menschenrecht Wasser? In: Rudolf, B. Berlin, Peter Lang Verlag.
- Rudolf, B. (2010): Das Recht auf Wasser und Wasser und Sanitärversorgung: Eine internationale Anerkennung mit Folgen: Eine internationale Anerkennung mit Folgen. In: Vereinte Nationen Heft (5), Deutsche Gesellschaft der Vereinten Nationen e.V., S. 204. Online verfügbar unter: <https://zeitschrift-vereinte-nationen.de/suche/zvn/artikel/das-recht-auf-wasser-und-wasser-und-sanitaerversorgung-eine-internationale-erkennung-mit-folgen> (abgerufen am 10.05.2023).
- Sack, D. (2019): Vom Staat zum Markt: Privatisierung aus politikwissenschaftlicher Perspektive. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Salman, M. A. (2012): The Human Right to Water: Challenges of Implementation. In: Proceedings of the Annual Meeting (American Society of International Law) (106), S. 44–46. Online verfügbar unter: <https://www.jstor.org/stable/10.5305/procanmeetasil.106.0044> (abgerufen am 28.02.2024).
- Satterthwaite, M. I. (2021): Assessing the Rights to Water Sanitation: Between Institutionalization and Radicalization. In: The Georgetown Journal of International Law (52), Filoman M. D`Agostino Research Fund, S. 315–379.
- Schermuly, L. (2017): Wasser in Zukunft: Gefahren und Chancen im Rahmen von Bevölkerungswachstum, Klimawandel und globaler Ökonomie. In: Herbert Willems (Hg.): Die Wasser der Gesellschaft. Zur Einführung in eine Soziologie des Wassers. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 257–337.
- Schicketanz, E. (2015): Imperialismus und Imperialismustheorien. Online verfügbar unter: <https://schicketanz.eu/2015-12-imperialismus/>. (abgerufen am 14.08.2023).
- Schmidt, J. J./ Matthews, N. (2017): Global Challenges in Water Governance: Environments, Economics, Societies. Cham, Palgrave Macmillan Ltd.
- Schöpfung, A. von (2008): Ware Wasser: Die Global Players und ihre Strategien: Privatisierung als Fluch oder Segen. In: Beate Rudolf (Hg.): Menschenrecht Wasser? Berlin, Peter Lang Verlag, S. 93–108.

- Schreinemacher, L. (2023): Turning the Tide: A Collective Call to Action. In: GCEW (Hg.): Turning the Tide. A Call to Collective Action. UN 2023 Water Conference Official Side Event. Global Commission on the Economics of Water, S. 00:02:25-00:07:00.
- Schwalger, C. (2023): 5th plenary meeting: UN 2023 Water Conference. In: United Nations (Hg.): 5th plenary meeting. UN 2023 Water Conference. 04:46:12, United Nations Web TV.
- Shanmugaratnam, T. (2023): Turning the Tide: A Collective Call to Action. In: GCEW (Hg.): Turning the Tide. A Call to Collective Action. UN 2023 Water Conference Official Side Event. Global Commission on the Economics of Water, S. 00:25:00-00:34:20.
- Shiva, V. (2002): Water Wars: Privatization, Pollution and Profit. Cambridge, South End Press.
- Siebert, S. (2003): Infoblatt Mangelware Wasser: Hintergrundinformationen zur Weltwasserkrise. In: Geographie Infothek, Ernst Klett Verlag, Leipzig.
- Simon, J./ Tittor, A. (2014): The Financialisation of Food, Land, and Nature. In: Journal für Entwicklungspolitik 2014 (vol. XXX 2), Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten, S. 4–15.
- Stockhammer, E. (2014): Entstehung und Krise des finanz-dominierten Akkumulationsregimes: Eine postkeynesianische Perspektive auf Finanzialisierung. In: Marcel Heires/Andreas Nölke (Hg.): Politische Ökonomie der Finanzialisierung. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 33–48.
- Supreme Court of Justice of Argentina (2019): Mendoza Beatriz Silva et al vs. State of Argentina et al on damages: damages resulting from environmental pollution of Matanza/Riachuelo river. 08.07.2008. Supreme Court of Justice of Argentina. Online verfügbar unter: <https://www.escr-net.org/caselaw/2011/mendoza-beatriz-silva-et-al-vs-state-argentina-et-al-damages-damages-resulting> (abgerufen am 25.03.2024).
- Swyngedouw, E. (2008): Wasser, Geld und Macht. In: Wasserkolloquium (Hg.): Wasser. Die Kommerzialisierung eines öffentlichen Gutes. Berlin, Karl Dietz Verlag Berlin GmbH, S. 27–44.
- Swyngedouw, E. (2009): Städtische Wasserflüsse und Kapitalakkumulation: Die Widersprüche der Urbanisierung des Wassers unter dem Neoliberalismus. In: Mario Candeias/Rainer Rilling/Katharina Weise (Hg.): Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen. Berlin, Karl Dietz Verlag Berlin GmbH, S. 99–122.
- The Global Compact (2014): Driving Harmonization of Water-Related Terminology: Discussion Paper. Pacific Institute. Oakland.
- Tittor, A. (2022): Inwertsetzung, Kommodifizierung, Finanzialisierung. In: Daniela Gottschlich/Sarah Hackfort/Tobias Schmitt et al. (Hg.): Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden. Bielefeld, transcript Verlag, S. 399–406.
- TREMBLAY, H. (2011): A Clash of Paradigms in the Water Sector?: Tensions and Synergies Between Integrated Water Resources Management and the Human Rights-Based Approach to Development. In: Natural Resources Journal 51 (2), Regents of the University

- of New Mexico on behalf of its School of Law, S. 307–356. Online verfügbar unter: <http://www.jstor.org/stable/24889708>.
- Tricarico, A./ Löschmann, H. (2014): Finanzialisierung: Ein Hebel zur Einhegung der Commons. In: Silke Helfrich (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. 2. Aufl. Bielefeld, transcript Verlag, S. 184–193.
- UN. General Assembly (1977): Report of the United Nations Water Conference, Mar del Plata Action Plan, 14-25 March 1977: Mar del Plata Action Plan. Online verfügbar unter: <https://digitallibrary.un.org/record/724642?ln=en>.
- UN. General Assembly (2010): The human right to water and sanitation: UN. General Assembly
- UN. General Assembly (2015): Transforming our World: The Agenda 2030 for Sustainable Development: UN. General Assembly
- UN. General Assembly (2023): UN General Assembly Report of the Conference: Report of the United Nations Conference on the Midterm Comprehensive Review of the Implementation of the Objectives of the International Decade for Action, "Water for Sustainable Development" 2018-2028 : New York, 22-24 March 2023. UN. General Assembly. Online verfügbar unter: <https://digitallibrary.un.org/record/4031378?ln=en> (abgerufen am 31.01.2024).
- UN. Sekretariat (2023): Interactive dialogue 1: water for health: access to water, sanitation and hygiene, including the human rights to safe drinking water and sanitation (Sustainable Development Goal targets 6.1, 6.2 and 6.3 and Goals 1, 3, 4, 5 and 17): UN Sekretariat A/CONF.240/2023/4. Online verfügbar unter: <https://digitallibrary.un.org/record/4003894?ln=en>.
- UN. Sekretariat (2023): Interactive dialogue 2: water for sustainable development : valuing water, water-energy-food nexus and sustainable economic and urban development (Sustainable Development Goal targets 6.3, 6.4 and 6.5 and Goals 2, 8, 9, 11 and 12): UN Sekretariat A/CONF.240/2023/5. Online verfügbar unter: <https://digitallibrary.un.org/record/4003897?ln=en>.
- UN. Sekretariat (2023): Interactive dialogue 3 : Water for climate, resilience and environment – source to sea, biodiversity, climate, resilience and disaster risk reduction: UN Sekretariat A/CONF.240/2023/6. Online verfügbar unter: <https://digitallibrary.un.org/record/4004182?ln=en>.
- UN. Sekretariat (2023): Interactive dialogue 4: Water for cooperation: transboundary and international water cooperation, cross-sectoral cooperation, including scientific cooperation, and water across the 2030 Agenda for Sustainable Development (Sustainable Development Goal targets 6.5 and 6.b and Goals 16 and 17): UN Sekretariat A/CONF.240/2023/7. Online verfügbar unter: <https://digitallibrary.un.org/record/4004183?ln=en>.
- UN. Sekretariat (2023): Interactive dialogue 5: Water Action Decade: accelerating the implementation of the objectives of the Decade, including through the United Nations Secretary-General's Plan : Water Action Decade 2018-2028: UN Sekretariat A/CONF.240/2023/8. Online verfügbar unter: <https://digitallibrary.un.org/record/4003898?ln=en>.

- UNECE (2023a): About the Water Convention. In: United Nations Economic Commission for Europe. Online verfügbar unter: <https://unece.org/environment-policy/water/about-the-convention/introduction> (abgerufen am 31.01.2024).
- UNECE (2023b): Funding and Financing of transboundary water cooperation and basin development. United Nations Economic Commission for Europe. Online verfügbar unter: <https://unece.org/environment-policy/publications/funding-and-financing-transboundary-water-cooperation-and-basin> (abgerufen am 01.02.2024).
- UNEP (2021): Progress on the Integrated Water Resources Management: Global Indicator 6.5.1 Updates and Acceleration Needs. United Nations - UN Water. Tracking SDG 6 series. Online verfügbar unter: [https://www.unwater.org/sites/default/files/app/uploads/2021/09/SDG6\\_Indicator\\_Report\\_651\\_Progress-on-Integrated-Water-Resources-Management\\_2021\\_EN.pdf](https://www.unwater.org/sites/default/files/app/uploads/2021/09/SDG6_Indicator_Report_651_Progress-on-Integrated-Water-Resources-Management_2021_EN.pdf) (abgerufen am 27.02.2024).
- UNESCO (2023): The United Nations Water Development Report 2023: Partnerships and Cooperation for Water. United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization. Paris.
- UNFPA (2024): The Human Rights-Based Approach. United Nations Population Fund. In: United Nations Population Fund. Online verfügbar unter: <https://www.unfpa.org/human-rights-based-approach> (abgerufen am 22.03.2024).
- UNICEF (2024): Water, Sanitation and Hygiene (WASH): Safe water, toilets and good hygiene keep children alive and healthy. Online verfügbar unter: <https://www.unicef.org/wash> (abgerufen am 29.01.2024).
- United Nations (2021): Water Scarcity. United Nations. In: United Nations - UN Water. Online verfügbar unter: <https://www.unwater.org/water-facts/water-scarcity> (abgerufen am 24.11.2023).
- United Nations (2023a): Catalyzing the water action agenda for finance: UN Water Conference side event. In: United Nations. New York. Online verfügbar unter: <https://webtv.un.org/en/asset/k1m/k1mj0p0949> (abgerufen am 18.01.2024).
- United Nations (2023b): Interactive Dialogue - Water for Cooperation: Transboundary and International Water Cooperation, Cross Sectoral Cooperation, including Scientific Cooperation, and Water Across the 2030 Agenda. Department of Economic and Social Affairs. Online verfügbar unter: <https://sdgs.un.org/conferences/water2023/events/interactive-dialogue-4#background> (abgerufen am 31.01.2024).
- United Nations (2023c): Interactive Dialogue - Water for Climate, Resilience and Environment: Source to Sea, Biodiversity, Climate, Resilience and DRR. Department of Economic and Social Affairs. Online verfügbar unter: <https://sdgs.un.org/conferences/water2023/events/interactive-dialogue-3#background> (abgerufen am 30.01.2024).
- United Nations (2023d): Interactive Dialogue - Water for Health: Access to WASH, including the Human Rights to Safe Drinking Water and Sanitation. Department of Economic and Social Affairs. Online verfügbar unter: <https://sdgs.un.org/conferences/water2023/events/interactive-dialogue-1> (abgerufen am 26.01.2024).
- United Nations (2023e): Interactive Dialogue - Water for Sustainable Development: Valuing Water, Water-Energy-Food Nexus and Sustainable Economic and Urban Development.

- Department of Economic and Social Affairs. Online verfügbar unter: <https://sdgs.un.org/conferences/water2023/events/interactive-dialogue-2#background> (abgerufen am 29.01.2024).
- United Nations (2023f): Press Release: Historic UN conference marks watershed moment to tackle global water crisis and ensure water-secure future. Online verfügbar unter: <https://www.un.org/sustainabledevelopment/blog/2023/03/press-release-historic-un-conference-marks-watershed-moment-to-tackle-global-water-crisis-and-ensure-water-secure-future/> (abgerufen am 10.01.2024).
- United Nations (2024): Capacity-Building. United Nations. Online verfügbar unter: <https://www.un.org/en/academic-impact/capacity-building> (abgerufen am 14.02.2024).
- UN-Water (2023a): UN 2023 Water Conference Summary of Proceedings. United Nations - UN Water. Online verfügbar unter: <https://www.unwater.org/publications/un-2023-water-conference-summary-proceedings> (abgerufen am 11.01.2024).
- UN-Water (2023b): UN 2023 Water Conference. United Nations - UN Water. Online verfügbar unter: <https://www.unwater.org/news/un-2023-water-conference> (abgerufen am 10.01.2024).
- Uther, S. (2013): Diskurse des Climate Engineering: Argumente, Akteure und Koalitionen in Deutschland und Großbritannien. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden.
- van Edig, A./ Youkhana, E. (2015): Arme und Umwelt – Verlierer der Wasserprivatisierung? In: WeltWissen, transcript Verlag, S. 245–272. Online verfügbar unter: <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783839401125-011/html>.
- Weltbank (2004): Water resources sector strategy: Strategic directions for World Bank engagement. Washington, DC, The World Bank.
- Weltbank (2022): About Public-Private Partnerships. In: Weltbank. Online verfügbar unter: <https://ppp.worldbank.org/public-private-partnership/about-public-private-partnerships> (abgerufen am 01.11.2023).
- Weltwasserbericht (2023): Weltwasserbericht der Vereinten Nationen: Wasser: Partnerschaften und Zusammenarbeit. Zusammenfassung. In: Vereinte Nationen/Deutsche UNE-SCO-Kommission. Online verfügbar unter: <https://www.unesco.de/sites/default/files/2023-03/WWDR%202023%20Executive%20Summary%20GER.pdf> (abgerufen am 05.05.2023).
- Wenaweser, C. (2023): 5th plenary meeting: UN 2023 Water Conference. In: United Nations (Hg.): 5th plenary meeting. UN 2023 Water Conference. 04:46:12, United Nations Web TV, S. 01:07:30-01:12:30.
- WHO (2023): Drinking-water. In: World Health Organization. Online verfügbar unter: <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/drinking-water> (abgerufen am 21.11.2023).
- Widdau, C. S. (2016): Cassirers Leibniz und die Begründung der Menschenrechte. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden.

- Winkler, I. (2011): Lebenselixier und letztes Tabu: Die Menschenrechte auf Wasser und Sani-  
tärversorgung. Deutsches Institut für Menschenrechte. Online verfügbar unter:  
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-315054> (abgerufen am 16.10.2023).
- Wodak, R. (2001): What CDA is about - a summary of history, important concepts and devel-  
opments. In: Ruth Wodak/Michael Meyer (Hg.): *Methods of Critical Discourse Analy-  
sis*. London, Sage Publications Ltd, S. 1–13.
- Woodhouse, P. J./ Muller, M. (2017): Water Governance: A Historical Perspective on Current  
Debates. In: *World Development* (Vol. 92), Elsevier Ltd., S. 225–241. Online verfügbar  
unter: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0305750X16305460> (abgeru-  
fen am 22.02.2024).
- World Water Council (2015): *Water: Fit To Finance: Catalyzing National Growth Through  
Investment In Water Security*. Online verfügbar unter: [https://www.worldwatercoun-  
cil.org/sites/default/files/Thematics/WWC\\_OECD\\_Water\\_fit\\_to\\_finance\\_Report.pdf](https://www.worldwatercoun-<br/>cil.org/sites/default/files/Thematics/WWC_OECD_Water_fit_to_finance_Report.pdf)  
(abgerufen am 14.04.2023).
- Young, B. (2014): Finanzialisierung, Neoliberalismus und der deutsche Ordoliberalismus in  
der EU-Krisenbewältigung. In: Marcel Heires/Andreas Nölke (Hg.): *Politische Ökono-  
mie der Finanzialisierung*. Wiesbaden, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, S. 63–  
77.
- Zeller, C. (2004): Ungleiche Entwicklung, globale Enteignungsökonomie und Hierarchien des  
Imperialismus. In: Olaf Gerlach/Stefan Kalmring/Daniel Kurnitz (Hg.): *Peripherie und  
globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie*. Frankfurt am Main,  
Brandes & Apsel, S. 324–347.